DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

309 27. JAHRGANG Juni 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

GENTRIFICATION

Im Laufe des Jahres 2009 hat sich in Hamburg eine vielfältige und breite Bewegung gebildet, die sich gegen Prozesse der Gentrifizierung und Stadtumstrukturierung richtet und ein »Recht auf Stadt« einfordert. Die zahlreichen Initiativen, die sich u.a. aus KünstlerInnen, Kleingärtnern und Teilen der außerparlamentarischen Linken zusammensetzen, haben es nicht nur geschafft, über Besetzungen, Manifeste und Störaktionen eine große Öffentlichkeit herzustellen, sondern bereits jetzt erste konkrete Erfolge erzielt. Ein Überblick über die Konfliktfelder der Stadt. (Teil 1) Seite 3

REGIONALENTWICKLUNG

Prima leben, ohne einen Euro in der Tasche? Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nimmt das Interesse an Alternativen zum traditionellen Geldsystem wieder zu. Neben den »geldlosen« Tauschringen sind in Deutschland vor allem Regionalwährungen verbreitet. Der »Chiemgauer« in den Landkreisen Traunstein und Rosenheim ist eine davon.

Das »Dessauer Modell« basierte auf insgesamt 4 Regionalgesellschaften, die seit August 2001 in Dessau gegründet wurden. Unternehmerring, Verrechnungskonten, Regionalgeld, Regiocard, Tauschring, Regionalladen, ein eigenes Gebäude, Feste, Märkte, Konferenzen. Ein Jahrzehnt prall gefüllt mit regionalen Aktivitäten und dem Versuch einer Regionalentwicklung von unten (vgl. CONTRASTE 277, Oktober 2007).
Im Sommer 2009 mussten 3 der 4 Gesellschaften Insolvenz anmelden. Damit ist der erste Anlauf erst einmal gescheitert. Für CONTRASTE sprach Elisabeth Voß mit Rolf Walther aus Dessau. Seite 5 und 6

ANTIFASCHISMUS

Mitte der 80er Jahre hat der Filmemacher Bernhard Sinkel ein düsteres Kapitel deutscher Industrie-Geschichte aufgeschlagen und sich in einem TV-Mehrteiler dem von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzern IG FARBEN gewidmet. Nun ist das Werk auf DVD erschienen. Seite 12

SINTI & ROMA

Geld macht nicht glücklich. Das bewies bereits 1974 der US-Ökonom Richard Easterlin, der unlängst den mit 50.000 Euro dotierten Forschungspreis für Labor Economics vom »Institut zur Zukunft der Arbeit« erhielt. Glück, so sein Fazit, werde nicht durch das Anhäufen von Geld erreicht, sondern durch das so genannte Social Business. Sein Glück vermehrt demnach, wer sich für das Glück anderer interessiert. Überprüfen wir einmal Easterlins Theorie und wenden uns dem Glück einer ganz anderen Gruppe von Glücksökonomen zu: den Roma- / Zigeunerkulturen. Seite 13

www.contraste.org

MITGLIEDERFÖRDERUNG STATT KOMMERZIALISIERUNG

Kulturgenossenschaften

Leuchttürme zukunftsfähiger Kultur

Die Kultur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Das ist immer der Fall, bedingt durch den ständigen kulturellen Wandel aller modernen Gesellschaften. Zusätzlich wird der gegenwärtige Umbruch aber massiv verschärft durch anstehende erhebliche Kürzungen in weiten Teilen der Kultureinrichtungen. Privatisierungen, Sponsorensuche und unterschiedliche Formen der Kommerzialisierung sind die Folge. Lassen sich dafür nicht andere Formen finden? Könnte in vielen Fällen nicht auch bürgerschaftliches Engagement eine Alternative zum (Aus-)Verkauf kultureller Einrichtungen sein? Kulturgenossenschaften wären eine solche denkbare, in Deutschland bisher stark vernachlässigte Perspektive. Der vorliegende Schwerpunkt ist eine erste Annäherung an dieses Thema.

Der singende Mann (1928), Ernst Barlach, Kunsthalle zu Kiel – wurde mit der Software der Kulturgenossenschaft »digiCULT« erfasst. Die Bilder werden im Internet u.a. auf www.museen-nord.de publiziert.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Dem Begriff Kulturgenossenschaften kann ein breites Spektrum in sehr unterschiedlichen Bereichen wirtschaftlich tätiger Genossenschaften zugeordnet werden, deren Mitglieder oder Beschäftigte dem kulturellen Sektor zuzurechnen sind. Insofern beinhaltet die Bezeichnung Kulturgenossenschaften eine Zuordnung zum Kultursektor, in dem diese Genossenschaften wirtschaftlich agieren. Unterscheiden lassen sich u.a.:

1. Kulturgenossenschaften bürgerschaftlichen Engagements,
2. Professionelle Kulturgenossenschaften sowie
3. Genossenschaftliche Unterstützungseinrichtungen für Kultur.

Nur die professionellen Kulturgenossenschaften können produktivgenossenschaftlichen Charakter aufweisen, während der stärker verbreitete hilfsgenossenschaftliche Charakter für alle drei Ansätze in Frage kommt.

Produktivgenossenschaften sind es, wenn zumindest ein nennenswerter Teil der Mitglieder auch Beschäftigte der Genossenschaft sind oder über diese regelmäßig bezahlte Arbeit erhalten, die nicht in irgendeiner Form der Selbständigkeit oder Subunternehmerschaft ausgeführt wird. Der hilfs- oder fördergenossenschaftliche Charakter ist gegeben, wenn die Mitglieder über diese Genossenschaften Leistungen beziehen oder einbringen, die der ergänzenden Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit oder ihrer Reproduktion bzw. ihres Kulturkonsums im weitesten Sinne dienen.

Beispiele mit Tradition

Der Schwerpunkt Kulturgenossenschaften startet mit einem Hintergrundsaufsatz. Dieser geht auf mögliche Hintergründe für das erwachende Interesse an dem Thema Kulturgenossenschaften ein. Gleichzeitig werden erste sich abzeichnende Schwerpunkte bei den bisher vorhandenen Kulturgenossenschaften aufgezeigt. Naheliegenderweise hängt die Zuordnung auch von dem jeweiligen Kulturverständnis ab: Wie weit oder wie eng wird der Kulturbegriff gezogen? Sind Bildung und Qualifizierung oder Printmedien und Verlage dem Kultursektor zuzurechnen?

Im weiteren Teil des Schwerpunkts geht es um die Darstellung praktischer Beispiele. Der Einstieg erfolgt anhand einer Genossenschaft mit Tradition, der Künstlergenossenschaft »Kunst + Bau« in Dresden. Immerhin hat sie bereits ihr 50jähriges Bestehen gefeiert. Gegründet wurde sie im Sommer 1958 von einer handvoll Künstler, die gerade ihr Studium beendet hatten. Sie suchten zielstrebig nach Arbeitsorten und -möglichkeiten, um ihr Können anzuwenden und um sich an den großen Veränderungen und dem Aufbau der Kultur im Lande zu beteiligen. Ergänzt wird dieses Beispiel durch die gegenwärtig älteste noch bestehende Kulturgenossenschaft in Deutschland, dem »Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG«. Sie blickt auf das stolze Gründungsdatum 1919 zurück.

Unterstützungsstrukturen

Nach der Tradition stehen aktuelle Gründungen im Mittelpunkt. Unter den Ansätzen mit bürgerschaftlichem Engagement kommt dem gemeinnützigen Programmkino Aalen eG, einer ehrenamtlichen Kinogenossenschaft, die Vorreiterrolle zu. Sie »reizt« bereits in mehreren Städten zur Nachahmung. Von den genossenschaftlichen Unterstützungseinrichtungen für Kultur werden die Genossenschaften »Berlin Music Commission« und »digiCULT-Verbund« dargestellt. Erstere versteht sich als übergreifendes Netzwerk der Musik- und Veranstaltungsbranche Berlins. Die »digiCULT« entwickelt für Museen in Schleswig-Holstein ein digitales Gesamtkonzept zur Dokumentation der Museumsbestände. Kultur wird so für jedermann zugänglich, eine Zukunftsaufgabe von Kulturpolitik.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

ZENSUR DURCH WOHNUNGSGESELLSCHAFT SAGA

Träume brauchen Räume – Kein Tag ohne Infoladen!

Dem Hamburger Infoladen-Wilhelmsburg, der von der »Initiative für ein soziales Wilhelmsburg e.V.« getragen wird, wurde die Räumlichkeit in der Fährstraße 10 durch die SAGA-GWG zum 30.06.2010 gekündigt. Wie auch in einem weiteren Beitrag auf den Seiten 3/4 über das Hamburger Gängeviertel, geht es gegen Gentrifizierung. Und dieses Engagement scheint zur Kündigung geführt zu haben.

Diego ● »Grund ist, dass wir uns im Netzwerk »Recht auf Stadt« gegen Gentrifizierung engagieren«, sagt Narmin Pientka vom Infoladen. Daher habe man auch eine kritische Haltung zur Internationalen Bauausstellung 2013 (IBA), mit der der Senat Wilhelmsburg »aufwerten« will. Diese Begründung für eine Gesinnungskündigung bestreitet die SAGA. Es gehe bei der Kündigung des 28 Quadratmeter großen Ladens um die Verschandelung von Klinkerfassade und Ladentür mit Plakaten und Aufklebern. Nach einer erfolglosen Abmahnung Ende November 2009 sei dann die Kündigung ausgesprochen worden. Bei Gewerbemietverträgen ist das ohne Begründung möglich.

Narmin Pientka vermutet, dass ein kritisches Plakat im Schaufenster über die Internationale Bauausstellung 2013 und die fortschreitende Gentrifizierung im Stadtteil Wilhelmsburg Stein des Anstoßes war. »Das Plakat muss jemand von der SAGA zufällig gesehen haben«, sagt Narmin. Denn bei einem Gespräch zwischen ihnen und dem SAGA-Verantwortlichen sei deutlich gesagt worden, »dass sie uns hier nicht wollen«, berichtet Narmin. Die SAGA sei »IBA-Kooperationspartner« und könne nicht zugleich den Infoladen in ihrer Immobilie dulden.

Auch ein Gespräch konnte jedoch keine positive Wendung für den Infoladen erwirken. »Die SAGA war nicht bereit, die Kündigung zurück zu ziehen. Vereine, die sich kritisch mit der IBA auseinander setzen, werden keine Flächen mehr anmieten können. Es ist vor dem Hintergrund der aktuellen stadtpolitischen Situation haarsträubend, wenn die städtische SAGA nicht nur nicht ihrem Auftrag des sozialen Wohnungsbaus nachkommt, sondern auch noch bereits etablierte soziokulturelle Räume verdrängt. Gleichzeitig ist der Senat mit der angeblichen Aufwertung des Stadtteils beschäftigt. Demokratische Prozesse werden verhindert – das ist doch paradox!«, so David Kress, Vereinsvorstand.

Der vor drei Jahren gegründete Infoladen-Wilhelmsburg wird von verschiedenen jungen Leuten ehrenamtlich betrieben. Die wöchentliche »KüfA – Küche für Alle» am Donnerstagabend funktioniert wie auch der gesamte Laden einzig über Spenden und Menschen, die sich aktiv in diesem Raum betätigen. Dem Infoladen-Wilhelmsburg liegt ein selbstorganisiertes Konzept zugrunde. Die Miete und sonstige Geldausgaben werden über Mitgliedsbeiträge, Solidaritätsveranstaltungen oder Spenden finanziert.

Trotz des beengenden Raumes treffen hier junge Interessierte, Familien, Studierende, Auszubildende, Kreative und Berufstätige aufeinander und gestalten gemeinsam Outdoor-Kino-Vorstellungen, eine Free-Art-Ausstellung, Brunch, Info-Cafés, Vorträge, verkaufen fair angebauten und gehandelten Kaffee und bieten nicht zuletzt kostenlose Hausaufgabenhilfe an. Der Infoladen ist somit Treffpunkt für Menschen, die sozial, politisch und gesellschaftlich agieren wollen. Die Kündigung beendet diese Form der sozialen Kommunikation. Als Reaktion auf diesen Eingriff der SAGA sind nun diverse bunte Aktionen unter dem Motto »Träume brauchen Räume – kein Tag ohne Infoladen« angekündigt, die auf die Situation des Infoladens aufmerksam machen sollen. Es wird einen Umsonst-Flohmarkt geben, eine Verlagerung der sonst im Infoladen stattfindenden KüfA – Küche für Alle (veganes Essen gegen freiwillige Spende) vor die SAGA-GWG-Zentrale in der Poppenhusenstraße und andere Orte, einen Stand am Hafengeburtstag, Infoveranstaltungen im Infoladen und ein großes Abschiedsfest. Die genauen Termine werden gesondert bekannt gegeben. Alle sind eingeladen, an den Aktionen teilzunehmen.●

http://infoladen-wilhelmsburg.nadir.org

D 8008

Anzeige

EDITORIAL

Rettungspakete

Erst das Rettungspaket für die Banken, dann für den Euro. Plötzlich ist Geld in unglaublichen Mengen da, wo zunehmend Bruchteile dieser unvorstellbaren Milliardensummen fehlten zur Sicherung von Grundbedürfnissen wie Bildung, Gesundheit oder sozialer Integration. Sind diese Geldmengen schon der Grabschmuck für ein Wirtschaftssystem, das sich in all seiner menschenverachtenden Brutalität am Ende selbst auffrisst? Oder ist es nur ein weiterer Schritt zur Konsolidierung einer Marktwirtschaft, die sich zugunsten einiger Weniger die Ressourcen dieser Erde aneignet und die Masse der Menschen vom Lebensnotwendigen ausschließt? In welche Richtungen weisen diese Zuckungen der kapitalistischen Ökonomie, in der die Mehrheit der Menschen ihrer Existenzgrundlagen beraubt und entweder in Hunger und Elend vergessen, oder als Kriegsmaterial und Arbeitssklaven vernutzt wird?

Das sozialstaatliche Wohlstandsmodell war ein schöner Schein für diejenigen, die an ihm teilhaben konnten, weil sie zufällig in einer privilegierten Region dieser Erde geboren waren. Das gute Leben der Einen in den befriedeten Ländern des globalen Nordens wurde schon immer erkauft mit den Leiden der Anderen in den ehemaligen Kolonien, die mit kriegerischen Mitteln oder mit Entwicklungshilfe und Strukturanpassungsprogrammen zu Rohstofflieferanten degradiert wurden.

Deutschland konnte es sich leisten, nach dem faschistischen Raubzug mit Millionen Toten anschließend mehr als 50 Jahre lang die Rolle eines friedvoll geläuterten Staates zu geben. Und dann kam Rot-Grün. Ausgerechnet diese Mixtur aus Arbeiterbewegung und alternativen Lebensentwürfen beschloss 1999 den ersten Krieg von deutschem Boden aus nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Kurz darauf folgte mit der Einführung der Riester-Rente der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Sozialversicherung. Hartz IV und die zunehmende Privatisierung der Daseinsvorsorge folgten.

Es ist ehrenwert, wenn Linke und Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn streiten. Aber es dürfte klar sein, dass ein Zurück zum Sozialstaat des letzten Jahrhunderts weder möglich noch wünschenswert ist. Der große Traum vom kleinen Wohlstand »für alle« (jedenfalls so weit der kleinbürgerliche Blick reicht) ist ausgeträumt, nicht nur für die enteigneten HäuslebauerInnen in den USA oder die RentnerInnen in Griechenland, sondern absehbar für immer mehr Menschen in den reichen Ländern, auch in Deutschland, die bis vor kurzem noch glaubten, sich auf Kosten der Menschen im »Rest der Welt« komfortabel einrichten zu können.

Der »globalen Enteignungsökonomie« kann mensch nicht entgehen. Und ob es am Ende den Wenigen »da oben« gelingt, auf Kosten von Milliarden »da unten« ihre Privilegien zu genießen, kann angesichts von Klimawandel, zunehmenden menschengemachten oder Naturkatastrophen und Terrorismus bezweifelt werden. Denn auch die Schönen und Reichen sind nur sterbliche Menschen, die – ebenso wie alle anderen auch – Schutz und Nahrung für ihren Körper brauchen, und auch Sinn und soziale Bezüge für Geist und Seele. Sie haben erstmal bessere Voraussetzungen als andere, das Lebensnotwendige zu kaufen – aber nur, so lange es käuflich ist.

Die milliardenschweren Rettungspakete deuten bereits an, was Geld letztlich ist: ein schöner Schein, ein vermeintliches Anrecht auf das, was die Märkte hergeben, so lange es einen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, wie Kauf und Verkauf an diesen Märkten geregelt sind. Geld an sich ist nichts, es ist Ausdruck sozialer Vereinbarungen und Beziehungen, nicht mehr und nicht weniger. Sobald es als schöner Schein entlarvt und der Konsens über die Käuflichkeit der Welt aufgehoben ist, taugen eingeschmolzene Münzen vielleicht zur Herstellung von Töpfen und Pfannen, Geldscheine ließen sich zu Toilettenpapier recyceln. Nur diese ganzen virtuellen Guthaben und Verbriefungen, mit denen wäre überhaupt nichts mehr anzufangen.

Spätestens wenn der indianische Ausspruch: »Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr feststellen, dass man Geld nicht essen kann!« vom Gedanken zur praktischen Erfahrung wird, wenn es keine Macht mehr gibt, die sich auf Geld und dessen vordergründig zivilisatorische Funktion stützen kann, spätestens dann stellt sich die Frage: »Sozialismus oder Barbarei« (Rosa Luxemburg) noch mal ganz neu und ganz konkret: Regiert dann das Faustrecht der Stärkeren zur Sicherung der überlebensnotwendigen Ressourcen, oder entstehen neue gesellschaftliche Zusammenhänge, in denen basisdemokratische Übereinkünfte zur Nutzung der Gemeingüter getroffen werden?

Es bleibt zu hoffen, dass schon heute möglichst viele Menschen damit beginnen, sich die materiellen und immateriellen Grundlagen ihres Lebens anzueignen und ihren Alltag gemeinsam selbst zu organisieren. Sie schaffen damit sowohl Rettungspakete für sich selbst und ihr soziales Umfeld, als auch Keimformen für ein Leben nach dem Kapitalismus, unabhängig davon, ob dieser schon in 5 oder erst in 500 Jahren zusammenbricht.●

Elisabeth Voß

COLORADIO WIEDER AUF SENDUNG

Nach wochenlanger Stille auf UKW 98,4 / 99,3 in Dresden sendet coloRadio wieder seit dem 14.5., 18 Uhr. Damit ist die rechtswidrige und bundesweit einmalige Abschaltung aufgehoben. Durch das entschiedene Eingreifen der Bundesnetzagentur und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie durch den Druck unserer Netzwerke in Kultur, Musik und Politik existiert nun ein Vertrag mit dem Sendenetzbetreiber »Media Broadcast« – die rechtliche Grundlage für die Überweisung der von der Stadt Dresden bereitgestellten 12.000 EUR für Sende- und Leitungskosten. Willkürliche Abschaltungen durch Dritte werden künftig nicht mehr möglich sein.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

33. BUKO-KONGRESS

Commons kontrovers

Beim 33. BUKO-Kongress in Tübingen, vom 13. bis 16. Mai 2010, war Commons ein Schwerpunktthema. Benni Bärmann und Ingo Stützle haben in einem Workshop kontovers diskutiert, ob die Befassung mit dem Commons-Begriff uns politisch weiterbringt.

Von Uli Barth, Kommune Niederkaufungen ● Wozu brauchen wir einen neuen Begriff? Wird es mit der Commons-Diskussion nicht ähnlich gehen wie mit den Diskussionen um »Aneignung«, »Globale Soziale Rechte« oder »Existenzgeld/Grundeinkommen«? Wenn diese Diskussionen nicht mehr präsent sind, zeigt sich darin für mich aber eher ein Medienproblem, die Themen haben sich deshalb noch nicht erledigt.

Der Commons-Begriff ist offen oder negativ ausgedrückt, verwaschen. Die Offenheit ermöglicht auch mit anderen, jenseits der Grenze der eigenen Politszene ins Gespräch zu kommen. Mir ist das zunächst sympathisch, weil wir doch alle wissen, solange wir unter uns bleiben, wird es schwer gesellschaftlich etwas zu bewirken. Neben dem Horror, den manche damit haben mit Konservativen und Liberalen in einem Boot gesehen zu werden, ist Aufmerksamkeit an dieser Stelle geboten. Die Commons-Diskussion macht nur Sinn, wenn wir mit ihr die Kritik am Kapitalismus transportieren können, sie wäre eher gefährlich, wenn sie zu einer weiteren Befriedung und Integration der Kapitalismuskritik führen würde.

Eine spannende Frage in diesem Zusammenhang ist immer, ob und wie es den Commons gelingt, aus ihrer Gemeinschaftlichkeit heraus, gesellschaftlich zu werden. (Sicher auch kein ganz neuer Aspekt. Bei den Diskussionen um die Alternativszene oder das Genossenschaftswesen wurde der auch schon thematisiert.)

Ingo hat verschiedene Ansätze in der Debatte kritisiert. Commons wird wieder einmal als etwas Drittes neben Markt und Staat angesehen, damit wird für ihn eine falsche Dualität zwischen Markt und Staat aufgemacht. Der Markt braucht immer den Staat. Commons nutzen den Staat und das bürgerliche Recht. Wer ist die Gemeinschaft? Gemeinschaft ist immer ausschließend. Wie wird das »wir« der Gemeinschaft konstituiert, als Herrschaftsform, als Nation oder als ein, sich in Kämpfen bildendes, Konstrukt? Ausgangspunkt sind für ihn konkrete Kämpfe, die sich schwer vereinigen lassen.

Benni sieht in den Commons die Möglichkeit einer sich gegenseitig befruchtenden Entwicklung von Theorie und Praxis, nur mit dieser Gegenseitigkeit kann es weitergehen. Praxis lässt sich für ihn nur mit einer gemeinsamen Strategie reflektieren. Wobei eine gemeinsame Reflexion mit Liberalen und Konservativen aus einer antikapitalistischen Sicht heraus sicher nicht leicht wird.

Die Commonsdebatte zeigt, dass wesentliche Aspekte des Lebens real anders organisiert sind als über Markt und Staat, sie kann einerseits diese Bereiche wieder mehr in den Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stellen und bietet die Chance, diese Bereiche auch wieder gegen den Trend auszuweiten. Ähnliche Chancen werden auch in den Subsistenz- und Grundeinkommensdebatten gesehen. Wobei das nicht gegeneinander gesetzt werden muss, es könnte sich doch auch ergänzen.

Die Praxen der Commons müssen auf einer »höheren« Ebene überprüft werden, gesellschaftlich werden sie erst dann, wenn ihre Wirkungen jenseits der Gemeinschaftsgrenzen mit im Blickfeld sind.●

AKTION 2010

Sommerplenum

Unser jährliches Plenum findet vom 9.-11. Juli 2010 in der Villa »Könnern« (Nähe Halle) statt. Anlass vielleicht auch für Euch, ein wenig hinter die Kulissen unseres Projekts zu schauen und Kontakte zu knüpfen.

Redaktion Heidelberg ● Denn neue Kontakte sind eine wichtige Bereicherung für unser Projekt. Wir erfahren dadurch eventuell mehr über Diskussionen, Aktionen und Projekte aus Eurer Region und vielleicht entstehen dadurch interessante und lesenswerte Beiträge für CONTRASTE. Einfach anmelden und vorbeischauen unter: contraste@online.de

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05

In der letzten Ausgabe baten wir mal wieder, nervig wie wir sind, um weitere Spenden. Leider zumindest in diesem Monat (Stand 21.5.2010) ohne Erfolg. Es fehlen also immer noch 2.240 EUR für unsere Deckungslücke 2010.

Im Monat Mai gab es drei Neuabos, leider aber auch wieder zwei Kündigungen. Wir benötigen also immer noch 148+ Abos, um auch ohne den Spendentropf überleben zu können.

Adressenänderungen

Bitte schickt uns bei einem Umzug eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag niemals nachgeschickt, sondern werden meistens vom Postboten entsorgt. Das neue tolle, leider für einen kleinen Verlag zu teure zusätzliche Service-Angebot dieses »Dienstes«, Adressen zu recherchieren und uns mitzuteilen, können wir nicht wahrnehmen.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 2.240 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 148+ Neuabos

KEHRT MARSCH: BUNDESWEHR-WERBEAUFTRITTE IM INTERNET

Die Initiative »kehrt marsch« hat Termine von Bundeswehr-Werbeauftritten im Internet veröffentlicht und ruft antimilitaristische und friedensbewegte Aktive zu Protestaktionen auf. Die Termine stammen zum Teil aus einer Bundestagsanfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (LINKE), zum Teil von Internetseiten der Bundeswehr und der Agentur für Arbeit. Sie werden auf der Seite www.kehrt-marsch.de in einer interaktiven Karte dargestellt.

Bei den meisten Terminen handelt es sich um Messestände oder Auftritte von Musikkorps. Es befinden sich auch Gelöbnisse, Zapfenstreiche oder die Anlaufstellen des Karrieretreffs, der durch ganz Deutschland fährt und für eine Karriere bei der Bundeswehr wirbt, darunter.

In den letzten Jahren hat es bei vielen Bundeswehr-Veranstaltungen kreative Störaktionen gegeben. Dies zeigt sich auch in der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linksfraktion. Dort heißt es: »Die aus heutiger Sicht erwartete Kostensteigerung im Vergleich zum Jahr 2009 ergibt sich aus einer allgemeinen Steigerung der Betriebskosten sowie aus einem erhöhten Bedarf an Bewachungsdienstleistungen zum Schutz des Personals und Materials gegen bundeswehrkritische Aktivisten.«

Das Organisationsteam von »kehrt marsch« sieht das auch als Erfolg ihrer Kampagne, die vor etwa einem Jahr startete. »Die Bundeswehr hat offenbar erkannt, dass ihre ausufernden Werbe- und Rekrutierungsmaßnahmen auf zunehmenden Widerstand stoßen«, erklärt einer der Initiatoren und ruft dazu auf, die bisherigen Proteste fortzuführen: »Die Bundeswehr will sich und ihre Kriege in ein positives Licht rücken. Dem wollen wir etwas entgegenhalten.«

Die Kampagne veröffentlicht auf ihrer Homepage Aktionsideen und stellt Material zum Herunterladen zur Verfügung. Sie ruft antimilitaristische AktivistInnen zudem dazu auf, sich in ihren Email-Newsletter einzutragen, um über zukünftige Bundeswehr-Werbung informiert zu werden.

HAMBURG:

»Recht auf Stadt«-Bewegung

Im Laufe des Jahres 2009 hat sich in Hamburg eine vielfältige und breite Bewegung gebildet, die sich gegen Prozesse der Gentrifizierung und Stadtumstrukturierung richtet und ein »Recht auf Stadt« einfordert. Die zahlreichen Initiativen, die sich u.a. aus KünstlerInnen, Kleingärtnern und Teilen der außerparlamentarischen Linken zusammensetzen, haben es nicht nur geschafft, über Besetzungen, Manifeste und Störaktionen eine große Öffentlichkeit herzustellen, sondern bereits jetzt erste konkrete Erfolge erzielt. Ein Überblick über die Konflikfelder der Stadt.

Demonstration in Hamburg am 12. Juni 2009 Foto: indymedia

r2d2 indymedia ● Bereits 2008 hatte es erste Ansätze gegeben, die Thematik der Gentrifizierung und damit verbundene Vertreibungsprozesse von AnwohnerInnen aufzuwerfen. Aus der Vorbereitungsgruppe eines Straßenfestes in St. Pauli war nach dem April 2008 das Aktionsnetzwerk gegen Gentrification »Es regnet Kaviar« entstanden. Zur selben Zeit begann eine Handvoll Menschen im Schanzenviertel mit der Gründung eines »autonomen Nachbarschaftstreffs«, der als »Kontrapunkt zur Gentrifizierung« wirken sollte – dem Centro Sociale.

Sommer 2009: Empire St. Pauli

Im Sommer 2009 erfuhr die Thematik dann v.a. durch den Film »Empire St. Pauli« eine enorme Verbreitung in Hamburg. Der Dokumentarfilm von Irene Bude und Olaf Sobczak beleuchtet die Umbrüche in der Stadtteilstruktur St. Paulis und lässt die AnwohnerInnen des Viertels ebenso zu Wort kommen wie Investoren oder Bezirksamtsleiter. Gezeigt werden die konkreten Auswirkungen der Prozesse in Form von Mietsteigerungen, der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, oder – wie es ein Anwohner im Film ausdrückt: »Die Leute raus – Mieten hoch – Bumm – ganz normal Kapitalismus oder wie sagt man«. Seit Ende April wurde der Film allein in Hamburg über 50 Mal öffentlich gezeigt. Teilweise kam es im Anschluss zu spontanen Demonstrationen, so am 14. Juli nach einer Aufführung im Park Fiction.

Die ersten Ansätze von Anti-Gentrifizierungsprotesten kamen schließlich am 12. Juni zu einer ersten Parade zusammen. Unter dem Motto »Die Stadt gehört allen!« zogen an die 2.000 Menschen gegen Mieterhöhungen, Privatisierungen und Vertreibung von der Innenstadt nach St. Pauli. Am 20./21. Juni wurde sich im Rahmen von Workshops und Diskussionen in den Räumen des Centro Sociale inhaltlich mit der Thematik »Recht auf Stadt« beschäftigt. Das Konzept »Recht auf Stadt« geht auf den französischen Stadtsoziologen Henri Lefèbvre zurück, der den Begriff in seinem Buch »Le droit à la ville« 1968 entwickelte. Das dreitägige Veranstaltungsprogramm vom 19. bis 21.6. blieb jedoch weitgehend von der breiten Öffentlichkeit unbeachtet.

22. August: Komm in die Gänge

Den Auftakt für einen Herbst der Initiativen bildete die Besetzung mehrerer Häuser im Gängeviertel durch über 200 KünstlerInnen und AktivistInnen am 22. August. In die alten, größtenteils seit Jahren leer stehenden 12 Häuser mitten in Hamburgs Innenstadt wurde für diesen Sonnabend unter dem Motto »Komm in die Gänge« und mit einem überall plakatierten roten Punkt als Logo zu einem Fest eingeladen, das faktisch eine Besetzung einleiten sollte.

In dem ehemals dicht besiedelten Viertel lebten von Mitte des 17. Jahrhunderts bis etwa 1930 vor allem Hafen- und Gelegenheitsarbeiter mit ihren Familien, in der Weimarer Republik wurde das Viertel aufgrund der politischen Einstellung seiner BewohnerInnen als »Klein Moskau« bezeichnet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden große Teile des Viertels systematisch abgerissen. In den letzten Jahren herrschte dann Leerstand vor. Anstatt die Häuser zu sanieren, wurden sie von der Finanzbehörde schließlich im Höchstgebotsverfahren verkauft. Mehrere Jahre versuchte ein Investor vergeblich, genehmigungsfähige Bauanträge für die Sanierung einzureichen und zog sich schließlich 2007 mit dem Verlust von ca. 3 Mio. Planungskosten zurück. Der holländische Investor Hanzevast bekam 2008 von der Stadt den Kaufzuschlag für das Gängeviertel. Allen bisherigen MieterInnen wurde gekündigt. Im Rahmen des Grundstücksverkaufes wurde im September 2008 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, der statt einer denkmalgerechten Sanierung der Gebäude den Verlust von geschätzten 80 Prozent der historischen Substanz bedeutet hätte. Laut offizieller Planung sollte im Sommer 2009 mit den Sanierungs- und Abrissarbeiten begonnen werden. Auch Hanzevast war jedoch von der Finanzkrise betroffen und begann offiziell nach einem Co-Investor zu suchen.

In diese Situation platzte die Besetzung durch die KünstlerInnen medial wie eine Bombe. Dabei standen zwei Aspekte im Vordergrund: Zum einen die Rettung des historischen Gängeviertels vor dem Verfall, der Erhalt der alten Häuser – ein Anliegen, das auch zahlreiche ältere, eher konservativ eingestellte HamburgerInnen bewegte und in Scharen Touristen anzog. Zum anderen wurde Raum für Künstler in Hamburg eingefordert, ein Mitglied der Initiative forderte gegenüber der Presse: »Wir erwarten, dass die Künstler akzeptiert werden, das man sich kümmert. Und nicht, dass die Stadt sich als Kulturstadt verkauft, aber nichts passiert.« (taz, 23.08.2009) Und: »Es kann nicht sein, dass die Stadt sich immerzu damit brüstet, eine Kultur-Hochburg zu sein, aber nichts dafür tut!« (Art-Magazin, 24.08.2009). Gefordert wurden Produktionsflächen für Hamburgs KünstlerInnen und Kreative, zudem wurde darauf hingewiesen, dass »das kreative Potenzial der Stadt« aufgrund fehlender preiswerter Ateliersräume immer stärker in Städte wie Berlin abwandere.

Tausende strömten zu den Performances, Konzerten und Ausstellungen, die von der Initiative initiiert wurden. Daniel Richter, berühmter Hamburger Künstler, stellte die Aktion unter seine »Schirmherrschaft«. Mit dem Anliegen des Erhalts alter Häuser konnten sich auch bürgerliche Kreise identifizieren, so stimmten auch der *Verein für Hamburgische Geschichte* und die *Patriotische Gesellschaft von 1765* in die Kritik an der städtischen Politik mit ein. Die Polizei weigerte sich, von einer Besetzung zu sprechen, zwei Tage nach der Auftaktaktion verschlossen SAGA und Sprinkenhof AG – die städtischen Gesellschaften, die die Häuser verwalteten – jedoch zunächst zwei Gebäude. Mit einem eigenen Nutzungskonzept suchten die KünstlerInnen den Dialog mit der Stadt, deren Kulturbehörde aufgeschlossen reagierte. Kultursenatorin Karin von Welck (parteilos) verkündete, den KünstlerInnen noch im August 30 Räume zur Verfügung stellen zu wollen, Ateliers in der Speicherstadt (Hafencity) wurden angeboten. Auch Markus Schreiber (SPD), Leiter des Bezirksamts Mitte, erklärte begeistert: »Das sind die rechtstreuesten Besetzer, die man sich vorstellen kann. Die machen alles sauber, sorgen ab 22 Uhr für Ruhe – und ihr Anliegen, die historischen Häuser zu erhalten, hat meine volle Sympathie.« Eine Nutzung der Gänge-Häuser wurde seitens der Stadt jedoch zunächst ausgeschlossen: »Wir haben eine rechtsgültige Vertragslage und der Investor hat sich verpflichtet aufgrund des Vertrages bestimmte Baumaßnahmen durchzuführen.« (Finanzstaatsrat Heller, in: Mopo, 25.08.2009)

Eine Vereinbarung zwischen Stadt und KünstlerInnen wenige Tage nach der Besetzung legalisierte diese faktisch, den KünstlerInnen wurde zugestanden, die Erdgeschossflächen nutzen zu dürfen – für diese ein »fairer Kompromiss« (Hamburger Abendblatt, 26.08.2009). In einer Bürgerschaftssitzung, die sich mit dem Thema beschäftigte, waren sich alle Fraktionen darin einig, dass sowohl die Gebäude erhalten als auch den KünstlerInnen Raum zur Verfügung gestellt werden müsse. Die Hamburger Morgenpost versuchte sich an Erklärungen für das städtische Entgegenkommen: »Sie tragen kein Schwarz und stellen offenbar auch nicht das politische System infrage. Vielleicht ist das der Grund, warum Senat und Parteien die Künstler so einhellig lieb haben, die seit Sonnabend mehrere leerstehende Häuser des Gängeviertels besetzen.« (Mopo, 27.08.2009)

Der wahre Grund für die schnellen und positiven Reaktionen der Stadt dürfte dagegen in dem Imageschaden zu suchen sein, den der KünstlerInnenprotest der »Marke Hamburg« bereitet hatte – nämlich dem Vorwurf, eine kulturvergessene Stadt zu sein. Ein Vorwurf, der angesichts der globalen Städtekonkurrenz in Zeiten der Globalisierung und der Bedeutung des kulturellen Faktors in diesem Wettbewerb schwer wog. Wie begehrt der »kreative Faktor« im Städtewettbewerb ist, zeigte sich im September daran, dass die Stadt Leipzig den Hamburger KünstlerInnen großzügig »Asyl« anbot.

»Peinliches Schauspiel«

Aber inzwischen wollte Hamburg »seine« Kreativen doch selbst behalten. Einziges Problem: der Investor, dem das Bezirksamt sogar die Baugenehmigung bereits erteilt hatte. Spekuliert wurde darauf, dass dieser aufgrund seiner Finanznöte nicht in der Lage sein würde, innerhalb von 14 Tagen die fällige zweite Rate von 2,7 Mio. Euro zu bezahlen – ein Fall, in dem das Gelände zurück an die Stadt fallen würde. Am 8. September einigten sich Stadt und Initiative auf eine vorübergehende Teilnutzungsvereinbarung für die Zeit, bis der Investor mit den Bauarbeiten beginnen oder die Immobilie an die Stadt zurückfallen würde. Nachdem Hanzevast die 14-Tage-Frist hatte verstreichen lassen, wurde diese von der Stadt noch einmal bis zum 16. Oktober verlängert, jedoch verbunden mit der Ankündigung, im Falle einer Nicht-Zahlung den Vertrag zu kündigen. Die Initiative legte wenige Tage vor diesem Termin ein eigenes Nutzungskonzept vor, das eine Neubelebung des Areals als öffentlicher Raum »ohne Konsumzwang« auf Basis der »Selbstverwaltung« vorsah. 60% der Fläche solle für Wohnen, 20% für gewerbliche Zwecke genutzt werden, außerdem solle ein soziokulturelles Zentrum geschaffen werden.

Der Investor Hanzevast ließ sich bis zum letzten Tag Zeit – doch er zahlte. Und sollte nun fünf Monate Zeit haben, die dritte Rate zu zahlen und mit den Bauarbeiten zu beginnen. Gerüchte, das Geld stamme vom Besitzer der *Roten Flora*, Klausmartin Kretschmer, oder einem bayerischen Brauereiunternehmen, bestätigten sich nicht. Der Investor spekulierte vielmehr auf Schadensersatzforderungen. Die Initiative erklärte dagegen zu bleiben und forderte die Offenlegung der Verträge.

Am 24. Oktober fand eine rote Lichterkette von über tausend Menschen rund um die Häuser statt. Ein vom Bezirksamtsleiter Schreiber (SPD) initiierter Runder Tisch mit allen Beteiligten war einen Tag zuvor an der Unwilligkeit des schwarz-grünen Senats geplatzt. Das Abendblatt kommentierte: »Peinliches Schauspiel« und forderte Bürgermeister Ole von Beust auf, »die Fäden in die Hand« zu nehmen (23.10.2009). In der Presse wurde von internen Auseinandersetzungen zwischen Finanz- und Kulturbehörde berichtet. Zeitgleich äußerte sich der Investor zum ersten Mal öffentlich, kündigte eine weitere fristgerechte Zahlung an und forderte die Räumung der Häuser (Welt, 24.10.2009). Um dem Investor entgegenzukommen, bot die Stadt der Initiative die Nutzung der Obergeschosse (weitere 6.000 qm Fläche) an, wenn sie die beiden von der Sprinkenhof AG verwalteten Häuser »Druckerei« und »Fabrik« räumen würden – ein Angebot, auf das sich die Initiative nach langen internen Diskussionen einließ. Betont wurde aber, dass dieses »Zugeständnis« kein Rückzug sei, sondern nur dazu diene, zu verhindern, »dass durch Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe von Hanzevast unnötig Steuergelder verschwendet werden« (NDR, 26.10.2009). Gleichzeitig wurden die Rückabwicklung der Verträge und der Rücktritt von Finanzsenator Freytag (CDU) gefordert. Am Tag des Umzugs zahlte Hanzevast auch die dritte Rate.

Nach längerer Unklarheit über das weitere Vorgehen der Stadt, kündigte diese schließlich an, entweder mit Hanzevast das Viertel als Künstlerquartier zu entwickeln oder die Gebäude zurückkaufen zu wollen. Stadtentwicklungssenatorin Hajduk (GAL) kündigte an, in Sachen Gängeviertel zukünftig federführend zu agieren und ein neues städtebauliches Konzept zu erarbeiten – aus Sicht der KünstlerInnen ein erster »Teilerfolg«. In der Bürgerschaft wurde das Gängeviertel – wie die Stadtentwicklungspolitik allgemein – erneut zum Thema, und selbst CDU-Abgeordnete drohten: »Wenn Hanzevast jetzt nicht die ausgestreckte Hand ergreift und zu konstruktiven Gesprächen bereit ist, ist unsere Geduld bald am Ende« (Welt, 05.11.2009). Anfang November hieß es in der Presse, der Investor wäre gegen eine Entschädigung von 4 Mio. Euro zum Rückkauf der Häuser bereit.

Für den 11. November luden die Initiativen »Komm in die Gänge« und »NoBNQ« zu einer Kundgebung in die Innenstadt – der erste sichtbare Ausdruck des »Recht auf Stadt«-Netzwerks, das sich im September aus etwa 20 städtischen Initiativen gegründet hatte. Rund 300 Menschen protestierten mit Laternen und Kerzen, als die Nachricht eintraf, dass die Stadt kurz vor dem Rückkauf der Häuser stehe. (Am selben Tag wurde auch das Audimax der Hamburger Universität besetzt.) 150 Architekten, Ingenieure und Stadtplaner hatten sich am Tag zuvor mit einem Offenen Brief an den Senat gewandt, um mehr Räume für Kulturschaffende einzufordern und die Stadtentwicklungspolitik zu kritisieren.

Am 15. Dezember 2009 kam es schließlich zur Einigung zwischen Stadt und Investor. Die ausgehandelte Rückabwicklung der Verträge sollte die Stadt 2,8 Mio. Euro kosten (neben dem ebenfalls zurück zu erstattenden Kaufpreis). Die taz jubelte: »Kunst siegt über Kommerz« (taz, 15.12.2009). Was mit den Häusern nach dem Platzen der Investorenpläne jedoch passieren sollte, blieb zunächst offen. Stadtentwicklungssenatorin Hajduk kündigte ein städtebauliches Konzept und Nutzungsgespräche zwischen Januar und März mit den Künstlern an. Kultursenatorin v. Welck verkündete: »Selbstverständlich werden wir bei den weiteren Planungen die Vorstellungen der Künstler einbeziehen. Unser Ziel ist es, das Gängeviertel zu einem lebendigen, kreativen innerstädtischen Quartier weiterzuentwickeln« (MOPO, 15.12.2009).

Zwischen Weihnachten und Silvester wurden zunächst ohne Einigung mit der Stadt die im Oktober geräumten Gebäude »Druckerei« und »Fabrik« wieder besetzt, am 30. Dezember wurden daraufhin kurzfristi-

Fortsetzung auf Seite 4

DOKUMENTATION

»Kapitalismus, ein Zerstörungsprojekt«

Die Ära der westlichen Ökonomie sei zu Ende, meint die Patriarchatskritikerin Claudia von Werlhof in einem Interview mit der österreichischen Zeitschrift »Der Standard«.

Als Ausweg aus der Krise gilt weiteres Wirtschaftswachstum. Sie gehen von anderen Notwendigkeiten aus, richtig?

Werlhof: Wachstum ist das Gegenteil dessen, was hilft. Mein Ausgangspunkt ist Westend, das Ende der westlichen Moderne, ihrer Zivilisation und Versprechen. Das waren immer Lügen.

Wohlstand für alle schien in den 1960er- und 1970er-Jahren erreichbar, zumindest in den reichen Teilen der Welt. War das eine Illusion?

Auf die Dauer ja, weil das Projekt der Moderne ein Weltzerstörungsprojekt ist: die Produktionsweise, die Technik, die Politik. Man muss sich fragen, was geschah, sodass jetzt sogar das Klima, ein planetarisches Phänomen, als Ergebnis der Industrialisierung global verändert wurde.

Was ist denn geschehen?

Begonnen hat es im 17. und 18. Jahrhundert mit dem Entstehen der modernen Naturwissenschaft. Sie versprach eine schöne, neue, reiche Welt – und dass der Reichtum allen zugute kommen und auf demokratische Weise verteilt würde. Das war und ist Propaganda.

Die Gegensätze zwischen Arm und Reich haben sich aber vor allem seit 1989 verschärft, dafür wird vielfach der Neoliberalismus verantwortlich gemacht. Sehen Sie das anders?

Der Neoliberalismus versucht, das liberale Programm, das es seit dem 18. und 19. Jahrhundert gibt, fortzusetzen – aber nicht mehr für viele, sondern für eine ganz kleine Gruppe von Konzernen. Die Rohstoffreserven gehen zu Ende, also eignet man sich die Reste auf kriegerische Art an – und macht gleichzeitig auf spekulative Weise noch schnell viel Geld. Der Sozialstaat wird ausgeplündert, ganze Länder ebenso, denken Sie etwa an Island oder Griechenland. Begonnen hat das mit der Abkehr vom Goldstandard in der Geldpolitik unter US-Präsident Richard Nixon in den 1970er-Jahren. So konnte sich das Kapital als Finanzkapital verselbstständigen. Das Resultat sind all die bunten Blasen, die seither geplatzt sind.

Es wird aber auch viel Reichtum auf der Welt angehäuft. Geht es nicht um dessen gerechtere Verteilung?

Das war und ist ein falsches Versprechen. Denn das Problem, das dabei von Gewerkschaften und Linken nicht bedacht wurde, war, dass schon die Erwirtschaftung dieser angeblichen Reichtümer eine Zerstörung ist. Wir müssen den Kapitalismus als Zerstörungsweise sehen. Die Umwandlung der natürlichen Dinge in Waren, Geld, Maschinerie, Hierarchie und schlussendlich in Kapital geht mit Kaputtmachen einher. Diese Zerstörungspolitik tritt jetzt in Form von Naturkatastrophen aller Art in Erscheinung.

Somit waren der Marxismus und die Arbeiterbewegung, sind die Linken Teil des Problems und nicht Teil der Lösung?

Marx hat noch nachgedacht. Aber er, die Arbeiterbewegung und die Linken gehören mit zur Moderne, die auf der Maschine und der Fabrik beruht, die wiederum auf der Zerstörung der Naturstoffe und ihrer Umwandlung in Totes, in Waren beruhen. Daher wollen auch die heutigen Linken immer noch nichts mit der Natur- und der Frauenfrage zu tun haben.

Also hat das Problem keineswegs erst mit der Industrialisierung angefangen?

Nein, sondern geistig gesehen schon viel früher, mit der Entstehung des Patriarchats vor 5.000 bis 7.000 Jahren. Damals hat sich die Idee einer »Schöpfung aus Zerstörung« durchgesetzt. Im Gegensatz zum realen Lauf der Dinge, wo weibliche Gestalten Ursprung des Lebens sind, haben die Männer begonnen, sich als Schöpfer des Lebens, des Reichtums, des Wohlstands zu definieren. Ich nenne das das alchemistische Prinzip. Nach seinem Scheitern in Antike und Mittelalter – es wurde ja kein Gold oder neues Leben produziert – tritt das alchemistische Prinzip in der Neuzeit als neue Naturwissenschaft in Erscheinung, als weltweites Schöpfung-aus-Zerstörung-Programm.

Warum Zerstörung?

Weil man die Natur nicht künstlich nachmachen kann. Also nimmt man sie in Form ihrer Gestalten auseinander, und setzt sie neu zusammen. Das nennt man Mortifikation – von mors, der Tod: im Grunde ein mechanistisches Vorgehen, das dem aus Zyklen des Werdens und Vergehens bestehenden Naturprinzip nicht entspricht.

Auseinandernehmen und wieder zusammensetzen ist eine Grundlage analytischen Denkens. Wo setzen Sie erkenntnistheoretisch an?

Ich habe mich immer auch mit vormodernen, indigenen, matriarchalen Anschauungen beschäftigt. Irgendwann kam das mit meinen anderen Erkenntniswegen zusammen: in der Frage, warum alles kaputtgeht.

In der heutigen Zeit kritisieren Sie dieses Kaputtgehen am Beispiel des GATS-Abkommens. Warum?

Im Rahmen von GATS soll etwa das Wasser privatisiert werden. Tut man das, werden viele Menschen verdursten. Und der empfindliche Kreislauf des Wassers auf der Erde wird zerstört, weil man Wasser nicht unbegrenzt transportieren kann. Daher haben auch alle Experimente mit Bewässerung in der Wüste in die Versalzung geführt. Es funktioniert nur kurz, denn man kann die Natur nicht hintergehen.

Wo liegt die Alternative?

In der Subsistenzproduktion, die auf dezentrale Selbstversorgung abzielt. Sie ist die einzige Alternative zur kapitalistischen Warenproduktion. Nur, Vorsicht: Dezentralisierung kann auch in der Logik des herrschenden Systems gedacht werden, etwa in der EU in Gestalt von Kleinstaaten wie Lettland und Litauen oder am Balkan. Im Gegensatz dazu wollen etwa die Zapatisten im Mexiko nicht mit dem Zentralstaat zusammenarbeiten, sondern die Wirtschaft von unten aufbauen. Zuerst als Subsistenzwirtschaft, und wenn es Überschüsse gibt, werden diese nicht, wie in den Ausbeutungssystemen, abgezogen, sondern an die Nachbarn verteilt oder getauscht. Das ist eine Ökonomie wie in der vorkolonialen Zeit. In Mexiko und in Bolivien kommt das derzeit wieder hoch.

Kann das auch im zentralisierten Europa funktionieren?

In Europa muss man es historisch angehen – und am Naturverständnis arbeiten. Deutschland etwa war lange föderalistisch organisiert, und hat sich dem Nationalstaat verweigert. Vor allem während der Bauernkriege, am Beginn der Neuzeit, wurden Ausstiege versucht. Sie wurden mit Gewalt verhindert, die Leute in Arbeitshäuser, Zwangsanstalten, Fabriken gequetscht, sodass sie überhaupt keine Produktionsmittel mehr besaßen, sondern vom Lohn und vom Geld leben mussten – so wie es auch heute ist. Was die Natur angeht, muss uns klarwerden, dass wir von ihren Zyklen und Rhythmen derzeit nur wenig wissen. Also müssen wir die vormodernen Anschauungen studieren – hier gibt es ja bereits Arbeiten der neuen Biologie und Physik. Auf dass eine neue Ethik, ein neues Mitleiden entstehen. [...]●

Das Interview führte Irene Brickner

Aus: DER STANDARD/Printausgabe 13.2./14.2.2010

ZUR PERSON:

Claudia von Werlhof (66) ist Professorin für Frauenforschung an der Uni Innsbruck. Sie gilt als Mitbegründerin der Frauenforschung in der BRD und zusammen mit Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen als Begründerin des Ökofeminismus.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

ge Nutzungsverträge ausgestellt. Mit einer riesigen Silvesterparty in den beiden Gebäuden ging das Jahr 2009 zuende. Aktuell laufen die Verhandlungen mit der Behörde für Stadt- und Umweltentwicklung (BSU), die Stadt hat im Frühjahr bekannt geben, dass sie Eigentümerin bleibt und das Gängeviertel selbst sanieren will. Hoffen wir, dass die KünstlerInnen, Aktiven und Kreativen dafür sorgen, dass die Vision der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) nicht in Erfüllung geht: »Diejenigen unter den Künstlern, die ihren Richard Florida gelesen haben, werden schon wissen, dass ihre Rolle am Ende die des Düngers ist, um den Boden für andere zu bereiten. Vielleicht wird eine Weile lang sogenannte Soziokultur im Gängeviertel betrieben werden, mit all der Folklore, die so etwas mit sich bringt. Vielleicht werden irgendwann Rechtsanwälte die Ateliers beziehen und ein H&M die Galerieräume. Vielleicht wird von ganz alleine passieren, was Hanzevast am Reißbrett geplant hatte. Vielleicht. Oder sogar ziemlich sicher. Aber so ist es in jeder Hinsicht ökologischer. Und es sieht besser aus.« (FAZ, 18.12.2009)

September: Centro Sociale bleibt!

Zwischen dem Schanzen- und Karoviertel gelegen, existiert seit Ende 2008 das *Centro Sociale* in der Sternstraße 2. Das *Centro Sociale* versteht sich als autonomer Nachbarschaftstreff – bunt, offen und vielfältig. Das denkmalgeschützte Backsteinhaus mit seinen rund 500 Quadratmeter gehört der Stadt und wird von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (steg) verwaltet. Bis Ende 2009 existierte ein Mietvertrag mit der *Lerchenhof Handwerksgenossenschaft*, die wiederum einen Untermietvertrag mit dem *Centro Sociale* vereinbart hatte. Da die Stadt das Gebäude jedoch nicht einfach so den GentrifizierungskritikerInnen überlassen wollte, initiierte die *steg* durch das Fachamt Stadtplanung im Bezirk Mitte in Form eines Projektaufrufs einen Wettbewerb um die Räume in der Sternstr. 2, bei dem die Bewerber makabererweise ein Nutzungs- und Betreibekonzept für einen »nachbarschaftlichen, nichtkommerziellen Stadtteiltreff« abliefern sollen.

Als Reaktion darauf entstand seit Juli/August 2009 rund um das *Centro Sociale* eine Solidaritätskampagne. AnwohnerInnen ließen sich mit einem überdimensionalen Daumen aus Pappe für die Aktion »Daumen hoch für's Centro Sociale« fotografieren, Anfang September wurde im benachbarten Knust ein Unterstützungskonzert veranstaltet und Gewerbetreibende und Initiativen gaben Referenzschreiben für den selbstverwalteten Nachbarschaftstreff ab. Den Höhepunkt bildete sicherlich die Walzerparade am 10. September. Etwa 300 UnterstützerInnen zogen walzertanzend durch das Hamburger Schanzenviertel und sorgten mit dieser neuen Protestform für erhebliche Aufmerksamkeit.

Während die *steg* behauptete, dass es jede Menge Bewerber für die Räumlichkeiten gäbe, warfen schließlich nur drei andere Einrichtungen ihren Hut in den Ring. *Alsterarbeit*, als Teil der *Evangelischen Stiftung Alsterdorf*, zog ihre Bewerbung schnell wieder zurück. Es verbleiben mit dem Beschäftigungsträger *Arinet* und der *Pferdestall Kultur GmbH* zwei Bewerber. Über die *Pferdestall Kultur GmbH* hieß es in der zweiten Ausgabe des Stadtteil- & Fußballmagazins *Supra*: »Im Januar 2001 trat erstmals eine Gruppe als Pferdestall Kulturkombinat zur Studierendenparlamentswahl an, die als Ziel erklärte, im glasüberdachten Innenhof des Pferdestalls am Allende-Platz einen 'netten Studentenclub' zu eröffnen. Über Jahre versuchte man dieses Projekt im Kulturreferat des grünen AStA voranzutreiben. Schließlich wurde 2003 die *Pferdestall GmbH* gegründet. »Dass die Anteilseigner dieser GmbH zu diesem Zeitpunkt bezahlte Angestellte des AStA waren und so selbst entscheiden konnten, wieviel Geld ihre Firma erhalten soll, ist ein moralisches Verbrechen. Dass dafür aber studentische Gelder in Höhe von mehr als 100.000 Euro zweckentfremdet und damit veruntreut wurden, ist ein tatsächlicher«, meinte 2004 der Vorsitzende der *Jungen Union* Ulf Teuber und verklagte den AStA.« Erst ein neuer linker AStA löste die Verbindung zwischen AStA und GmbH auf. Inzwischen bespielt die *Pferdestall Kultur GmbH*, die immer noch durch die *Uni Marketing GmbH* finanziell mitgetragen wird, viele Clubs in Hamburg, so auch das »Vier Etagen hoch Kultur« (Flora-Erklärung vom Mai 2006) im Haus 73 direkt neben der *Roten Flora*.

Die eigentlich auf den 11. September angesetzte Entscheidung der Jury wurde kurzfristig noch auf den Oktober verschoben. Doch auch das wachsende kommerzielle Party-Imperium Pferdestall Kultur GmbH musste sich am Ende geschlagen geben. Am 5. November bekam das Centro Sociale schließlich den Zuschlag für die Sternstraße 2.●

Links:
www.empire-stpauli.de
www.gaengeviertel.info
http://centrosociale.breitaufgestellt.de
www.rechtaufstadt.net

Dieser Artikel ist unter einer Creative Commons-Lizenz lizenziert.

Anzeige

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Die Zukunft der Vergangenheit ist Aufgabe antifaschistischer Erinnerungsarbeit
PartisanInnen aus Jugoslawien erinnern sich

»Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen«. Mit diesen Worten bilanzierte der italienische Schriftsteller Primo Levi seine lebenslange Auseinandersetzung mit der Erfahrung von Auschwitz und Buchenwald. War es nach der Befreiung die Angst gewesen, niemand würde ihm seine Erlebnisse in Auschwitz glauben, so fürchtete Levi, das Verdrängen des Grauens in Form der Instrumentalisierung und Trivialisierung könnten am Ende obsiegen. In absehbarer Zeit wird es keine lebenden ZeugInnen von Vernichtung und Widerstand im Nationalsozialismus mehr geben. Umso dringlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit und wer sie zu bestimmen vermag. Angesichts der Tatsache, dass uns die letzten Überlebenden verlassen, ist es umso bedeutsamer deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen zu bewahren und weiter zu erzählen. Diese Aufgabe mag mühselig sein, sie ist jedoch unverzichtbar.

Am 8. Mai 2010 lud die »Antifaschistische Linke Berlin« zwei ehemalige jugoslawische PartisanInnen zu einer Vortragsveranstaltung ein. An diesem Datum jährte sich die Befreiung vom deutschen Faschismus zum 65. Mal. Zwischen 1933 und 1945 überzog Deutschland die Welt mit Vernichtung und Krieg. Doch überall gab es Menschen, die sich gewehrt haben, dem Widerstand beitraten und zur Niederlage der Nationalsozialisten beigetragen haben. »Für uns ist es ein Tag der Erinnerung und des Gedenkens, aber auch des Sieges und des Dankes gegenüber jenen, die den Mut aufbrachten, sich gegen die Barbarei aufzulehnen« so die VeranstalterInnen.

Die ehemaligen jugoslawischen PartisanInnen Olga Rodic und Radoslav Deric leben heute in Belgrad und kamen auf Einladung der Berliner Gruppe in die Hauptstadt, um von ihrem Kampf bei den Partisanen zu berichten. Radoslav wurde am 12. April 1927 geboren und schloss sich als 16 jähriger den Partisanen an. Olga wurde am 9. Januar 1925 geboren und ging als 17jährige Studentin zu den Partisanen. Die Veranstaltung fand im gut gefüllten Festsaal Kreuzberg statt und wurde ins Deutsche übersetzt. Mehr solcher Veranstaltungen sind wünschens- und unterstützenswert.●

Ruben Wesenberg

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

REGIONALWÄHRUNGEN ALS ALTERNATIVE ZUM GELDSYSTEM

Gibt es ein Leben ohne Euro?

Prima leben, ohne einen Euro in der Tasche? Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nimmt das Interesse an Alternativen zum traditionellen Geldsystem wieder zu. Neben den »geldlosen« Tauschringen sind in Deutschland vor allem Regionalwährungen verbreitet.

Von Elias Bierdel ● Immerhin 30 verschiedene Projekte gibt es hierzulande, die »Urtaler«, »Bethel« oder »Regios« ausgeben. Der Star unter den regionalen Währungen ist der »Chiemgauer«, der als Zahlungsmittel ausschließlich in den bayrischen Landkreisen Traunstein und Rosenheim angenommen wird.

Wenn Anneliese Brolmann ihr Stammcafé »Alte Schranne« in Wasserburg besucht, zahlt sie mit der »Regiocard«. Das orangefarbene Kärtchen wird ohne Zögern akzeptiert. An der Kasse tippt die Bedienung »Chiemgauer« ein – und ihre Kundin verlässt das Lokal in bester Stimmung: »Es war lecker und außerdem habe ich schon mit dem Frühstück hier eine Spende für eine sinnvolle Sache geleistet!«, freut sie sich. »Mit einer Regionalwährung macht sogar das Bezahlen noch Spaß!« Drei Prozent von allen Umsätzen ihrer »Regiocard« gehen an den Tierschutzverein. Andere fördern Kindergärten, Trachtengruppen oder ihren Fußballklub.

»Das ist auch für mich das entscheidende Argument«, sagt Jürgen Häuslmann, der mit seiner Frau Monika vor drei Jahren die »Alte Schranne« übernommen hat. Von Anfang an sind sie beim »Chiemgauer« dabei. »Der Kunde entscheidet, welchen Verein er damit unterstützen will. Außerdem bleibt das Geld in der

Chiemgauer gibt es auf Papier und elektronisch

Region und stärkt so die heimische Wirtschaft. So haben alle etwas davon!« Den Spendenanteil zahlen dabei nicht die Verbraucher, sondern die teilnehmenden Unternehmer. Für die Eheleute Häuslmann rechnet sich die Sache trotzdem. »Es ist ja auch Werbung für uns, weil man so neue Kundschaft anzieht.«

Aus Sicht der heimischen Wirtschaft wandelt sich auch der größte Nachteil jeder Regionalwährung zum Pluspunkt: »Unser Geld ist außerhalb der beiden Landkreise nichts wert! Deshalb können nur Waren damit bezahlt werden, die auch hier produziert wurden«, freut sich Gastwirt Häuslmann. »Das heißt, ich suche Hersteller in der Region, die mir ihre Produkte gegen 'Chiemgauer' liefern. Und die versuchen ihrerseits, Rechnungen möglichst in Regionalwährung zu begleichen. So entstehen regionale Wirtschaftskreisläufe mit kurzen Transportwegen, wovon dann auch die Umwelt wieder profitiert!«

Währung mit Verfallsdatum

Den »Chiemgauer« gibt es entweder in Form von bunten Papierscheinen – oder eben als elektronische Währung, die »Regiocard«. Um »Geld« handelt es sich dabei im juristischen Sinne nicht (dafür ist in Deutschland ausschließlich die Bundesbank zuständig), sondern lediglich um »vereinsinterne Gutscheine«, die aber immerhin bei regionalen Banken ausgegeben werden – zum Euro-Kurs von 1:1. Allerdings unterscheidet sich die Regionalwährung in einem entscheidenden Detail vom amtlichen Geld: Sie verfällt! Wer seine »Chiemgauer« nicht innerhalb eines Quartals ausgegeben hat, der muss zwei Prozent draufzahlen, um den Wert zu erhalten. Ein Aufkleber auf der »Chiemgauer«-Vorderseite gibt Auskunft über die Gültigkeit. »Umlaufsicherungsgebühr« nennt Christian Gelleri das. Der gelernte Wirtschaftslehrer ist Geschäftsführer der Regios-Genossenschaft und des »Chiemgauer e.V.«: »Die Idee dahinter ist, dass Geld nicht mehr als Besitz gehortet wird, sondern im Umlauf bleibt.«

In der Region kommt die Währung gut an Fotos: Matthias Leippe

Gelleri ist der geistige Vater von Deutschlands erfolgreichster Regionalwährung. Als Lehrer an einer Waldorfschule entwickelte er vor sieben Jahren mit Schülerinnen und Schülern das Konzept – und schuf sich selbst damit einen neuen Arbeitsplatz. Als hauptamtlicher Streiter für ein neues Geld-Verständnis managt er heute nicht nur den Verein, sondern hält Vorträge in aller Welt. Und er lebt selbst in der Praxis vor, was er als »Aufbruch in ein neues Geldverständnis« propagiert: Christian Gelleri hat sich vom schnöden Allerwelts-Euro weitgehend verabschiedet.

»Meinen Alltag bestreite ich fast ausschließlich mit dem Chiemgauer«, erzählt er fröhlich. »Und wer unser Regionalgeld nicht akzeptieren will, der wird von mir überzeugt!«

Diese Lobbyarbeit trägt am Chiemsee besonders reiche Früchte. Über 600 regionale Firmen machen derzeit mit, knapp 430.000 kunterbunte »Chiemgauer« sind im Umlauf. Und die derzeitige Krise des globalen Finanzsystems – davon ist Christian Gelleri überzeugt – wird die Regionalwährungen langfristig weiter stärken. Denn der Grund allen Übels liegt nach seiner Ansicht in den zu großen Geldmengen, die eine wachsende Kluft zwischen Real- und Finanzwirtschaft erzeugen. »Spätere Generationen werden uns fragen, wieso wir den Spekulationsblasen Billionen an Steuergeldern hinterhergeworfen haben«, meint Gelleri. »Die Wirtschaftswissenschaftler der Zukunft werden diese Politik als Staatsversagen analysieren.«

Krisenprävention als Teil der Vision

Können Regionalwährungen hier wirkungsvoll gegensteuern? Christian Gelleri wiegt den Kopf. »Die Vision wäre schon, dass man das Geldsystem ein Stück weit gesunden lässt«, sagt er nachdenklich. Bis allerdings der heilende Effekt gegen die auf den Finanzmärkten waltende Gier messbar ist, wird es wohl noch etwas dauern. Als »Lebensaufgabe« sieht Gelleri deshalb seine Mission, für die er zunächst einmal seine persönliche Geldmenge verringert hat. »Man kann auch mit weniger gut auskommen«, findet der 36-Jährige. Statt seines früheren Lehrergehalts verdient er jetzt Elfhundert brutto im Monat. »Chiemgauer«, versteht sich.●

www.regiogeld.de

Aus: die gesellschafter.de, Nr. 18, Dezember 2009

»NUEVA VIDA FAIR TRADE ZONE« TOURT DURCH DEUTSCHLAND

Mit fairem Konsum bessere Arbeitsbedingungen schaffen?

Redaktion Heidelberg ● Vom 02. bis 12. Juni 2010 werden Maria Elena Medina Vallejos und Sulema Mena de Gonzalés von der Frauenkooperative » Nueva Vida Fair Trade Zone« in zehn bundesdeutschen Städten nicht nur von den schlechten Arbeitsbedingungen in den Sweatshops der Textilindustriebranche berichten, sondern auch Perspektiven jenseits der Konkurrenzwirtschaft aufzeigen. Begleitet werden die Veranstaltungen von lokalen Initiativen aus den Themengebieten der gewerkschaftlichen, der Fair-Trade-, und der Eine-Welt-Arbeit.

»Der Grundsatz, dass mit dem Kauf von Produkten aus Kooperativen Menschen hierzulande sichere Arbeitsplätze in Ländern des Südens fördern können, soll in der Veranstaltungsreihe verdeutlicht werden.«, so die Koordinatorin Beate Gonitzki. »Wir wollen den BesucherInnen der Veranstaltungen den Zusammenhang zwischen dem eigenen Konsum und den ausbeuterischen Arbeitsverhältnisses aufzeigen.« Die Reihe will die BesucherInnen für einen bewussten Konsum sensibilisieren und ein Nachdenken über die eigenen Kaufentscheidungen anstoßen.

Die Kooperative »Nueva Vida Fair Trade Zone« wurde nach der Zerstörung der Sweatshops-Arbeitsstätten durch den Hurrikan Mitch mit Hilfe einer Anschubfinanzierung von der Non-Profit-Organisation »Center for Development in Central America« (CDCA) innerhalb weniger Jahre aufgebaut. Aktuell sind 36 Arbeiterinnen in Vollzeit beschäftigt. Gebäude und Maschinen sind Eigentum der Mitglieder, die sich selbst als »owner-workers« bezeichnen.

Die Kooperative ist genossenschaftlich organisiert. Somit werden alle Entscheidungen auf dem monatlichen Plenum, bei dem jedes Mitglied der Kooperative gleichberechtigt eine Stimme hat, getroffen. Neue Genossinnen müssen nach spätestens drei Monaten verpflichtend Mitglied werden, um ein vermeintliches Arbeitnehmerinnen – Arbeitgeberinnen – Verhältnis dauerhaft zu verhindern.

Weiterhin garantiert das Kollektiv, im lokalen Kontext betrachtet, faire existenzsichernde Löhne. Zur Zeit zahlen sich die Mitglieder ein Einkommen von (umgerechnet) 140 US-Dollar aus. Der gemeinsam festgelegte betriebsinterne Mindestlohn ist im Durchschnitt 25% höher als der landesweite Mindestlohn.

Initiiert wird diese Veranstaltungsreihe von dem gemeinnützigen Verein »Netzwerk Kritische Masse« e.V. aus Hannover in Kooperation mit der Stiftung Leben & Umwelt, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen, dem Café Libertad Kollektiv eG, dem Jugendumwelt-Netzwerk JANUN e.V., dem Agenda-Büro der Stadt Hannover und den Fair-Trade-Händlern »Bekleidungssyndikat« aus Hannover und »Zündstoff« aus Freiburg.●

Termine:

2.6.2010, Mittwoch, Hannover, 19 Uhr, Pavillon, Raum 8, Lister Meile 4
3.6.2010, Donnerstag, Freiburg, 20 Uhr, DGB-Haus, Hebelstr. 10
5.6.2010, Samstag, Karlsruhe, 20 Uhr, Planwirtschaft, Werderstr. 28
6.6.2010, Sonntag, Trier, 12 Uhr, Weltladen Trier, Pfützenstraße 1
7.6.2010, Montag, Saarbrücken, 18 Uhr, Frauenbibliothek Saar, Bleichstr. 4
8.6.2010, Dienstag, Münster, 20 Uhr, Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
9.6.2010, Mittwoch, Bielefeld, 20 Uhr, IBZ Bielefeld, Teutoburger Str. 106
10.6.2010, Donnerstag, Hamburg, 19 Uhr, Centro Sociale, Sternstr. 2
11.6.2010, Freitag, Lüneburg, 19 Uhr, Infocafé Anna & Arthur, Katzenstr. 2
12.6.2010, Samstag, Berlin, 16 Uhr, Kunstfabrik Berlin, Am Flutgraben 3

WILDE OBSTBÄUME, BEEREN UND STRÄUCHER KARTIEREN

Mundraub

3 Freunde, eine Erkenntnis, eine Idee – und fertig ist eine interessante Website, die den Community-Gedanken unterstützt und allen Interessierten nutzt. So lässt sich das charakterisieren, was man unter www.mundraub.org findet. Die Erkenntnis bestand bei Kai, Mirco und Katharina darin, dass es etliche Obstbäume gibt, die entweder niemandem gehören oder vom Besitzer nicht abgeerntet werden können. Und warum sollen die Früchte unter dem Baum verfaulen, während viel Obst chemisch behandelt wird, um weite Transportwege zu überstehen?

Von Marion Engel ● Und nach diesem Motto haben sich die »Mundräuber« nun aufgemacht, das Angebot wilder Beeren und Kräuter, herrenloser und vom Besitzer zum Ernten freigegebener Obstbäume sichtbar zu machen. Die Website besteht aus zwei Teilen, einem Textteil und der MundraubMap.

Im Textteil geht es um die Hintergründe der Initiative und die Regeln. Denn natürlich wollen die Initiatoren keineswegs dazu anregen, dass Obst gestohlen wird. Denn auch wenn Bäume nicht eingezäunt sind,

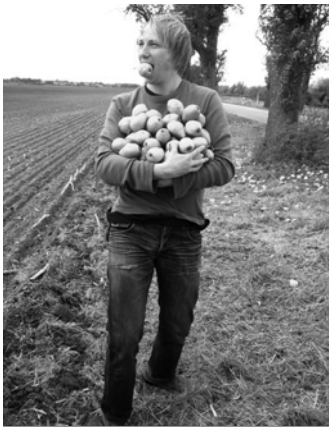


Foto: www.mundraub.org

bedeutet das ja noch lange nicht, dass die Früchte wirklich herrenlos sind. Deshalb werden Besitzer von Obstbäumen, die diese nicht abernten können oder wollen, auch aufgefordert, die Freigabe ihres Baums schriftlich zu erklären und den Baum mit einer Mundraub-Banderole zu kennzeichnen.

Einfacher ist der Fall natürlich bei wirklich wilden Früchten wie z.B. Himbeeren oder Heidelbeeren im Wald, Holunder an Waldrändern oder Bärlauchblättern im Unterholz. Sie sind wirklich und zweifelsfrei herrenlos.

In wieweit solche Plätze allerdings veröffentlicht werden, ist eine andere Frage, die sicher auch vom Umfang des Angebots abhängt. Bei Pilzplätzen scheint die Geheimhaltung tatsächlich heilig zu sein, so dass sich die »Mundräuber« sofort entschlossen haben, keine Pilzplätze zu kartieren.

Im Textteil besteht auch die Möglichkeit zur Diskussion unter Mundräubern der unterschiedlichen Regionen. Da die Site aber mit Wordpress aufgebaut ist, handelt es sich nicht um ein echtes Forum, sondern »nur« um die Kommentarfunktion der Blogsoftware.

Richtig interessant wird es dann auf der MundraubMap, die über einen Link aus dem Textteil erreichbar ist: In einer GoogleMaps-Karte findet man alle derzeit kartierten Bäume, Sträucher und Flächen. Die Farbe des Pins unterscheidet die Zulässigkeit der Ernte. Bei blauen und grünen Pins darf geerntet werden, bei roten Pins ist noch nicht sicher, ob der Baum wirklich zum Ernten freigegeben ist. Der Standort wird in der Karte genau gezeigt, zusätzlich beschrieben und teilweise auch durch Fotos ergänzt.

Noch liegt der Schwerpunkt der kartierten Bäume im Nordosten von Deutschland. Aber vielleicht werden in Kürze sogar die Landesgrenzen überschritten, denn auch in Ober- und Niederösterreich soll es herrenlose Obstbäume geben.

Auch einige Mostereien sind bereits eingetragen, so dass die Ernte nicht nur fest, sondern auch flüssig mit nach Hause genommen werden kann. Ideen für die Zukunft haben die »Mundräuber« genug. Zur Umsetzung wird allerdings ein wenig Kleingeld benötigt. Und dazu wiederum muss die an sich sehr gute Idee noch um einiges populärer werden.

So wie die Website derzeit realisiert ist, wird der Suchmaschinen-Optimierung wenig Gewicht gegeben. Da gibt es sicher noch ein Verbesserungspotenzial. Die Frage ist jedoch, wie viele Leute überhaupt auf die Idee kommen, in den Suchmaschinen nach wilden Bäumen zu suchen. Wichtiger wird es sein, die Site an sich online und auch offline bekannt zu machen.

Die nächste Frage, die zu beantworten wäre, dreht sich darum, wie weit die Community der Mundräuber wachsen muss. Sie muss wohl mehr in die Breite wachsen als in die Tiefe. Das heißt, das Netz muss flächendeckend werden, um so viele Bäume und Sträucher wie möglich zu kartieren. Es sollte aber nicht so werden, dass es Streit um die Früchte eines Baums gibt oder dass möglicherweise kommerzielle Interessen mit der Grundidee der Site in Konflikt geraten. Es bleibt also spannend bei den Mundräubern.●

ERFOLG UND MISSERFOLG DES »DESSAUER MODELLS«

Versuch über ein Jahrzehnt

Das »Dessauer Modell« basierte auf insgesamt 4 Regionalgesellschaften, die seit August 2001 in Dessau gegründet wurden. Unternehmerring, Verrechnungskonten, Regionalgeld, Regiocard, Tauschring, Regionalladen, ein eigenes Gebäude, Feste, Märkte, Konferenzen. Ein Jahrzehnt prall gefüllt mit regionalen Aktivitäten und dem Versuch einer Regionalentwicklung von unten (vgl. CONTRASTE Nr. 277, Oktober 2007).

Im Sommer 2009 mussten 3 der 4 Gesellschaften Insolvenz anmelden. Damit ist der erste Anlauf erst einmal gescheitert. Für CONTRASTE sprach Elisabeth Voß mit Rolf Walther aus Dessau.

Was war der Ausgangspunkt eures Projekts?

Rolf Walther: Die Grundüberlegung, die hinter dem »Dessauer Modell« steht, ist einfach. Man braucht geschäftlich wie privat eigentlich kein Geld, um Leistung zu erbringen und Leistung in Anspruch zu nehmen. Die gesamte Genossenschaftsbewegung basiert seit ihren Anfängen auf dieser Erkenntnis. Jeder Mensch, auch der ohne einen Cent in der Tasche, kann für andere Menschen etwas Sinnvolles tun und im Gegenzug auch etwas bekommen. Dieser Vorgang des Wirtschaftens ohne Geld schafft den gleichen Wohlstand und den gleichen Reichtum wie mit Geld, allerdings weit solidarischer als in der Geldwirtschaft. Die Tatkraft steht im Vordergrund, nicht Zahlungsfähigkeit oder Vermögen. Eine Bereicherung durch Kapitalbesitz (Zinsen) findet nicht statt.

In deinem CONTRASTE-Beitrag 2007 hast du die Säulen des Dessauer Modells dargestellt: Tauschring, Regionalwährung und Regiocard sowie einen revolvierenden Fonds. Durch Teamgründungen wolltet ihr Arbeitsplätze schaffen. Was ist davon geblieben?

Der Tauschring besteht nach wie vor, ebenso wie der Mitteldeutsche Barter Ring als Tauschring für gewerbliche Tätigkeiten. Ihm gehören bis heute rund 100 Unternehmen der Region an. Die Unternehmen sind derzeit dabei sich neu zu organisieren.

Was bedeutet das konkret?

Die Unternehmen bereiten die Gründung eines »Handelsverein Anhalt e.V.« vor, der Barter Ring, Mikrofinanzierung und Dienstleistungen (Solarstrom, Blockheizkraftwerke, Gruppenversicherungen, Carsharing, Tankstelle) vereinen soll und bei Erfolg in eine Genossenschaft überführt wird.

Und die anderen Säulen?

Auch die »Dessauer Mark« (DeMark) gibt es weiterhin. Sie wird derzeit in 50 Geschäften und Gaststätten in Dessau und Umgebung angenommen.

Mit der Regio Card können nach wie vor im Sinne einer Vorteilskarte Rabattpunkte gesammelt werden. Diese Rabattpunkte werden den Kartenhaltern als Talente auf ihren Tauschringkonten gutgeschrieben. Dieses Dessauer Kartensystem steht am Anfang und ist ausbaufähig. Zukünftig soll es auf Nutzergruppen zugeschnittene Sonderformen der Regio Card geben. Geplant sind eine Senioren Card, eine U-21 Card und eine Touristik Card. Auch die Funktionalität ist ausbaufähig. Vom Tanken mit der Regio Card bis zur Funktion einer Geldkarte. Zum Aufladen und zum Bezahlen mit zwei parallelen Zahlungsmitteln: Mit der Dessauer Mark und mit dem Euro. Es gab dazu schon einmal erste Kontakte mit der örtlichen Sparkasse und der örtlichen Volksbank, die derzeit allerdings auf Eis liegen.

Nur der Fonds zur Unterstützung und Kofinanzierung regionaler Projekte und Unternehmen ist aufgrund der Insolvenzen im Sommer 2009 derzeit untätig, könnte aber in einem zweiten Anlauf neu aufgelegt werden.

Und was ist aus den Arbeitsplätzen geworden?

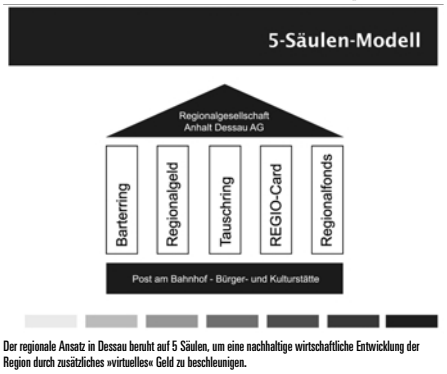
Durch eine Verbindung von Existenzgründung mit genossenschaftlichen Ansätzen und den Möglichkeiten einer regionalen Solidarischen Ökonomie hat der Verein »Initiative Dessau – Arbeit für Anhalt e.V.« in den Jahren von 2003 bis 2009 rund 130 Arbeitsplätze neu geschaffen, beziehungsweise deren Entstehen initiiert und finanziell durch die Einbeziehung in Projekte begünstigt.

Aus diesen Arbeitsplätzen sind Folgeaktivitäten und Existenzgründungen entstanden, sodass mehr als die Hälfte der damals geschaffenen Arbeitsplätze den betroffenen Personen bis heute Einkommen und eine Existenz bieten.

Welche Unternehmen und Projekte sind von der Insolvenz betroffen?

Die edv-technische, buchhalterische, organisatorische und vertriebstechnische Realisierung dieses breiten Ansatzes einer Solidarischen Ökonomie in Dessau erfolgte über vier genossenschaftlich orientierte Unternehmen mit den Unternehmensschwerpunkten Qualifizierung (Reba GmbH), Rechenzentrum (Anhalt Dessau AG), ein Verein für Tauschring und DeMark (Initiative Dessau e.V.) sowie eine Genossenschaft für Vertrieb, Service und Werbung (Handelskontor Dessau eG). Die Genossenschaft hat einen öffentlichen Informationsschalter am Hauptbahnhof in Dessau und einen Regionalladen betrieben sowie im Internet einen regionalen »Dessau-Shop« unterhalten. Das Ziel waren und sind regionale Vertriebssysteme und damit eine neue Chance für ein bewährtes Modell: Die Konsumgenossenschaft.

Im Sommer 2009 mussten drei Unternehmen, die Anhalt Dessau AG, die Reba GmbH und das Handelskontor Dessau eG Insolvenzantrag stellen. Der gemeinnützige Verein »Initiative Dessau – Arbeit für Anhalt e.V.« besteht weiter und ist bis heute Träger des privaten Tauschringes und der DeMark. Mit den Insolvenzen der 3 Unternehmen lösten sich alle hauptamtlichen Strukturen unmittelbar auf. Das Führungsteam brach auseinander. Stillstand und Lähmung waren die Folge.



Der regionale Ansatz in Dessau beruht auf 5 Säulen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region durch zusätzliches »virtuelles« Geld zu beschleunigen.

Was waren die Gründe für euer Scheitern?

Die Gründe für den Niedergang nach 5 erfolgreichen Jahren lassen sich heute in drei Erkenntnissen zusammenfassen:

Erstens: Solidarische Geschäfts- und Handlungsmodelle funktionieren in größerem Maßstab möglicherweise nur dann, wenn sie mit einer cleveren und profitablen Geschäftsidee gekoppelt werden. Lauter gute Taten, die alle mehr kosten als sie einbringen, lassen sich auf Dauer in einem größeren regionalen Kontext nicht durchhalten. Auch für die Solidarische Ökonomie gilt: Man kann nicht dauerhaft mehr ausgeben als man einnimmt.

Zweitens: Es bedarf für eine allmählich sich bildende Breitenwirkung einer überzeugenden (und innovativen?) Idee. Es ist uns in Dessau trotz positiver und umfangreicher Berichterstattung, trotz vielfältigster Aktivitäten, trotz einer guten Internetplattform und Schulung in jedweder Form nicht gelungen, wohlwollende Aufmerksamkeit in eine selbsttragende und zunehmende Unterstützung zu transformieren. Wir haben es erst mit Konzentration auf ein Thema (»Zweitgeld«) und dann mit Diversifikation (Anwendungsvielfalt) versucht. Beide Wege waren in gewisser Weise erfolgreich, aber keiner von beiden führte zum Durchbruch.

Durch seine Entstehung aus einem regionalen »Pakt für Arbeit« erhält das Dessauer Modell einer Solidarischen Ökonomie eine breite regionale Unterstützung

Drittens: Der Faktor Mensch ist in einer Solidarischen Ökonomie von besonderer Bedeutung. Wenn es nicht gelingt die richtige Mischung aus Überzeugung und Professionalität, Engagement und Vertrauen, Sympathie und Lebensfreude in den unterschiedlichen Teams zu verankern, kommt es immer wieder zu erheblichen Verwerfungen und Verlusten, menschlichen wie auch geschäftlichen. Gerade in diesem dritten Bereich steckt auch ein Stück »Schicksal«. Man kann nicht alles steuern und planen. Man kann Glück haben. Oder eben auch nicht.

Wer sind die Geschädigten der Insolvenzen?

Finanzamt, Stadtwerke, Arbeitsamt mit Insolvenzausfallgeld, das sind die großen Brocken. Drei Dutzend Lieferanten mit Beträgen zwischen 100 und 1.000 EUR. Drei oder vier Lieferanten mit größeren Beträgen. Wir sind an fehlenden 50.000 EUR gescheitert. Nachdem wir in den 10 Jahren 5 Mio EUR an Fördergeld nach Dessau geholt hatten.

Was lässt sich aus eurem Scheitern lernen?

Erfahrungen aus dem Beispiel der Erfolgs- und Misserfolgskurve in Dessau sind: Solide Teams mit eigener Motivation und Freude am Engagement sind wichtig. Eigenes Geld und eine solide Finanzierung, speziell bei den laufenden Kosten, sind auf Dauer unverzichtbar, wenn man die Größe eines Stammtisches verlässt. Und über allem steht die Frage »warum das Ganze«. Je länger und komplizierter die Antwort auf diese Frage gerät, desto aussichtsloser ist das Unterfangen einer gesellschaftlichen Relevanz und Durchschlagskraft auf längere Sicht.

Aufgrund von guten Projektideen und erfolgreicher Förderanträge haben sich Menschen an unseren Projekten und Unternehmen beteiligt, ehrenamtlich und hauptamtlich, die den Dreiklang von Erfolg und Finanzen haben und eine sinnvolle Tat attraktiv fanden. Als es beim Erfolg und bei den Finanzen eng wurde, verlor auch die »sinnvolle Tat« an Attraktivität. Da haben dann Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ihre Ämter niedergelegt: Einem Gewerkschaftssekretär fehlte die Zeit, ein Bankvorstand entdeckte seinen Interessenskonflikt und ein Hochschulrektor tat es ohne Begründung. Um nur drei bemerkenswerte Beispiele zu nennen. Aber auch Mitglieder im Führungsteam entdeckten ihr Verlangen nach mehr Gehalt, mehr Freizeit, neuen Zähnen und nach sonstigen Auszeiten. So beginnt es plötzlich überall zu knirschen, ohne wirkliche Ursachen oder Konflikte.

Lag das Scheitern nur am Projekt selbst, oder welche Rolle spielte das Umfeld?

Beispiel 1: Die Anhalt Dessau AG war im Herbst 2008 nahe dran, 50 Prozent der regionalen Wirtschaftsförderung, einer GmbH der Stadt Dessau und der umliegenden Landkreise, übertragen zu bekommen. Wir hatten ein überzeugendes Arbeits- und Finanzierungskonzept erstellt. Es gab den Gesellschafterbeschluss. Und ein Landrat kippte das alles dann, ohne große Gegenwehr der anderen Gesellschafter. Unser Konzept wurde realisiert, der bankrotten Wirtschaftsfördergesellschaft geht es wieder gut. Dafür ließ man die Anhalt Dessau AG gegen die Wand fahren. Alle geplanten Synergien lösten sich in Luft auf. Und das wussten auch alle.

Beispiel 2: Der Stadtverband der Gartenfreunde, Dachverband von 80 Kleingartenvereinen mit 6.000 Gärten, hat 2008 den Regionalladen als zentrale Vermarktungsstelle aller Kleingärtner mit uns gemeinsam konzipiert. Alle Kleingärtner dürfen anliefern, erhalten ein Tauschringkonto und eine Regiocard, bekommen statt Geld Gutschriften und können diese Gutschriften mittels Regionalgeld ausgeben, also einkaufen was immer sie wollen. 12 Monate Arbeit, ein großer Garten- und Pflanzenmarkt, Ladeneröffnung, und dann immer neue Forderungen von den Gartenfreunden und keine Resonanz an der Basis. Mit 2.000 Tauschringkonten und Regiocards (so war das geplant) hätte es die Insolvenzen alle nicht gegeben. Das Ergebnis waren letztlich 2 Kleingärtner, die angeliefert haben.

Beispiel 3: Der Sparkassendirektor kam im Dezember 2007 auf uns zu, mit dem Vorschlag, aus unserer Regiocard ein gemeinsames Projekt der Sparkasse, der Wohnungsbaugesellschaft und der Stadtwerke zu machen, unter dem Dach der Anhalt Dessau AG. Natürlich waren wir begeistert. Wir haben Entwürfe gemacht und zugeliefert. Nur passiert ist nichts.

Das waren alles nicht Menschen bösen Willens. Aber es ist uns nicht gelungen, in den Parteien und in der Verwaltung genügend Leute zu finden, die unsere Ideen und Überzeugungen nachhaltig genug mit uns geteilt hätten und in ein eigenes zielstrebiges Verhalten mit Rückgrat umgesetzt hätten. Der Vorstandsvorsitzende der Anhalt Dessau AG, vormaliger Regierungspräsident von Dessau, hat diese Serie von Fehlschlägen, teils mit den eigenen Parteifreunden, letztlich nicht verkraftet und ist zu Beginn 2009 krankheitsbedingt ausgefallen, was den Niedergang beschleunigt hat.

Könnte ein solches Projekt dauerhaft erfolgreich sein, wenn es bessere Unterstützung bekäme? Und woher könnte die kommen?

Ich bin bis heute zutiefst überzeugt, aus dem Thema Zweitgeld und Verrechnungskonten lassen sich großartige Ideen und Projekte entwickeln. Aber unter diesen Bedingungen war es ein Kampf gegen Windmühlen.

Die Gewerkschaften sollten ihr Trauma der verloren gegangenen Gemeinwirtschaft überwinden und Teile ihres Vermögens in regionale Stiftungen und Fonds einbringen. Gleiches gilt für Teile des von der SPD und von der PDS verwalteten Restvermögens der »Arbeiterklasse«, für Teile des kirchlichen Vermögens und für Teile des Vermögens sonstiger gesellschaftlicher Organisationen. Wichtig wären gemeinsame Grundregeln für den Einsatz und die Verwaltung dieses gesellschaftlichen Kapitals. »Genossenschaftlich« als Oberbegriff für eine demokratische und transparente Unternehmensverfassung, unabhängig von der Unternehmensform, ähnlich dem französischen Genossenschaftsrecht, wäre ein sinnvoller Schritt.

Wie geht es nun weiter?

Seit Oktober 2009 hat ein Prozess der langsamen Regenerierung eingesetzt. Der Unternehmerring trifft sich wieder monatlich. Die Verrechnungskonten werden weiter genutzt. Eine neu gebildete Genossenschaft wird das Gebäude der Anhalt Dessau AG aus der Insolvenz herauskaufen. Eine Nachfolgegesellschaft in Form einer Genossenschaft für den Geschäftsbereich »Bürgerkraftwerke« bewegt sich erfolgreich in kleinen Schritten nach vorne.

Die alten Ziele sind die neuen Ziele, aber die Wege sind neu zu konzipieren. Letztlich lässt sich vom genossenschaftlichen Carsharing über Barter-Hypothekenkredite für eine Gebäudesanierung bis zu Volksfesten auf DeMark-Basis alles im Rahmen einer regionalen Verrechnungswirtschaft organisieren, was mit Geld und Bezahlung zu tun hat. Völlig unabhängig von den Immobilienpreisen in den USA und von der Frage, ob die Zocker an der Börse gerade eine Glückssträhne haben oder ein Desaster erleben.

Die Idee des »Dessauer Modells« wird in unterschiedlichen Varianten erneut versucht werden, in ganz unterschiedlichen Regionen. Und vielleicht auch wieder zu neuer Blüte an seinem Ursprungsort gelangen. In Dessau und in Anhalt.●

Das Dessauer Modell unternimmt den Versuch, Verrechnungsringe, Regiogeld und regionale Kundenbindung (Vorteilskarte) zu verzahnen.

Anzeige

KOMMERZIALISIERUNGSDRUCK

KULTURGENOSSENSCHAFTEN

Kulturvielfalt erhalten

Genossenschaftliche Selbsthilfe erweitert Möglichkeiten. Nach welchen Maßstäben und in welchen Umständen entwickelt sich Kultur? Wozu soll diese eigentlich dienen? Sicherlich kann Kultur dazu beitragen, dass sich der Mensch mit sich selbst, seiner Umwelt und der Gesellschaft unter unterschiedlichsten Blickwinkeln und mit verschiedensten Formen und Medien der Kultur auseinandersetzt. Eines der Ziele kultureller Arbeit sollte insofern auch sein, eigenständige Qualitätskriterien zu entwickeln und Plattformen zu schaffen, auf denen sich »freie Kultur« betreiben lässt. Hier können Kulturgenossenschaften eine wichtige Rolle spielen. Bieten doch Organisationen, in denen die Nutzer gleichzeitig auch die Eigentümer sind, hierfür erheblich größere Möglichkeiten.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Kultur ist wichtiger Bestandteil jeder Gesellschaft. Doch wer bezahlt sie? In Deutschland wird ein vergleichsweise hoher Anteil vom Staat finanziert, während nur ein kleiner Teil von privater Seite Unterstützung erfährt. In Zeiten knapper staatlicher Kassen wächst aber in der gesamten Kulturbranche der Zwang zu mehr Einnahmen aus dem privaten Sektor.

Nach Artikel 151 des EG-Vertrages sowie Artikel 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist es Ziel der europäischen Kulturpolitik, die kulturelle Vielfalt in Europa zu bewahren und zu fördern. Ebenso sollte diese einen breiten Zugang für die Öffentlichkeit zu Kulturangeboten gewährleisten und somit eine Plattform für künstlerische und kulturelle Entfaltung bieten. Davon ist in der Kulturpolitik zurzeit wenig die Rede. Im Gegenteil: Immer wieder werden Diskussionen geführt, welche Kultureinrichtungen überflüssig sind und wie die übrigen »wettbewerbsfähig« gehalten werden können. Hintergrund ist die brisante Frage, ob zur Finanzierung öffentlicher Kulturanstalten die Haushaltskassen ausreichen und wenn nicht, ob diese privatisiert oder gar geschlossen werden müssen.

Ohne Engagement der Mitglieder würde in vielen Kulturgenossenschaften nichts laufen: Eine von etwa 20 ehrenamtlichen VorführerInnen beim »Programmkino Aalen eG«

Trend zur Privatisierung

Ein Beispiel: Das städtisch betriebene Volkstheater Rostock wurde mit seiner gesamten Besatzung in eine GmbH umstrukturiert. Eine GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit beschränkter Haftung, bei der das Erwirtschaften einer Kapitalrendite häufig im Vordergrund steht. Insofern wurden 300 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in ein privatwirtschaftliches Unternehmen »outgesourced«. Die Stadtverwaltung gibt damit ihren Einfluss auf das künstlerische Geschehen im Rostocker Volkstheater auf. Sie übernimmt auch keine Verantwortung mehr dafür. Von den heute noch bestehenden rund 130 Kulturorchestern in der Bundesrepublik wurden seit 1990 bereits über 40 Orchester oder Opernhäuser privatisiert. Die Zahl der festangestellten Orchestermusiker unterschritt im Jahre 2008 zum ersten Mal die Untergrenze von 10.000.

Nicht nur in Deutschland ist die Privatisierung kultureller Einrichtungen ein Thema. In nahezu allen EU-Staaten haben sich seit den 90er Jahren verschiedene Formen der Privatisierung von Kulturanstalten etabliert. In Deutschland wurden mehrere staatlich getragene Museen in privatrechtliche Stiftungen weitergegeben. So wird auch am Beispiel des Verkaufs des »Theater des Westens« in Berlin an den niederländischen Musical-Konzern »Stage« deutlich, dass sich im Kulturbereich zunehmend sogenannte »global player« Markteinfluss sichern: Konzerne und Kapitalbesitzer bestimmen die Inhalte.

Kommerzialisierung

Am Programm der Opernhäuser lassen sich verschiedene Folgen bereits erkennen. Immer häufiger werden vor allem die populärsten Werke auf den Bühnen vorgeführt, um mehr Einnahmen zu erzielen. Das Beispiel der Stiftung »Museum Kunst Palast« in Düsseldorf, zu deren Stifter der E.ON AG, Metro und die Degussa gehören, verdeutlicht: Inhaltliche Entscheidungen werden von Stiftungskuratorien getroffen. Zu denen gehören die Sponsoren, Vertreter der Kommunen und andere »wichtige« Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Lebens. Gegenüber der Öffentlichkeit müssen diese weder transparent arbeiten noch Rechenschaft abgeben. Entspricht dies dem Auftrag von Kulturanstalten? Sollte kulturelle Bildung tatsächlich vor allem durch die Interessen von Privatunternehmern bestimmt werden?

Vorerst bleibt festzuhalten: Die öffentliche Hand zieht sich immer mehr aus der Verantwortung für die künstlerische und kulturelle Bildung und Entwicklung zurück. Stattdessen übergibt sie diese an Unternehmen und etabliert Kunst und Kultur in der Gesellschaft als Ware. Beschreiben lässt sich dies auch mit dem Begriff Kommerzialisierung. Darunter wird ein Prozess verstanden, in dem sich wirtschaftliche Interessen einen Gesellschaftsbereich erschließen und ausnutzen, der bis dahin nicht vorrangig an ökonomischen Zwecken der Gewinnerzielung orientiert war. Kulturkritisch wird seit Jahren die Kommerzialisierung der Künste, des Theaters, der Wissenschaften oder des Sportes zu Recht immer wieder beanstandet.

Privates Engagement

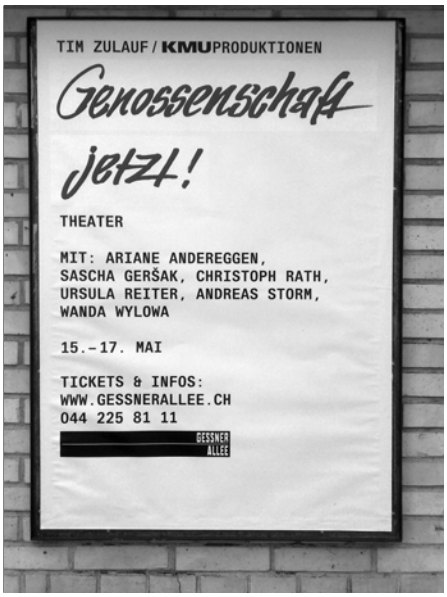
Je größer das Kulturinteresse der Bevölkerung und damit auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für kulturelle Ereignisse sind, desto attraktiver ist es für die Unternehmen, sich namentlich in diesem Bereich zu engagieren. Entsprechend wurde bereits von früheren Regierungskoalitionen Erleichterungen eingeführt, um bei den diskontinuierlich wachsenden Engpässen der öffentlichen Haushalte, derartige Engagements zu erleichtern. Die Begründung: Die steuerpolitischen Hemmnisse für eine aktive Sponsoring- und Stiftungskultur gelte es zu beseitigen, um so verstärkt privates Engagement für das kulturelle Gemeinwohl zu ermöglichen.

Auch wenn dies an der einen oder anderen Stelle positive Wirkungen zeigt, bleibt unternehmerisches Engagement dennoch in vielen kulturellen Bereichen begrenzt. Insofern bietet sich in vielen Fällen als wichtige Ergänzung, und als politische Alternative, die genossenschaftliche Selbsthilfe an. Soll kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten oder ausgebaut werden, sind Genossenschaften eine wichtige Variante, über die in der Bundesrepublik viel zu wenig nachgedacht wird.

Genossenschaftliche Pioniere

Dennoch existieren in der Bundesrepublik einige kulturgenossenschaftliche Ansätze, denen Pionierfunktionen in der Kulturbranche zukommen. Sie setzen für den Erhalt oder die Weiterentwicklung von Kultur wichtige Impulse. Nur welche genossenschaftlichen Ansätze sollen überhaupt dazu gerechnet werden? Eine allgemeingültige Definition für Kultur gibt es nicht. Je nach Blickwinkel wird die Grenze zu anderen Bereichen unterschiedlich gezogen.

Sicher ist, dass zur Kultur nicht nur der Prozess der Produktion von Kunst- und Kulturgütern zählt, sondern auch deren Verbreitung und Erhaltung. So lassen sich beispielsweise der Hörfunk und die Museen ebenfalls dazu rechnen. Je nach Enge oder Weite ihres Kulturbegriffs schließen einige Kulturtheoretiker Bildungseinrichtungen ein, Museen aber lassen sie außen vor. Andere wiederum beziehen Rundfunkveranstaltungen mit ein oder gar den Sport. Nach der Abgrenzung eines Ifo-Gutachtens von 1991 gehören Theater und Musik genauso zur Kultur dazu, wie Denkmalschutz, wissenschaftliche Bibliotheken, Volkshochschulen und Rundfunkanstalten.



Theaterplakat »Genossenschaft jetzt«, ein Stück, bei dem die Zuschauer über die Entwicklung der Genossenschaft – Kommerzialisierung oder Hochhalten der Ideale – mitentscheiden dürfen.

Tradition mit Fortschritt

Werden Schulen und Bildungseinrichtungen dazu gerechnet, lässt sich hier schon fast von einer kulturgenossenschaftlichen Tradition sprechen. Bereit seit über 60 Jahren gibt es die »Schulgenossenschaft Eichenschule eG« (www.eichenschule.de) in Scheeßel im nördlichen Niedersachsen. Die »genossenschaftliche« Schule besuchen ca. 950 Kinder und Jugendliche. 27 Schülerinnen und Schüler sind im angegliederten Internat untergebracht. Mehrere Waldorfschulen in Ismaning, Kirchheim-Teck, Hitzacker, Ravensburg, Offenburg, Karlsruhe, Überlingen sind Schulgenossenschaften, aber auch die Grundschule »Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Schule« in Wetzlar (www.fwr-wetzlar.de). Diese Beispiele unterstreichen den Bedarf nach eigenständigen, wertegebundenen Bildungseinrichtungen.

Dass Kultureinrichtungen wie Theater genossenschaftlich betrieben werden, ist in der Schweiz häufiger anzutreffen. Beispiele befinden sich in Basel, Zürich, Chur und Bern. Dagegen kann das »Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG« (www.theater-ansbach.de) in Deutschland als Exot eingestuft werden. Seit 1919 sorgt in der mittelfränkischen Bezirkshauptstadt die Genossenschaft für einen Gastspielbetrieb mit Tourneetheatern. Aktuell ist das Theater auf dem besten Weg, sich neu zu einem Kleinod zu entwickeln.

Erhalten von Nischen

An Bedeutung zu gewinnen scheinen Kulturgenossenschaften für stark vernachlässigte Kultursegmente. Dazu gehören auf jeden Fall so genannte Programmkinos. Dies sind kleinere Kinos, die künstlerisch anspruchsvolle Autorenfilme zeigen. Sie etablierten sich als Antwort auf die Versuche der angestammten Kinoindustrie, kleineren Kinos das aktuelle Kinoprogramm vorzuenthalten. Sie sind verglichen mit anderen Kinos von der Verleihstrategie und den Vorgaben der Filmverleiher unabhängig. Vorreiterfunktion hat hier das gemeinnützige »Programmkino Aalen eG« (www.kino-am-kocher.de). Nachahmer des Aalener Modells einer ehrenamtlichen Kinogenossenschaft machen sich derzeit in Würzburg und Ingolstadt auf den Weg.

Ebenfalls scheint die genossenschaftliche Rechtsform für den Erhalt von Kulturdenkmälern »entdeckt« zu werden. Die Wildenburg in Hellenthal in der Eifel hat eine 800-jährige Geschichte. Die Genossenschaft »Pro Wildenburg eG« (www.pro-wildenburg.de) will dem Burg-Ambiente und Ritter-Leben verstärkt Aufmerksamkeit schenken. Den ehrenamtlichen Vorständen gelang es immerhin 2007, eine schwarze Null zu erwirtschaften. Dafür mussten sie die angeschlossene Übernachtungs- und Begegnungsstätte gut auslasten. In eine ähnliche Richtung geht die »Festhalle Annaberg-Buchholz eG«. Sie will das traditionelle Kongress- und Veranstaltungszentrum im Erzgebirge nicht nur erhalten, sondern in der Region zu einem kulturellen, wirtschaftlichen, aber auch kulinarischen Zentrum weiterentwickeln – ein hochgestecktes Ziel.

Unterstützungsfunktionen

Von größerer Breitenwirkung sind Kulturgenossenschaften als Sekundärgenossenschaften. Sie übernehmen Unterstützungsfunktion für einzelne Kultureinrichtungen. Die im Schwerpunkt dargestellte »Berlin Music Commission eG« (www.berlin-music-commission.de) und die »digiCULT-Verbund eG i.G.« (digicult.museen-sh.de) sind Beispiele hierfür. Für solche Formen der Zusammenarbeit verschiedener Kultureinrichtungen einer »Branche« stellt die Genossenschaft eine besonders rationale und zweckmäßige Organisationsform dar, solange Wirtschaftlichkeit und Selbständigkeit gleichzeitig verfolgt werden. Sie ermöglichen ohne Aufgabe der betrieblichen Entscheidungsfreiheit Aufgaben, die sonst aufgrund finanzieller Überforderung nicht umgesetzt werden können, gemeinsam erfolgversprechend anzugehen – eine der wichtigsten Zwecke genossenschaftlicher Selbsthilfe.●

Anzeige

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört. Informativ, knapp und klar: Ossietzky

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Bestelladresse:
Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

www.ossietzky.net

KUNST+BAU, DRESDEN

KULTURGENOSSENSCHAFTEN

Kunst im Kollektiv
die Geschichte einer Künstlergemeinschaft

Im Jahr 2008 beging die Künstlergenossenschaft »Kunst+Bau« in Dresden ihr 50jähriges Bestehen. Gegründet wurde sie im Sommer 1958 von einer handvoll Künstler, die gerade ihr Studium beendet hatten und zielstrebig nach Arbeitsorten und -möglichkeiten suchten. Diese wollten ihr Können anwenden und sich an den großen Veränderungen und dem Aufbau der Kultur im Lande beteiligen. Die Stadt bot ihnen ein Grundstück an, dass bereits 30 Jahre Atelierhaus des Bildhauers Edmund Moeller war und nach dessen Tod von der Stadt übernommen wurde.

Jakoba Kracht, Red. Genossenschaften ● In den Jahren 1927/28 erbaute der Bildhauer Edmund Moeller (1885-1958) in der damaligen Stadtrandlage Dresden-Strehlen ein Atelierhaus und legte auf 4.000 qm einen Skulpturenpark seiner Werke an. Der einst hoch gelobte Träger des Rompreises, des Sonnenordens des Staates Peru (für die Schaffung des Nationaldenkmals in Trujillo), des Kunstpreises der Stadt Dresden und Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Neustadt b. Coburg war äußerst produktiv und hat besonders in seiner Wahlheimat Dresden viele Spuren hinterlassen. Er lebte und wirkte über vier politische Systeme hinweg an diesem Ort und geriet fast in Vergessenheit.

Kollektive künstlerische Arbeit

Nach Moellers Tod im Jahre 1958 kaufte eine Gruppe junger Künstler das Grundstück und gründete die

Das Atelierhaus der Künstlergenossenschaft »Kunst+Bau« in Dresden wurde vollständig saniert. (Kunst+Bau Frühling)

»Genossenschaft bildender Künstler – Kunst am Bau«. Leitgedanke dieser Vereinigung war eine konsequente kollektive künstlerische Arbeit auf den verschiedensten bildkünstlerischen Gebieten. Mitglieder wurden Bildhauer, Maler, Grafiker, Keramiker, Architekten und Formgestalter. Aufgrund der damaligen, nicht einfachen Situation der Künstler, war das Bestreben groß, in einer Gemeinschaft zu arbeiten. Die Gründung von Künstlergenossenschaften wurde sehr gefördert.

Zudem konnten in der Gemeinschaft größere, umfassendere künstlerische Projekte übernommen werden. Die räumlichen Möglichkeiten für derartige Aufträge waren in dem Atelierhaus gegeben. Die Zusammenarbeit von Künstlern verschiedener Sparten ergab ein kreatives, innovatives Potential an Ideen, das auf großes Interesse der Architekten und Städteplaner traf. So wurden schon in den 60er Jahren große Projekte in der Fassadengestaltung, Freiraumgestaltungen mit Spielplätzen und Brunnen, Großplastiken und Keramikgestaltungen ausgeführt.

Republikweite Anerkennung

Die Aufträge reichten über das gesamte Land. Die anfängliche Kollektivarbeit, die ganz bewusst zur Schaffung eines leistungsstarken Zentrums für baugebundene Kunst genutzt wurde, entwickelte sich weiter. Es entstanden Gruppen mit speziell bildhauerischem Schwerpunkt (Vincent Wanitschke, Egmar Ponndorf, Johannes Peschel) und auch Keramiker arbeiteten gemeinsam (Dieter Graupner, Bärbel Schulz, Eva Peschel, Rudi Sitte).

Formsteinwände, flächige Fassadengestaltungen, Wandbilder, Spielplatzgeräte wurden von Karl-Heinz Adler und Friedrich Kracht zu Serien entwickelt. Dies ermöglichte eine weit verbreitete Anwendung der Systeme und bedeutete eine neue Dimension der angewandten Kunst. Von ihnen wurden Forschungen zu Flächenbeschichtungen im Außenraum betrieben, die zu Patenten führten und im Ausland ebenso gefragt waren wie in der DDR. Zwei der wichtigsten Vertreter ostdeutscher konkreter Kunst waren hier mit Karl-Heinz Adler und Friedrich Kracht tätig. Nach den anfänglich schweren Jahren wurde die Auftragslage in den 70er Jahren zusehends besser und die »PGH Kunst am Bau« entwickelte sich republikweit zum wichtigsten Partner bei städtebaulichen Großprojekten. Zahlreiche Arbeiten standen und stehen heute noch an zentralen Plätzen des Landes.

Einschneidende Veränderungen

Die Jahre 1989/90 brachten einschneidende Veränderungen. Die stark reduzierte Auftragslage, die Umorientierung und das Alter einiger Künstler führten dazu, dass das Grundstück weniger genutzt wurde. Im Jahr 1999 wurden vier junge Künstler in die Genossenschaft aufgenommen, die das Ziel hatten, diesen einmaligen Ort künstlerischen Schaffens wieder aufleben zu lassen. Seit 2000 existiert die Künstlergenossenschaft als »Kunst+Bau eG« im denkmalgerecht sanierten Haus. Mit neun sanierten Ateliers beherbergt das Atelierhaus inzwischen Künstler unterschiedlicher Sparten wie Malerei, Plastik, Restaurierung, Architektur und Musik.

Die Bedingungen unter denen in der jetzigen Künstlergenossenschaft Kunst+Bau künstlerisch gearbeitet wird, haben sich geändert. Die Räume werden nicht mehr gemeinschaftlich genutzt, der Erhalt des gesamten Grundstückes unterliegt anderen Prinzipien und die Nutzung hat sich teilweise geändert. Jährlich werden kulturelle Veranstaltungen durchgeführt, um einer breiten Öffentlichkeit diesen einzigartigen Ort mit seiner kulturell so interessanten Geschichte näher zu bringen. Es werden Konzerte, Lesungen, Vorträge und Symposien veranstaltet, die der 2001 gegründete »Förderverein Freie Akademie Kunst+Bau e.V.« organisiert.

Ort kultureller Ereignisse

Neben dem Arbeitsort für Künstler ist das Atelierhaus Veranstaltungsort für verschiedene kulturelle Ereignisse wie Konzerte, Lesungen, Vorträge und Ausstellungsort für die Geschichte des Hauses und der hier wirkenden Künstler. Der weitläufige Skulpturenpark des Grundstückes wurde wiederbelebt und mit Werken Edmund Moellers und anderer Künstler erweitert. Trotzdem ist der ursprüngliche Gedanke, einen Ort zu schaffen, an dem in einer Gemeinschaft künstlerisch gearbeitet werden kann, das Hauptanliegen auch der heute hier ansässigen Künstler geblieben.

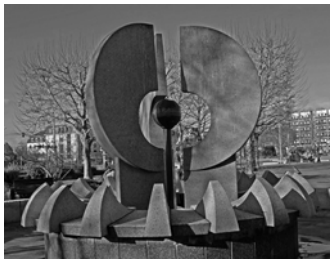
Zu DDR-Zeiten waren Werke von »Kunst am Bau« bei vielen städtebaulichen Großprojekten eingebunden. Zahlreiche Arbeiten standen und stehen heute noch an zentralen Plätzen des Landes (siehe auch Foto unten).

Inzwischen wurde sehr umfangreich die Geschichte des Begründers Edmund Moeller aufgearbeitet und präsentiert. 2005 erschien in Zusammenarbeit mit Antje Kirsch ein Buch über den Bildhauer »Edmund Moeller – eine Spurensuche«. Während der Recherchen zu Leben und Werk Edmund Moellers wurden Kontakte nach Trujillo in Peru geknüpft, wo das 1924 bis 1927 von ihm geschaffene Befreiungsdenkmal den zentralen Platz der Stadt ziert. Als Höhepunkt dieser, nach 80 Jahren wieder aufgenommenen Verbindung nach Peru kam 2006 eine Gruppe junger Künstler auf Einladung nach Dresden, um hier ihre Werke in einer Ausstellung zu zeigen.

Genossenschaftliche Künstlervereinigung

2008 jährte sich die Gründung dieser Künstlervereinigung zum 50sten Mal. Die »Produktionsgenossenschaft Kunst am Bau« (1958-90) war eine einzigartige Gemeinschaft, die eine bedeutende Rolle in der Geschichte der baugebundenen Kunst in der DDR gespielt hat. Eine umfassende Dokumentation zu 30 Jahren künstlerischen Schaffens wird anhand umfangreichen Archivmaterials aktuell erarbeitet und 2011 in einer Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert.

Die Gesellschaftsform der Genossenschaft wurde aufgrund ihrer gleichberechtigten und demokratischen Grundsätze beibehalten und wird weiterhin positiv gewertet. Jedes Mitglied ist eigenverantwortlich tätig und trägt durch die Miete seiner Arbeitsräume und seine ehrenamtliche Tätigkeit zum Erhalt des Hauses bei. Gegenwärtig besteht die Genossenschaft aus sechs Mitgliedern und zahlreichen Mietern in den Ateliers und Arbeitsräumen.●



THEATER ANSBACH – KULTUR AM SCHLOSS EG

Theaterwunder in der fränkischen Provinz

Vor drei Jahren wäre es in Ansbach undenkbar gewesen, dass das dortige Stadttheater seine Besucher so in den Bann zieht. Heute nutzen sie ihre Kulturstätte ganz selbstverständlich. Kein Wunder, es gab zwar ein ansprechend renoviertes Theatergebäude, aber keine Theatermacher dazu. Seit 1919 sorgt in der mittelfränkischen Bezirkshauptstadt eine Genossenschaft, die heute den Namen »Theater Ansbach – Kultur am Schloss eG« trägt, für einen Gastspielbetrieb mit Tourneetheatern. Sie ist auf dem besten Weg, sich zu einem Kleinod zu entwickeln.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Gespielt wurde kaum im »Theater Ansbach – Kultur am Schloss«, bis 2006 zwei Dutzend Mal pro Saison. Ansonsten zeigte die Genossenschaft im Saal Kinofilme. Die Theatergemeinde war entsprechend klein – und sank. Vor vier Jahren setzte Carl-Dieter Spranger, der Vorstandsvorsitzende der Kulturgenossenschaft, alles daran, ein eigenes Stadttheater zu etablieren. Der ehemalige Bundesminister ließ sich von Experten beraten und fand Mitstreiter in der Kommunalpolitik. Dann ging es schnell. 2007 war mit Jürgen Eick ein engagierter Intendant gefunden. Seit Herbst 2008 läuft der Spielbetrieb, der auf einem Drei-Säulen-Modell basiert: Eigenproduktionen, Koproduktionen und Gastspiele.

Unterstützung durch Sponsoren

Die Sponsorengelder sind seitdem ebenso gestiegen wie die Zuschauerzahlen. Jetzt, zu Beginn der dritten Spielzeit, zeichnet sich ab, dass das Theater in Ansbach zu einem Mittelpunkt der Stadt wird. Die künstlerische Qualität erweist sich als hoch. In der letzten Saison war zum Beispiel »Faust« regelmäßig ausverkauft, ebenso die Klassenzimmerstücke für Jugendliche. Es sind Produktionen, die durchweg berühren und unter die Haut gehen. Den Vergleich mit etablierten Stadttheatern halten sie aus. Möglich war diese Entwicklung, weil die Stadt Ansbach ihre Zuschüsse deutlich erhöht hat. Inzwischen sind das fast 700.000 Euro, verglichen mit 2006 mehr als das Doppelte.

In Relation zu Theatern in anderen 40.000-Einwohner-Städten ist der Etat weiterhin klein. Die Ansbacher Kulturgenossenschaft hofft darum ab 2012 auf Zuschüsse vom Freistaat. Wie hoch diese ausfallen, ist offen. Für ein festes Ensemble jedenfalls werden die Mittel nicht reichen. Der Intendant erklärt das zur Tugend: »Mit wenig Mitteln und viel Elan größtmöglichen poetischen Reichtum zu schaffen«.

Einfallsreicher Intendant

Was Eicks Motto meint, lässt sich an der neusten Produktion ablesen. Eick hat das Libretto für ein Kaspar-Hauser-Musical geschrieben, Walter Kiesbauer die Musik. Der berühmteste Findling der neueren Geschichte kam im Jahre 1831 in die mittelfränkische Stadt Ansbach. Zwei Jahre später, am 17. Dezember 1833, wurde Kaspar Hauser ermordet. Der Mord, um den sich viele Geschichten und Mythen ranken, wurde nie aufgeklärt. In diesem Jahr wird erstmals das Musical »Kaspar Hauser – Allein unter Menschen« im Rahmen der gleichnamigen Festspiele am 28. Juli 2010 in dem Genossenschaftstheater uraufgeführt. Der Kartenverkauf für die ersten drei Veranstaltungen hat bereits begonnen.●

Bestelladresse Musical Karten:
Theater Ansbach, Promenade 29, 91522 Ansbach
Tel. (09 81) 97 04 00, Fax: 970 40 20
E-Mail: info@kultur-am-schloss.de
www.theater-ansbach.de.

PROGRAMMKINO AALEN EG

KULTURGENOSSENSCHAFTEN

Wenn Bürger die Kultur selbst in die Hand nehmen

»Andere Filme anders zeigen« ist Motto und Anspruch der inzwischen über 530 genossenschaftlichen KinobesitzerInnen in Aalen. In dem von 60-80 Cineasten ehrenamtlich betriebenen, gemeinnützigen »Kino am Kocher« werden neue und ältere Filme aus allen Kulturen und Kontinenten gezeigt. Besonderen Wert legen die Betreiber auf Filme, die das Verständnis für andere Kulturen sowie das interkulturelle, friedliche und nachhaltige Zusammenleben von Menschen fördern.

Die Kooperation mit Vereinen – Junge und Junggebliebene – für Erwachsene und Jugendliche erweist sich als besonders erfolgreiche Veranstaltungsform

Friedrich Erbacher, Red. Genossenschaften ● Aalen liegt im Osten von Baden-Württemberg, 67 km östlich von Stuttgart und 48 km nördlich von Ulm. Die Industriestadt hat etwa 67.000 Einwohner, die in sieben Stadtbezirken wohnen. Aalen ist Kreisstadt und größte Stadt des Ostalbkreises sowie der gesamten Region Ostwürttemberg. Trotz ihrer Randlage in Baden-Württemberg verfügen die benachbarten Mittelstädte Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd über ein ausgeprägtes kulturelles Angebot mit jeweils unterschiedlichen Akzenten.

»Kino am Kocher«

Das »Kino am Kocher« befindet sich in angemieteten und für den Kinobetrieb barrierefrei ausgebauten Räumen am Rande der Innenstadt, in der Nähe von Bahnhof und Stadtgarten. Das mit 71 Plätzen sehr kleine »Kino am Kocher« versteht sich nicht als Konkurrenz zum langjährig etablierten Kinopark in Aalen (sieben Säle mit 1.543 Plätzen), sondern eher als notwendige und sinnvolle Ergänzung. In den Nachbarstädten Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd gibt es teilweise bereits seit Jahrzehnten neben dem »Mainstream-Kino« auch anspruchsvolle Filmangebote in ansprechenden Räumen. Mit dem »Kino am Kocher« konnte diese Lücke Ende 2006 endlich auch in Aalen geschlossen werden.

Genossenschaftliches Programmkino in Würzburg

Initiative gibt sich optimistisch

Eine Initiative für ein innerstädtisches Programmkino in Würzburg will eine gemeinnützige Genossenschaft für den Betrieb eines Programmkinos in Würzburg gründen. Dazu laufen bereits gut besuchte Veranstaltungsreihen. Eine »provisorische« Filmreihe findet gegenwärtig in wechselnden Spielstätten statt. Für den alltäglichen Betrieb dieses Kinos sucht die vom Kulturreferat der Stadt unterstützte Gruppierung von Fachleuten, Kinobegeisterten und Kulturinteressierten ein geeignetes Objekt mit Anbindung an die Innenstadt. Anforderung: ein oder zwei Kinoräume für insgesamt 130 Personen, Gesamtgröße mind. 200 qm, Raumhöhe ab 3,0 m besser 3,5 m, möglichst mit einer Kommunikationszone und idealerweise im Erdgeschoss. Mehr als 500 interessierte und engagierte Würzburger wollen sich bisher aktiv an dem Projekt beteiligen.
Weitere Infos unter
www.programmkino-wuerzburg.de.

Die Gründung der »Programmkino Aalen eG« erfolgte nach einem guten Jahr Vorlauf am 1. Februar 2006 mit 162 Gründungsmitgliedern und einem Gründungskapital von etwas über 20.000 Euro. Die Gründungsmitglieder wurden durch persönliche Ansprache, Informationsstände und -Veranstaltungen sowie unterstützende Öffentlichkeitsarbeit (Tagespresse, Flyer, Internet) gewonnen. Die Mindesteinlage beträgt ein Geschäftsanteil im Wert von 100 Euro. Der Betrag wurde bewusst niedrig angesetzt, um die Finanzierung auf möglichst viele Schultern zu verteilen und den finanziellen Einsatz des Einzelnen überschaubar zu halten. Eine Nachschusspflicht (etwa bei drohender Insolvenz) ist in der Satzung ausgeschlossen. Einen jährlichen Mitgliedsbeitrag gibt es nicht, aber auch keine Ermäßigung bei den Eintrittspreisen.

Gründungsanstoß Investition

Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Genossenschaft werden keine Gewinnbeteiligungen ausgeschüttet. Die einzige »Rendite« für die genossenschaftlichen Kinobesitzer ist daher der kulturelle Mehrwert, der durch die Existenz und den Betrieb des Kinos für sie entsteht. Bis zum Jahresende des Gründungsjahrs stieg die Mitgliederzahl auf 400. In 2007 konnten weitere 72 Mitglieder, in 2008 weitere 47 Mitglieder gewonnen werden. Nachdem 2009 die Finanzierung der Investitionen gesichert war, wurde die aktive Mitgliederwerbung weitgehend eingestellt.

Die Entscheidung für die Genossenschaft als Rechtsform war in erster Linie den notwendigen Investitionen geschuldet: Die Investitionen von bis heute ca. 150.000 Euro für die Einrichtung des »Kino am Kocher« wurden zu 42% aus über 600 Geschäftsanteilen der Genossenschaftsmitglieder und zu 32% über einen Kredit der Filmförderanstalt des Bundes (FFA) finanziert. Lediglich 14% flossen aus Mitteln der Aktion Mensch für den barrierefreien Ausbau und 12% aus Sanierungskostenzuschüssen der Stadt Aalen.

Von den heute rund 530 Mitgliedern verstehen sich die meisten als Geldgeber und ideelle UnterstützerInnen des Programmkinos. Nur etwa 10-15% gestalten durch ihre ehrenamtliche Mitwirkung auch aktiv den Kinobetrieb. Rund 50% gehören als regelmäßige KinogängerInnen zu den NutznießerInnen des Filmangebots.

Weitere Vorteile der Rechtsform Genossenschaft sind die auf die Führung eines Wirtschaftsbetriebes ausgelegten Rechtsgrundlagen sowie die positive Affinität, die gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise mit der Organisationsform »Genossenschaft« verbunden ist. Nachteilig wirkt sich lediglich die gesetzliche Prüfungspflicht für Genossenschaften aus, zumal die jüngste Reform des Genossenschaftsrechts hinsichtlich der Prüfung kleiner Genossenschaften von vielen Prüfungsverbänden bisher nur sehr zögerlich umgesetzt wird. Bei der Zusammenstellung der Gründungsunterlagen und insbesondere bei der Ausgestaltung der Gründungssatzung wurde die Genossenschaft vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. (ZDK) in Hamburg fachlich sehr gut beraten und unterstützt.

Finanzierung aus Kartenverkauf

Kulturbetrieb jenseits nennenswerter öffentlicher oder privater Förderung muss sich selbst tragen – oder anders gesagt: Das Publikum zahlt den Kulturgenuss weitgehend selbst und leistet damit den wichtigsten Beitrag zum Fortbestand des Kinos: Der laufende Betrieb des Kinos finanziert sich zu 80% aus dem Kartenverkauf, zu 10% aus der Verpachtung der Gastronomie und zu 10% aus Zuschüssen und sonstigen Einnahmen. Der kostendeckende Betrieb des Kinos ist nur durch den nahezu völligen Verzicht auf bezahlte Angestellte möglich. Lediglich die Reinigungskräfte werden als Minijobber beschäftigt.

Wichtigste Zielgruppe des »Kino am Kocher« sind Erwachsene über 30 Jahre aus Aalen und der näheren Umgebung. Die Zielgruppe wird mit einem abwechslungsreichen, anspruchsvollen Programm, einem ansprechenden, auf Begegnung angelegten Kinoambiente, seniorengerechten Service und barrierefreien Räumlichkeiten angesprochen. Ein besonderes Anliegen ist es, auch Menschen mit Behinderungen in die Filmvorführungen und Veranstaltungen im »Kino am Kocher« einzubeziehen. Neben dem barrierefreien Ausbau der Räume und einer deutlichen Ermäßigung gibt es regelmäßige Kooperationsveranstaltungen mit Behinderten-Einrichtungen und auch immer wieder Filme zu diesem Themenkreis.

Ein Kultur-»Event« der besonderen ART: die Errichtung der Genossenschaft Programmkino Aalen eG durch gemeinsame Unterzeichnung der Satzung

Team zur Programmgestaltung

Für die Programmgestaltung ist eine aus acht Personen bestehende Programmgruppe verantwortlich. Im Rahmen regelmäßiger Treffen werden Filmvorschläge diskutiert, auf die man durch Presseberichte, Kritiken in Fachzeitschriften und den Besuch von Filmfestivals aufmerksam wurde. Vorwiegend handelt es sich um Filme, deren Bundesstart innerhalb des letzten Halbjahres erfolgte. Bei der Festlegung des Programms wird auf eine Mischung verschiedener Filmthemen und Genre (einschließlich Dokumentarfilm) geachtet. Dabei hat sich anhand der Zuschauerzahlen gezeigt, dass neben »Kulturanspruch« und »Bildungsgedanken« auch der »Unterhaltungswert« bei der Filmauswahl nicht unterschätzt werden sollte.

Abgewogen wird auch bei der Herkunft der Filme, so dass in jeder Spielzeit auch Werke aus afrikanischen, südamerikanischen oder asiatischen Ländern eingesetzt werden. Ab 2008 wurden alle Filme des »laufenden Programms« jeweils ab Freitag an fünf festen Tagen innerhalb von zwei Spielwochen vorgeführt. Durch versetzte Spieltage kann der Besucher wöchentlich zwischen mindestens zwei verschiedenen Filmen wählen. Zusätzlich werden einmal im Monat ein Kinderfilm und die Reihe »Kocher Klassix« gezeigt.

Zielgruppenspezifische Kooperationen

Neben dem laufenden Filmprogramm hat sich die Kooperation mit Vereinen, Institutionen und Bildungseinrichtungen für Erwachsene und Jugendliche als besonders erfolgreiche Veranstaltungsform herausgestellt. Sehr gerne zeigen die Akteure Filme, die eine bestimmte Zielgruppe ansprechen und Ideen und Themen mit ihrer Geschichte transportieren, die für die Gesellschaft – das Zusammenleben – wichtig sind. Es gehört zum Selbstverständnis, dass die Verantwortlichen offen sind für alle Anregungen und Möglichkeiten zur Kooperation, die sich im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements realisieren lassen.

Mit dem Kinoprogrammpreis 2009 des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist das »Kino am Kocher« für das erste »richtige« Betriebsjahr 2008 für einen besonders hohen Anteil deutscher und anderer europäischer Filme mit künstlerischem Rang ausgezeichnet worden. Vorstandsmitglied Jürgen Schwarz betonte: »Mit der Verleihung des Kinoprogrammpreises ist das »Kino am Kocher« in Aalen endgültig in der deutschen Programmkino-Szene angekommen. Für die »Programmkino Aalen eG« und das »Kino am Kocher« ist dieser Preis eine große Ehre und zugleich eine großes Lob für die herausragende und qualifizierte Arbeit unserer Programmgruppe und allen anderen ehrenamtlichen Kino-Aktiven.«

Eingefleischte Nicht-Kinogänger

Das »Kino am Kocher« der »Programmkino Aalen eG« ist eine wichtige Bereicherung des kulturellen Lebens in Aalen. Die Rechtsform der Genossenschaft und die Nutzung der vielfältigen persönlichen Fähigkeiten sowie der beruflichen und gesellschaftlichen Hintergründe der Kinomitglieder schaffen einen fruchtbaren Boden für dieses Projekt. Das Angebot, in ansprechenden Räumen in Kooperation mit dem Kino oder in eigener Verantwortung Bildungsveranstaltungen mit audiovisuellen Medien durchzuführen, wird von Vereinen, Institutionen und Unternehmen sehr gut angenommen. Räume und Programm des Programmkinos inspirieren immer neue Akteure zu eigenen Veranstaltungen und Filmbildungsangeboten.

Und: Das Kino am Kocher holt eingefleischte Nicht-Kinogänger ins Kino zurück! Das ansprechende Ambiente von Kinoräumen und Gastronomie regt zum Austausch und Gespräch an. Der Kinobesuch wird für die Menschen wieder zum kulturellen und sozialen Ereignis.

Gerne geben die Aktiven in Aalen ihr Wissen und ihre Erfahrungen an andere Kinoinitiativen weiter. Aktuelle Nachahmer des Aalener Modells einer ehrenamtlichen Kinogenossenschaft gibt es derzeit in Würzburg und Ingolstadt.●

Kontakt: Programmkino Aalen eG, Kino am Kocher, Schleifbrückenstr. 15-17, 73430 Aalen
Tel. (0 73 61) 555 99 94
E-Mail: verwaltung@kino-am-kocher.de
www.kino-am-kocher.de

KULTURGENO DIGICULT-VERBUND

KULTURGENOSSENSCHAFTEN

Von der Karteikarte zu digitalen Kulturlandschaften

Bildungs- und Kulturgenossenschaften haben das zentrale Anliegen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, zur Verbesserung und nachhaltigen Gestaltung der Qualität von Bildungs- und Kulturangeboten beizutragen.
Die Unternehmens- und Rechtsform der eG bietet ihren Mitgliedern aus den verschiedensten Organisationen und Trägerschaften die Möglichkeit, Weiterbildung und Beratung zusammenzuführen und gemeinsam an Zielen zu arbeiten. Ein spannender Newcomer im kulturellen Sektor ist die digiCULT-Verbund eG i.G., die am 18. Januar dieses Jahres gegründet wurde.

Silke Stöterau, Red. Genossenschaften ● Eine der größten Aufgaben für Museen und Sammlungen ist es heute, das kulturelle Erbe digital für viele verfügbar zu machen. Ein Großteil der Sammlungen bleibt in Magazinen verborgen oder ist nur kurze Zeit in Wechselausstellungen zu sehen. Hier setzte »digiCULT« im Jahr 2003 als Pilotprojekt, unterstützt durch Fördermittel der Europäischen Union und des Landes Schleswig-Holstein, mit seiner Arbeit an. »digiCULT« entwickelte in Kooperation mit den Museen in Schleswig-Holstein ein digitales Gesamtkonzept zur Dokumentation der Museumsbestände. Ziel ist nicht nur die digitale Erschließung und Sicherung der Objekte vor Ort, sondern auch die Veröffentlichung der Sammlungsobjekte in großen Kulturportalen im Internet, die Kultur für jedermann zugänglich zu machen und deren Bekanntheitsgrad innerhalb Bildung, Wissenschaft und Tourismus zu steigern.

Kulturelle Vielfalt für alle

Bedeutende Gemälde- und Grafiksammlungen, Objekte zur Stadt- und Heimathistorie sowie Seefahrts- und Marinegeschichte, imposante Möbelsammlungen, verborgene Schätze des Mittelalters, zeitgenössische Skulpturen, Minerale und Fossilien, Zeugnisse der Archäologie, Volkskunde, Medizin- und Technikgeschichte erblicken durch »digiCULT« das virtuelle Licht der Welt. »digiCULT hat den Paradigmenwechsel von der klassischen Karteikarte zu digitalen Archiven und virtuellen Kulturlandschaften im Internet herbeigeführt«, erläutert Lütger Landwehr, hauptamtliches Mitglied im Vorstand der digiCULT-Verbund eG i.G. Er sieht darin einen deutlichen Nutzen auch für die Tourismuswirtschaft: »Heute können Urlauber sich schon vor ihrer Reise kundig machen, in welchen Museen Ihre Lieblingsobjekte gesammelt werden und wann diese zu besichtigen sind.«

Die Nachfrage nach den Objekten im Internet sei seit Projektbeginn enorm gestiegen. Das mehrsprachige Museumsportal Nord von Schleswig-Holstein und Hamburg »www.museen-nord.de« verzeichne etwa 26 Millionen Zugriffe pro Jahr. Die Tendenz ist steigend. Nach dem Start mit neun Pilotmuseen im Jahr 2003 arbeiten heute über 60 Museen und Sammlungen aus Schleswig-Holstein und Hamburg, darunter auch die Stiftung »Historische Museen Hamburg«, mit der digiCULT-Software und nehmen das Dienstleistungsangebot in Anspruch. Außerdem ist der Museumsverband Saarland mit ausgesuchten Pilotmuseen dabei.

Das digiCULT-Gesamtkonzept

»Die beteiligten Museen erfassen ihre Objekte digital, die dann nach Freigabe durch die Museen im Internet im Museumsportal Nord und durch die standardisierte Weitergabe in nationalen und internationalen Kultur- und Wissenschaftsportalen wie BAM, Prometheus, MICHAEL, Europeana veröffentlicht werden«, erklärt Landwehr zur Arbeitsweise von digiCULT. Über 100.000 Objekte wurden so bereits digital aufgenommen. Auf der »Europeana« (www.europeana.com) werden im Rahmen der stetig wachsenden kulturellen Vernetzung bis Ende 2010 über 10 Millionen Kulturobjekte aus Europa verfügbar sein. Mit dem im Aufbau befindlichen nationalen Wissenschafts- und Kulturportal, der »Deutschen Digitalen Bibliothek« (DBB), die 2012 an den Start gehen soll, arbeitet digiCULT bereits zusammen.

Um die digitale Dokumentation der Museen sowie die nationale und internationale Vernetzung zu unterstützen, hat digiCULT Lösungen für Software-Module und IT-Infrastrukturen entwickelt, Objekt-, Vokabular- und Künstlerdatenbanken aufgebaut, betreibt einen Portalserver und berät die Museen in allen Fragen der Inventarisierung und Digitalisierung. »Damit Inhalte und IT-Produkte laufend aktuellen Benutzerbedürfnissen und Erfordernissen angepasst werden können, arbeitet digiCULT mit nationalen und internationalen Entwicklungsgruppen zusammen«, berichtet Lütger Landwehr. Die Ergebnisse werden den Mitgliedern zur Nutzung zur Verfügung gestellt. Fortbildungen und Anwenderschulungen unterstützen die Digitalisierungsarbeit vor Ort und sorgen für die Weiterqualifizierung von Museumsmitarbeitern.

Vom Projekt zur Genossenschaft

Die Gründung der Kulturgenossenschaft »digiCULT-Verbund eG« wurde im Rahmen der Verstetigung eines durch EU- und Landesmitteln finanzierten Projekts vollzogen. »Es musste mit den jetzigen und zukünftigen Mitgliedern und Partnern eine institutionelle Rechtsform gefunden werden, die einen dauerhaften wirtschaftlichen Betrieb gewährleistet und die Weiterführung der bisherigen Dienstleistungen und den Support für die aufgebaute IT-Infrastruktur sowie für die entwickelten Software-Module von digiCULT sicherstellt«, erläutert Landwehr. »Die Verbundzentrale Göttingen (VZG) des gemeinsamen Bibliothekverbundes wird als erfahrener Dokumentationsdienstleister mit einem großen Rechenzentrum im Hintergrund dabei der technische Dienstleister.«

Schiffsbild (undatiert), keine Signatur, Sylter Heimatmuseum Söl'ring Foriining Sylter Verein e.V. – wurde mit der Software der Kulturgenossenschaft digiCULT erfasst.

Mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes (GenG) 2006 wurden auch die Belange von Kulturgenossenschaften berücksichtigt. Insofern bietet diese Rechtsform für einen Kulturverbund mit den genannten Zielen den am besten angepassten rechtlichen Rahmen. Er ermöglicht eine flexible, an den Bedürfnissen der Mitglieder orientierte, Gestaltung.

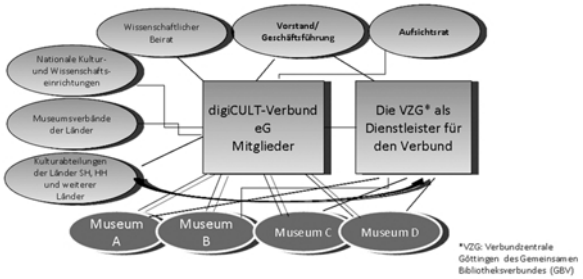
Gemeinsam Großes schultern

»Damit der digiCULT-Verbund als Kulturgenossenschaft selbst öffentliche Fördermittel beantragen und verwalten kann, musste die Satzung die »Quasi-Gemeinnützigkeit« der Genossenschaft definieren. Gemäß § 20 GenG ist dies möglich, wenn der Gewinn nicht verteilt, sondern der gesetzlichen Rücklage und anderen Ergebnisrücklagen zugeschrieben wird. Darüber hinaus sind in der Satzung keine Gewinnausschüttungen an die Mitglieder vorgesehen« erklärt Lütger Landwehr. Außerdem sei die in der Satzung definierte Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Belange der Mitglieder Zweck und Gegenstand der Genossenschaft. Sie verfolge somit gemeinnützige Ziele für Kultur, Forschung und Bildung.

Die Finanzierung wurde auf möglichst viele Schultern verteilt. Auch die Länder haben Förderung in Aussicht gestellt. Das Gebührenkonzept berücksichtigt die Größe und Wirtschaftlichkeit der Mitglieder. »Je mehr mitmachen, umso geringer wird die Belastung für den Einzelnen. Und der Einstieg ist niedrigschwellig: Ein Geschäftsanteil beträgt 200 Euro. Für hauptamtliche Museen und Sammlungen gilt der Mindestanteil von zwei Geschäftsanteilen, für ehrenamtlich geführte Einrichtungen und persönliche Mitglieder von einem Geschäftsanteil. Die Genossenschaft, der zurzeit 44 Mitglieder aus vier Bundesländern beigetreten sind, ist mit diesem Geschäftskonzept gut aufgestellt. Sie kann bei besonderen Vorhaben auch Drittmittel über EU- und DFG-Förderanträge erlangen. Für kultur- und technologienahe Sponsoren ist die digiCULT-Verbund eG als neue große Kulturgenossenschaft ein interessanter Partner«, betont Landwehr überzeugend.●

Weitere Informationen unter:
www.digicult-sh.de

Organisation der digiCULT-Verbund eG



BERLIN MUSIK COMMISSION EG

Berliner Musikwirtschaft kooperiert genossenschaftlich

Berlin ist ein bedeutender Musik-Standort in Deutschland, den es auszubauen gilt. Mit der Genossenschaft »Berlin Music Commission eG« entsteht nun in der Bundeshauptstadt das erste übergreifende Netzwerk der Musik- und Veranstaltungsbranche. Die Mitglieder kommen aus allen Bereichen der mittelständischen Musikwirtschaft, darunter Live Entertainment, Recorded Music, Music Software und Music Media. Konzertveranstalter wie Arena, Admiralspalast und Kesselhaus beteiligen sich.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Ziel der »Berlin Music Commission« ist es, sich als nationaler und internationaler Repräsentant der kleinen und mittelständischen Musikwirtschaft Berlins sowie als Türöffner für die lokale Musikszene zu etablieren. Die Marktzugänge der Berliner Musikunternehmen sollen erweitert sowie deren Interessen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten werden. Auf diese Weise kann sie, so die Hoffnung der Genossenschaftsgründer, »Berlin Music« als Brand ausbauen und effizienter nach außen tragen.

Unterstützung bei Vermarktung

Als Netzwerk bringt das Gemeinschaftsunternehmen lokale und internationale Geschäftspartner zusammen. Die Position der lokalen Musikwirtschaft soll so gegenüber Politik, Banken und Sponsoren gestärkt werden. Marketingunterstützung bei Musikproduktionen, vielfältige Dienstleistungsangebote und die Veranstaltungsorganisation speziell für die Netzwerkpartner bieten eine professionelle Basis für Kooperationen und Kampagnen. Mit der Vernetzung der Berliner Akteure, Public Relation, Lobby-Arbeit und vor allem einem zentralen Marketing für den Musikstandort Berlin, zielt Berlin Music auf neue Märkte.

Gegründet wurde die Genossenschaft 2007 während der Berliner Popkomm, Europas größter Fachmesse der Musik- und Eventbranche. 41 Mitglieder hat sie bereits. Im Vordergrund steht für die Berlin Music Commission bis 2012 der Ausbau der Marke »Music made in Berlin«. Mit gezielter Förderung der nationalen und internationalen Nachfrage nach Musikproduktionen und -dienstleistungen der Mitglieder, will sie die Branche vor Ort nachhaltig stärken.

Berlin Music Week

So profitieren die Mitglieder von:

● der Integration in die brancheninterne Kommunikation;
● dem Austausch mit Kollegen, Konkurrenten und potentiellen Partnern;
● der Koordination der Aktivitäten im Markt sowie der konzertierten Erschließung neuer Märkte;
● dem Zugriff auf branchenübergreifende Kontaktpools;
● der Teilnahme an Gemeinschaftsprojekten wie Messeständen, Matchmaking Events, Präsentationen etc.;
● der Unterstützung firmeneigener Promotionaktivitäten durch die BMC;
● kostensenkenden Angeboten und Benefits wie beispielsweise Gruppenrabatten bei Tarifen, Akkreditierungen und Buchungen aber auch Promotionsmaßnahmen und Showcases.

Im Mittelpunkt der verschiedenen Aktivitäten steht zurzeit die Netzwerkentwicklung. Sie wird gefördert aus dem Topf »Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – GRW«. Unterstützung erhalten darüber Berliner Unternehmen, die ihre Erzeugnisse oder Dienstleistungen überwiegend überregional absetzen. 30 Prozent der Gelder für das Netzwerk müssen die Mitglieder selbst tragen.

Diese Vernetzung vorantreiben soll auch die Berlin Music Week, die vom 6. bis zum 12. September 2010 erstmalig in Berlin stattfindet. Dabei wird sich die Vielfalt und Vitalität der Berliner Musikszene in einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm einem breiten nationalen und internationalen Publikum zeigen. Mit seinem Tätigkeitsspektrum ist dieser genossenschaftliche Ansatz deutschlandweit bisher einzigartig.●

Kontakt:
Berlin Music Commission eG, Stephan Rombach
E-Mail: contact@berlin-music-commission.de

ZEITSCHRIFTENBESPRECHUNG

Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat

Die Sackgasse, auf die das derzeitige Wirtschaftssystem zusteuert, wird immer offensichtlicher. Diese Beobachtung führt unweigerlich zur Frage, ob sich Wirtschaft nicht auch anders – sozialer, demokratischer und ökologischer – organisieren lässt. Theorie und Praxis solidarischer Ökonomie werden im Journal für Entwicklungspolitik 2009/3 (Österreich) analysiert.

Ein Verweis auf die Widersprüche und Spannungsverhältnisse, in denen sich solidarökonomische Initiativen bewegen, findet sich bereits im Titel des aktuellen Journals für Entwicklungspolitik (JEP): »Solidarische Ökonomie zwischen Markt und Staat. Gesellschaftsveränderung oder Selbsthilfe?« (1). Diese Frage und etliche damit im Zusammenhang stehende Aspekte diskutiert das internationale und interdisziplinäre AutorInnenteam.

Die Beiträge reichen von einer grundlegenden Einführung in die Solidarökonomie über die Betrachtung verschiedener Beispiele zur kritischen Analyse von Konzepten wie Partizipation und Demokratisierung. In der Wissenschaft fristet die solidarische Ökonomie trotz ihrer stark gestiegenen Bedeutung und Aktualität leider momentan noch immer eher ein Nischendasein – welchem das JEP entgegentritt.

Gesellschaftsveränderung oder Selbsthilfe?

Markus Auinger bietet eine theoretische Einführung in die solidarische Ökonomie, die den aktuellen Diskurs aufgreift und Orientierung schafft. Nicht alle Unternehmen, die sich als sozial oder solidarisch definieren, entsprächen den fundamentalen Kriterien einer solidarischen Ökonomie, meint Auinger. Diese seien das »Demokratieprinzip«, das »Identitätsprinzip« (KapitalbesitzerInnen = ArbeiterInnen) und das »Solidaritätsprinzip«, wodurch sie sich deutlich von herkömmlichen Betrieben unterscheiden. Die kritische Frage im Titel des Artikels, ob solidarische Ökonomie wirklich der Weg zu einer Gesellschaftsveränderung oder eher eine Form der Selbsthilfe darstellt, kann schon aufgrund der Vielfalt an Projekten nicht eindeutig beantwortet werden. Ein fundamentales Kriterium für das gesamtgesellschaftliche Transformationspotenzial solidarökonomischer Initiativen identifiziert Auinger in der zukünftigen Dimension der Bewegung. Eine intensivere Kooperation zwischen verschiedenen Projekten, Solidaritätsnetzwerken und Produktionsketten sei dringend erforderlich, um größere Wirkung zu erlangen.

Erfahrungen aus Brasilien und dem Baskenland

In Europa aber lässt sich ein Defizit an solchen Netzwerken feststellen, mit Ausnahme der baskischen Industriekooperative Mondragón. In Brasilien hingegen ist der Prozess schon weiter fortgeschritten, wobei die zugespitzte Situation der ArbeiterInnen sowie staatliche und eine starke gewerkschaftliche Unterstützung auch eine Rolle spielen. In Brasilien, wie im Baskenland, ist das Genossenschaftswesen eine Reaktion in Form der Selbsthilfe und -organisation und gleichzeitig eine Aktion des Widerstandes.

Maurício Sardá de Faria und Gabriela Cavalcanti Cunha beschreiben die Herausforderungen in Brasilien, wo vom Konkurs bedrohte Betriebe von den ArbeiterInnen besetzt und weitergeführt werden. Während die Organisationsstruktur demokratischer und solidarischer gestaltet wird, bleibt die Produktionsstruktur in der Regel aber unverändert, d.h. der finanzielle Druck, welchem die Firma vorher schon ausgesetzt war, wird auf die ArbeiterInnen übertragen und die kapitalistischen Zwänge, wie einen Mehrwert zu erzeugen, bleiben bestehen.

Ganz ähnlich ergeht es der weltweit größten Kooperative Mondragón, die Astrid Hafner in ihrem Beitrag beschreibt. Auch sie ist den Marktzwängen des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfen, welche die solidarischen Prinzipien und Sozialleistungen untergraben.

Staatliche und betriebliche Strukturen

Andreia Lemaître behandelt in ihrem Artikel die Auswirkungen der Einbettung sozialökonomischer Unternehmen in staatliche Strukturen. In den 1970er und 1980er Jahren entstanden in Europa soziale Projekte, die sich der Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen widmeten. Mittlerweile wurden viele davon in den Wohlfahrtsstaat integriert – mit wechselseitigen Effekten und Einflüssen, die von der belgischen Sozialwissenschafterin empirisch untersucht und im JEP zusammengefasst wurden.

Im letzten Beitrag stellen Manfred F. Moldaschl und Wolfgang G. Weber die Frage: »Trägt organisationale Partizipation zur gesellschaftlichen Demokratie bei?« Oft wird ein positiver Zusammenhang angenommen. In diesem Beitrag verwerfen die Autoren Kausalzusammenhänge und zeigen auf, dass sich betriebliche Mitbestimmung unter Umständen auch negativ auf Demokratisierung auswirken kann. Partizipation werde auch instrumentell eingesetzt, um Leistungserhöhung durch MitarbeiterInnenmotivation zu erreichen, und führe außerdem oft zur Selbstausbeutung. Dennoch biete aktive Beteiligung Potenzial für eine Demokratisierung der Gesellschaft. Das Ergebnis hänge im Wesentlichem vom Lernprozess ab, der durch Partizipationserfahrungen erreicht wird.

Sämtliche im JEP behandelte Projekte solidarischer Ökonomie befinden sich in einem Spannungsverhältnis, an dem nicht wenige zerreißen: Markt und Staat auf der einen Seite, der Wunsch nach Autonomie und Veränderung kapitalistischer Strukturen auf der anderen.

Mit dem Aufzeigen dieser Widersprüche sowie weiterführender Fragen gelingt dem JEP eine kritische Reflexion der solidarischen Ökonomie, die für viele die Hoffnung auf ein gerechteres Wirtschaften birgt. Damit wird das JEP Paulo Freires Vorstellung gerecht, nach der die Praxis der Verwandlung der Welt aus Aktion und Reflexion besteht.●

Katrin Aiterwegmair

Die Autorin ist Mitglied des online-Redaktionsteams des Freire Zentrums (www.paulofreirezentrum.at).

1) www.mattersburgerkreis.at/jep/20093.php

Anzeige

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA: NEUES BILDUNGSPROJEKT

»Fokuscafé Lateinamerika«

Das »Fokuscafé Lateinamerika« ist ein interaktives Workshop-Programm für Jugendliche und junge Erwachsene, das dazu einladen möchte, Lateinamerika kennen zu lernen. Anhand von fünf Modulen – Klischees, Geschichte, Ökonomie, Migration und Interdependenzen – werden verschiedene Dimensionen der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika thematisiert.

Vor zwei Jahrhunderten haben sich die meisten lateinamerikanischen Staaten vom europäischen Kolonialismus befreit und ihre Unabhängigkeit erkämpft. Doch kann deshalb heute von einer Beziehung unter Gleichen die Rede sein? Kann es in einer globalisierten Welt, in der alles mit allem zusammenhängt, überhaupt so etwas wie Unabhängigkeit geben? Ist ein Leben ohne Kaffee, Bananen, Samba und Rum-Cola für uns überhaupt noch vorstellbar? Wieso können wir jederzeit aus dem grauen Alltag in die karibischen Urlaubsparadiese flüchten, während umgekehrte Fluchtbewegungen in hiesige Gefilde mit militärischen Sperrriegeln verhindert werden?

Die jüngste Finanzkrise hat gezeigt, dass die wirtschaftlich starken Länder Europas in höchstem Maße abhängig vom Weltmarkt sind. Was bedeutet die ökonomische Dauerkrise dann für die Menschen in den Ländern Lateinamerikas? Solche und ähnliche Fragen stellt das Fokuscafé Lateinamerika und macht sich auf die Suche nach möglichen Antworten. Die atmosphärische Umrahmung des inhaltlichen Programms schafft einen mit Geschichten, Fotos und Schaubildern gestalteter Raum – das Fokuscafé, das ähnlich einer Wanderausstellung an verschiedenen Orten einsetzbar sein wird. Bei der Vermittlung der Lerninhalte stehen spielerische und partizipative Methoden – Simulationen, Quizshows, Rollen- und Planspiele – im Vordergrund.

Bis zum Herbst soll das »Fokuscafé Lateinamerika« mitsamt Methoden- und Werkheften zu den einzelnen Modulen fertig gestellt sein. Bereits ab Juni können die neu entwickelten Methoden getestet werden. Das Informationsbüro Nicaragua sucht einerseits interessierte Schulklassen oder Jugendgruppen (16-25 Jahre), die Lust haben, das »Fokuscafé Lateinamerika« zu erproben und so die Weiterentwicklung zu unterstützen und ab Herbst Gruppen für die Teilnahme am Programm. Interessierte Gruppen sind eingeladen, sich für die jeweilige Teilnahme anzumelden. Das Angebot ist kostenlos.●

Kontakt:
Informationsbüro Nicaragua e.V., Deweerthstr. 8, 42107 Wuppertal, Tel. (02 02) 30 00 30
info@informationsbuero-nicaragua.org
www.informationsbuero-nicaragua.org

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Annäherung an § 34 StGB

Seit Jahren kämpfen GentechnikgegnerInnen um die Anerkennung des rechtfertigenden Notstandes bei ihren direkten Aktionen. Nun gelang in Würzburg ein kleiner Fortschritt. Das Gericht erteilte einen Rechtshinweis. Der lautete wie folgt: »Der Vorsitzende wies unter Hinweis auf den Beschluss des BVerfG vom 19.2.1993 (NBW 1993, 2432) und den Beschluss des BayObLG vom 17.9.1999 (4 St RR 168/99) darauf hin, dass es vorbehaltlich neuer Erkenntnisse nicht entscheidungserheblich sein dürfte, ob die objektiven Voraussetzungen einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für ein in § 34 StGB aufgeführtes Rechtsgut vorgelegen hat, welches der widerstreitenden Interessen bei der erforderlichen Abwägung wesentlich überwiegt und ob die Angeklagte subjektiv von den tatsächlichen Voraussetzungen einer Notstandslage ausgegangen ist. Nach der Rechtsprechung ist maßgeblich auf die Angemessenheit des eingesetzten Mittels abzustellen.« Der Richter gab anschließend noch den mündlichen Zusatzhinweis, dass es darauf ankommt, ob es andere Mittel gegeben hätte, das Ziel zu erreichen, z.B. Menschenketten, auf Bäume klettern (»naja, auf einem Acker gibt es ja keine Bäume«). Und er sagte: »Das werden wir unterstellen, dass Gefahren ausgehen«. Prozessbericht unter http://de.indymedia.org/2010/04/279141.shtml.

Anzeige

Widerstand gegen Polizeibeamte höher bestrafen?

Die Politik redet über die zunehmende Gewalt gegen Polizei. Doch könnte hinter den Statistiken die gegenteilige Wahrheit stecken? Das jedenfalls behauptet der Polizei- und Justizkritiker Jörg Bergstedt. Er stand im Mai gleich mehrere Male vor Gericht. Die Polizei warf ihm Widerstand vor. Um sich vor Konsequenzen zu schützen, weil sie selbst gewalttätig wurde, behauptete der Angeklagte. »Das ist die Logik der meisten Strafanzeigen in Konflikten von Menschen, die nicht nur unterwürfig agieren, und der Polizei des Gewaltmonopol-Staates«, kritisiert der Angeklagte seine Verfolger aus Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichten. »Und mit diesen Anzeigen wird dann Politik gemacht, wenn zunehmende Brutalität von Polizisten zu mehr Angriffen auf die Polizei umgedeutet und härtere Gesetze gefordert werden«. Bergstedt ist seit Jahren Kritiker von Polizei und Justiz, hat mit mehreren Veröffentlichungen Fälschungen und Falschaussagen öffentlich gemacht. Immer wieder ist er deshalb von Verfolgungsbehörden angegriffen und vor Gericht gestellt worden. Doch die Stellung des Angeklagten bietet ihm Chancen, sein Wissen vorzutragen und den jeweiligen Fall als neue Recherche in die Reportagen aufzunehmen: »Ich stelle die Fragen, die Täter in Uniform sind Zeugen im von ihnen selbst angezettelten Verfahren«, kündigte er eine intensive Beweisaufnahme über die Abläufe an. Berichte über die Prozesse unter www.projektwerkstatt.de/prozess und auf Indymedia.

Zivilklagen als Meinungsunterdrückung I: Kleingeistige FAZ

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) geht gegen das linke Internetportal *Linksnavigator* aus dem Rhein-Main-Gebiet vor. Auf der Webseite ist ein Plakat aus dem Jahr 2008 dokumentiert: Unter dem Schriftzug »Dahinter swingt immer ein kluger Kopf« ist eine vermummte Person abgebildet, die die linke Zeitschrift »Swing« liest. Das Plakat ist zum 20-jährigen Bestehen des autonomen Rhein-Main-Infos »Swing« gedruckt und in der gesamten Region plakatiert worden. Die FAZ, die selbst mit dem Slogan »Dahinter steckt immer ein kluger Kopf« wirbt, hat keinen Sinn für Ironie. Ihr Justiziariat sieht einen Verstoß gegen das Markenrecht und fordert von dem Internetmedium eine Unterlassungserklärung.
Infoseite: www.linksnavigator.de/node/1932

Zivilklagen als Meinungsunterdrückung II: Gentechnik-Seilschaften

Unabsehbar in die Länge ziehen wird sich das Verfahren um das Verbot der Veröffentlichung von kritischen Hintergrundberichten über Geldflüsse und Verflechtungen zwischen Konzernen, Behörden und Forschung in der Agro-Gentechnik. Die so Kritisierten haben ein ihnen genehmes Gericht ausgesucht, dass nun ohne jegliche Beweiserhebung und in offensichtlicher Voreingenommenheit Maulkörbe verteilt. Der Saarspiegel schrieb dazu in seiner Maiausgabe: »Das Gerichtsverfahren findet in Saarbrücken statt, wo einer Verurteilung Bergstedts größte Chancen eingeräumt werden. Kein geringerer als der ehemalige saarländische Wirtschaftsminister, Rechtsanwalt und Befürworter der 'grünen Gentechnik', Dr. Horst Rehberger (FDP), zog das Verfahren nach Saarbrücken, damit seine Kanzlei die Kläger 'auf kürzestem Wege' vor Gericht vertreten kann. Die Durchführung des Verfahrens in Saarbrücken ist durch einen juristischen Schachzug möglich, indem man die Publikation im überall verfügbaren Internet angreift. Obwohl Bergstedt nicht für den Inhalt der betroffenen Webseite verantwortlich ist, wurde ihm per Einstweiliger Verfügung bereits eine Strafe in Höhe von 250.000 Euro angedroht.« Die Verfahren werden folglich wohl in die weiteren Instanzen gehen – wenn sich der saarländische Justizfilz als Bollwerk von Industrieinteressen erweist, auch bis zum Verfassungsgericht (Meinungs- und Pressefreiheit). Der Prozessverlauf wird ständig dokumentiert unter www.biotech-seilschaften.de.vu.

Buchvorstellung:

Christoph Henke: Über die Evolution des Rechts (2010, Mohr Siebeck in Tübingen, 242 S., 39 EUR)

Wie entsteht Recht? Wer formt es und welche gesellschaftlichen Abläufe prägen die konkreten Paragraphen? Es wird Zeit, dass das Recht aus der Sphäre scheinbar höherer Macht geholt wird. Recht ist das Machwerk der Menschen und spiegelt ihre unterschiedlichen Interessen und Gestaltungspotentiale wider. Das wird im Buch nur ansatzweise dargestellt – aber der Beitrag ist dennoch wichtig, um den wirren Glauben an höhere Quellen des Rechts, der an religiöse Orientierung erinnert, zu demaskieren. In vielen Beispielen wird geschildert, wie sich Gesetze bilden, verändern und wieder verschwinden.●

Jörg Bergstedt

DIE IG-FARBEN-SAGA AUF DVD

»Es kann keinen Schlussstrich geben«

Mitte der 80er Jahre hat der Filmemacher Bernhard Sinkel ein düsteres Kapitel deutscher Industrie-Geschichte aufgeschlagen und sich in einem TV-Mehrteiler dem von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzern IG FARBEN gewidmet. Nun ist das Werk auf DVD erschienen.

Von Burkhard Ilschner ● Der 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz Ende Januar war vielen Medien ein Anlass für Rückschauen auf die brutale Vernichtungsmaschinerie des Hitlerfaschismus. Aber nur selten fand dabei Erwähnung, dass dieses KZ nicht nur ein »Produkt« des Naziregimes, sondern ganz wesentlich auch der IG FARBEN gewesen ist. Eigens für diesen gigantischen Chemie-Konzern war ab 1940 das Lager Auschwitz III (Monowitz) errichtet worden, hier wurden synthetischer Kautschuk (Buna) und synthetisches Benzin produziert, was Hitler den Krieg verlängern half.

Wenige Tage vor dem Gedenktag zur Auschwitz-Befreiung ist eine DVD-Kollektion erschienen, die in packender und bewegender Form an dieses dunkle Kapitel deutscher Industriegeschichte erinnert: Fast 25 Jahre ist es her, dass sich der soeben 70 Jahre alt gewordene Autor und Regisseur Bernhard Sinkel filmisch mit der Geschichte der IG FARBEN auseinandergesetzt hat. »Väter und Söhne« hieß der 1986 erstmals ausgestrahlte vierteilige Fernsehfilm, der anlässlich von Sinkels Geburtstag jetzt – endlich – auf DVD erschienen ist. »Es kann keinen Schlussstrich geben«, so gibt Sinkel in einem aktuellen Interview seinen Antrieb wieder, Mitte der achtziger Jahre dieses Projekt anzugehen.

Thema der ungewöhnlichen »Familien-Saga« ist ein Stück deutscher Industrie- und Zeitgeschichte, dargestellt anhand eines fiktiven Chemiefabrikanten-Clans zwischen Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts. Unternehmer Carl Julius Deutz (Burt Lancaster) dirigiert seine Firma und seine Familie patriarchalisch durch Kaiserreich und Ersten Weltkrieg und verdient gut dabei. Zum einen mindert die so genannte Ammoniak-Synthese die Abhängigkeit des Reichs von Salpeter-Importen, die für Sprengstoff- und Munitionsproduktion unerlässlich sind; das offiziell nach seinen Erfindern Fritz Haber und Carl Bosch benannte Verfahren wird im Film von Deutz-Schwiegersohn Heinrich Beck (Bruno Ganz) entwickelt.

Zum anderen zeigt Sinkel eindringlich, aber auch mit einer Portion gesunden Zynismus', wie im Deutz-Konzern die Giftgas-Entwicklung vorangetrieben und getestet wird. Sohn Friedrich Deutz (Dieter Laser) überlebt zwar einen heldenhaften Selbstversuch nur knapp, das hindert ihn aber später nicht an den entsprechenden Geschäften. Lange wehrt sich der eigensinnige Patriarch gegen die von Sohn Friedrich und Schwiegersohn Heinrich betriebene vaterländische Kooperation mit der Konkurrenz und die angestrebte Fusion zur IG FARBEN (in der Wirklichkeit ganz wesentlich initiiert durch den damaligen BAYER-Chef Carl Duisberg). Vergeblich: Nach dem Tode des alten Deutz steuern die beiden Erben als IG-Führer den Mammut-Konzern mal gierig-begeistert, mal zaudernd direkt in die Zusammenarbeit mit den Nazis, in weitere Kriegsgeschäfte und vor allem in die Vernichtungsmaschine »IG Auschwitz«.

Der Film endet mit dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess gegen die IG-Führung 1947 – und lässt keinen Zweifel daran, dass die verbrecherischen Manager dabei mit (zu) glimpflichen Strafen davon kamen. Sinkel präsentiert diesen brisanten Stoff als eine typische Fernseh-Miniserie – mit Herzschmerz und Eifersucht, Seitensprung und Intrigen, Trauer und überbordender Freude. Es ist diese Dramaturgie, die den Film so beeindruckend macht: Der Zuschauer sieht Männer, die für Profit und Macht buchstäblich über Leichen gehen, als Menschen mit Stärken und Schwächen; er sieht, wie andere in ihrem Umfeld sie kritisieren oder sich abkehren – ohne dass dies an ihrer Gier und ihrer Skrupellosigkeit letztlich etwas ändert.

»Väter und Söhne« war und ist ein in Besetzung wie Kulisse opulentes Werk. Es ist ein aufrüttelndes, aber auch widersprüchliches Manifest. Es ist ein fulminantes Kultur- und Sittengemälde, aber auch eine knapp neun Stunden währende Schmonzette, die sich wechselseitig immer wieder selbst erfindet und ad absurdum führt. Und es ist eine Anklage, die so entschlossen und so Zweifel weckend zugleich daherkommt, dass sie den interessierten ZuschauerInnen eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Geschichte der IG FARBEN geradezu aufzwingt: Unterhaltungsfernsehen als Initiator politischen Interesses und Engagements.

All dies macht »Väter und Söhne« zu einem wichtigen und eigentlich heute viel zu wenig beachteten Werk. Zwar liefen die vier Folgen 1986 im ersten ARD-Programm, zwar haben ARD, 3sat und WDR die Serie zwischen 1990 und 2000 je einmal wiederholt – aber das war auch schon alles. Knapp zehn Jahre lang hat es im sonst so wiederholungsträchtigen öffentlich-rechtlichen Fernsehen keine weitere Ausstrahlung gegeben. Das hat prompt zu Spekulationen geführt.

Schon 2006 erschien in einem Internet-Forum die Vermutung, die »immer noch existierende Firma IG FARBEN ... (könne) ihren Einfluss geltend gemacht und ... eine Wiederholung verhindert« haben. Nährboden fanden solche Gerüchte in Veröffentlichungen wie der des ehemaligen Grimme-Direktors Lutz Hachmeister. Der hatte 1993 in einer Bilanz angedeutet, die Aufführung des Sinkel-Vierteilers im Grimme-Institut 1987 habe Sponsoren wie die damaligen CHEMISCHEN WERKE HÜLS AG in Marl, eines der Unternehmen aus der von den Alliierten vorgenommenen Zerschlagung des IG-FARBEN-Konzerns, verärgert. Während Hachmeister auf diesbezügliche Nachfragen des Autors nicht reagierte, hat Sinkel selbst, auf derartige Vermutungen angesprochen, dergleichen als »schwer zu beweisen« abgewehrt und setzt dem eine profanere These entgegen. Im aktuellen Interview, das als DVD-Bonus mitgeliefert wird, bedankt er sich nachdrücklich beim WDR der achtziger Jahre, der ihm damals alle Freiheiten gelassen habe – und kritisiert, dass heutige Programmgestaltung so sendezeit-aufwändige Filme wie »Väter und Söhne« jenseits aller Qualitätserwägungen zu blockieren scheine.

Apropos Qualität: »Väter und Söhne« glänzt dank hervorragender Besetzung durch viele szenische Highlights, die wiederholtes Anschauen unverzichtbar machen. Da gibt es leidenschaftliche Höhen und Tiefen im Familienleben des Deutz-Clans wie etwa die Auseinandersetzung des Patriarchen mit seinem abtrünnigen Enkel Georg (Herbert Grönemeyer) oder die Liebesaffäre von Georgs Mutter Charlotte (Julie Christie) mit dem Freund des Sohnes, Max Bernheim (Hannes Jaenicke). Nicht weniger beeindruckend sind etliche Szenen des politischen Geschehens, beispielsweise die patriotischen Bekenntnisse des jüdischen Konzern-Bankiers Bernheim (Martin Benrath als Vater von Max), der die Verfolgung durch die Nazis erst zu verdrängen sucht (»der Pöbel regt sich auf, der Pöbel beruhigt sich wieder«), ihr dann mit Stolz entgegentritt (»ich wünsche, über die Vordertreppe hinausgeworfen zu werden«) – und schließlich doch ihr Opfer wird.

Aufrüttelnd wirkt auch die akribische Darstellung der Verflechtung zwischen deutscher IG FARBEN und US-amerikanischer STANDARD OIL, die nach 1945 maßgeblich Nürnberger Prozess und Struktur der Chemieindustrie beeinflusste. Packend zeichnet Sinkel den genialen, aber auch zerrissenen Chemiker Heinrich Beck: Der ergeht sich in kindlicher Freude über wissenschaftliche Erfolge oder den Nobelpreis, ist bezüglich der Kooperation mit den Nazis hin- und hergerissen, demonstriert zynisch entschlossene Mittäterschaft ebenso glaubwürdig wie dumpfe, alkoholisierte Verzweiflung – die Rolle, der 1986 in etlichen Kritiken Charakter-Elemente von Carl Bosch und Fritz Haber nachgesagt wurden, wäre in ihrer Intensität ohne ihren nicht minder genialen Darsteller Bruno Ganz schwer denkbar.

Aus heutiger Sicht gehört es übrigens zu den herausragenden Skurrilitäten dieses Films, Beck in jener historisch verbrieften Auseinandersetzung mit Adolf Hitler zu erleben, in der der IG-FARBEN-Manager um die Sicherheit der jüdischen Wissenschaftler bettelte, worauf der Führer ihn aus der Reichskanzlei werfen ließ. In der Wirklichkeit hat dieser Streit zwischen Hitler und Carl Bosch stattgefunden – im Film trifft Hans Brenner als Hitler auf jenen Bruno Ganz (als Beck), der 18 Jahre später in Bernd Eichingers Film »Der Untergang« selbst den Führer spielen sollte.

Zusammengefasst kann man Sinkels jetzt endlich wieder verfügbares Werk als eine Abrechnung der ungewöhnlichen Art bezeichnen: Die Familien-Saga als Verpackung ist eine geschickte Täuschung, lässt sie doch gelegentlich den Eindruck einer Verharmlosung entstehen – nur um diesen sogleich durch die brutale Offenheit in der Darstellung der Verbrechen der IG FARBEN zu zerstören. Am Ende bleibt die Abrechnung – historisch und politisch bedingt – unsaldiert.

Sinkel weist nicht nur auf die Nürnberger Urteile hin, sondern auch auf die Tatsache, dass viele IG-FARBEN-Führer wichtigen Anteil haben durften am wirtschaftlichen Aufbau der BRD. Er betont die aktuelle Macht von Konzernen wie BAYER, BASF oder HOECHST (heute SANOFI-AVENTIS) als ehemalige IG-FARBEN-Teile. Und die Bonus-Dokumentation über die IG FARBEN stellt heraus, dass dieser Konzern als »AG in Abwicklung« (AG i. A.) bis heute nicht endgültig liquidiert, sondern nach wie vor börsennotiert ist. Unerwähnt bleibt, dass diese andauernde Existenz der IG FARBEN jahrzehntelang zur Blockade durchgreifender Entschädigungen für die ZwangsarbeiterInnen beigetragen hat. Unerwähnt bleiben auch die aktuellen (auf den alten IG-FARBEN-Profiten aufgebauten) Geschäfte von BAYER und anderen Nachfolgern – beispielsweise in Agrochemie, Gentechnik oder im Pharmasektor – und deren soziale wie ökologische Folgen. Es darf noch keinen Schlussstrich geben.●

Sinkel, Bernhard: »Väter und Söhne – eine deutsche Tragödie«; mit Bruno Ganz, Dieter Laser, Martin Benrath, Burt Lancaster, Julie Christie u. v. a.; Copyright 1986 Bavaria Atelier GmbH für den WDR; herausgegeben von der Studio Hamburg GmbH, 2010, in der ARD-Video-Serie »Große Geschichten« (Teil 27); vier DVDs mit 20-seitigem Booklet und Bonus-Material (Dokumentarfilm über das IG-FARBEN-Haus, Interview mit Bernhard Sinkel).

Der vorstehende Artikel erschien in »Stichwort BAYER« 1/2010 und stammt ursprünglich aus der Zeitschrift Waterkant – Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion (ISSN 1611-1583, www.waterkant.info), Jahrgang 25, Heft 1 (März 2010)

Anzeige

17. aktualisierte Auflage:

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen
– 1993 bis 2009 –

Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend.
Sie fanden hier den Tod.

Einzelfall-Dokumentation in zwei Heften (520 S.)
Antirassistische Initiative e.V.
– Dokumentationsstelle –
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org

ROMA UND SINTI – DEPORTATIONEN AUS HAMBURG

Der 16. Mai

Am 16. Mai 1940 wurden an die tausend Roma und Sinti aus Hamburg und Umgebung nach Polen in das Vernichtungslager Belzec deportiert – Polizei und Behörden organisierten in enger Abstimmung diesen ersten Transport aus Hamburg in die Vernichtung. In den Jahren nach der Machtübergabe an die Nazis wurden alle, die nach rassistischen Kriterien als Roma und Sinti eingestuft wurden, ebenso wie alle als Juden eingestufte Menschen, systematisch gesellschaftlich diskriminiert und kriminalisiert.

Von Gaston Kirsche ● Roma und Sinti wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Sie mussten sich regelmäßig bei der Polizei melden, durften bestimmte Orte nicht mehr besuchen, öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr benutzen. Am 8. Dezember 1938 erging der grundlegende Erlass des »Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei«, Himmler, » ... die Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus in Angriff zu nehmen.« Mit dem Ziel der »endgültigen Lösung der Zigeunerfrage« ordnete er an, alle als Sinti und Roma einzustufenden im Deutschen Reich zu erfassen. Am 27. April 1940 erließ Himmler einen Schnellbrief, in dem die »Umsiedlung der Zigeuner« befohlen wurde. Diese Aufforderung ging an die Polizeileitstellen der Städte, nach Hamburg, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main und Stuttgart.

In Hamburg begann die Polizei am 16. Mai 1940 den Befehl umzusetzen. Mehrere hundert zuvor erfasste Hamburger Roma und Sinti wurden an dem Sammelpunkt, der Harburger Polizeistation in der Nöldekestraße, festgesetzt. In Bussen wurden sie zum Fruchtschuppen an der Baakenbrücke im Hamburger Hafen, heute Ecke Kirchenpauerstrasse / Ecke Baakenwerder, transportiert, die Zwischenstation der Deportation. Der Fruchtschuppen wurde später abgerissen. Die Roma und Sinti mussten hier fünf Tage warten. Der Fruchtschuppen war das provisorische Sammellager für alle norddeutschen Roma und Sinti, bevor sie nach Polen in die Vernichtungslager deportiert wurden: »Der ganze Platz wurde von den SS-Männern, Gestapoleuten und Polizisten umzingelt, und wir wurden morgens um vier Uhr aus den Betten geholt. Uns wurde erzählt, dass wir umgesiedelt werden, wir sollten nichts mitnehmen, und wir durften nichts mitnehmen. Die sagten uns, dass wir dort alles vorfänden und nichts mitzunehmen brauchten. Die Erwachsenen ahnten nichts Gutes und sagten: Lasst uns mal das Notwendigste für die Kinder mitnehmen«, erinnerte sich der Überlebende Gottfried Weiß.

Am 20 Mai 1940 wurden laut der gründlichen Listen der Polizei 551 Hamburger und weitere 359 norddeutsche Sinti in Güterwaggons verfrachtet – am Hannoverschen Bahnhof, von dem heute nur noch wenige Reste am Rande der Hafencity stehen, am Lohseplatz, dem ehemaligen Großen Grasbrook. Im Rahmen der Hafencity ist auch dort eine Wohnbebauung geplant, die Schaffung einer Gedenkstätte ist endlich geplant. Vom Hannoverschen Bahnhof gingen von 1940 bis 45 zwanzig Deportationstransporte ab, 7.692 Menschen wurden von hier, laut der peniblen Listen, in die Lager transportiert, weil sie als Juden, Roma oder Sinti eingestuft worden waren. Um die Roma und Sinti während des Transports im Mai 1940 ruhig zu halten, wurde immer wieder von »Umsiedlung« gesprochen und jeder Familie ein Haus und Land in Polen versprochen. Die Roma und Sinti hatten nichts außer der wenigen Kleidung am Leib, ihr gesamtes Eigentum wurde von der Polizei konfisziert. In den ersten zwei Wochen in Belcec starben 75 Kinder an Erschöpfung oder Epidemien.

Bei einer weiteren Hamburger Deportation 1943 wurden aufgrund des sogenannten Auschwitz-Erlasses die ergriffenen Roma und Sinti direkt in das sogenannte »Zigeunerlager« im KZ Auschwitz gebracht. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944, der sogenannten »Zigeunernacht«, wurden dort alle verbliebenen, fast 3.000 Menschen, vergast. Sie wussten, was sie in den Gaskammern erwartet. Sie wehrten sich verzweifelt, bis zuletzt. Ihre Schreie waren in anderen Baracken zu hören. Gegen Morgen wurde es still.●

GLÜCKSÖKONOMIE BEI ROMA-/ZIGEUNERGRUPPEN

»Ich verdiene überall meine Brötchen, sogar in der Wüste«

Geld macht nicht glücklich. Das bewies bereits 1974 der US-Ökonom Richard Easterlin, der unlängst den mit 50.000 Euro dotierten Forschungspreis für Labor Economics vom »Institut zur Zukunft der Arbeit« erhielt. Glück, so sein Fazit, werde nicht durch das Anhäufen von Geld erreicht, sondern durch das so genannte Social Business. Sein Glück vermehrt demnach, wer sich für das Glück anderer interessiert. Überprüfen wir einmal Easterlins Theorie und wenden uns dem Glück einer ganz anderen Gruppe von Glücksökonomen zu: den Roma-/ Zigeunerkulturen.

Von Harika Dauth, Leipzig ● Betteln, Hausieren, Diebstahl oder Arbeiten auf dem Schwarzmarkt gehört zu der Form von Glücksökonomie, die von der Mehrheitsgesellschaft am stärksten wahrgenommen – und oft mit Illegalität assoziiert wird. Im Folgenden ist aber nicht von Interesse, ob und in welcher Form illegal gearbeitet wird, sondern was die Glücksökonomie ausmacht und welche Rolle das Glück dabei spielt. Die Glücksökonomie soll dabei zwar am Beispiel von Roma-/Zigeunergruppen dargestellt werden, es sind aber nicht alle Roma/Zigeuner Glücksökonomen. Grundsätzlich können alle Menschen Glücksökonomie betreiben.

Allgemein beschreibt Glücksökonomie hier nicht einen Zustand von Glück, der durch eine bestimmte Wirtschaftsweise ausgelöst wird, sondern eine Wirtschaftsweise, die auf Glück basiert. Anders ausgedrückt: Bei der Glücksökonomie geht es nicht darum möglichst glücklich zu sein, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, sondern darum, beim Wirtschaften Glück zu haben.

Die Wirtschaft der Zigeuner hängt stark von der Ökonomie der Mehrheitsbevölkerung ab. Denn im Vergleich zu klassischen, Nahrungsmittel produzierenden Gruppen, stellen Zigeuner ihre Nahrung nicht selbst her. Stattdessen sind sie oft auf Dienstleistungen spezialisiert, die sie der Mehrheitsbevölkerung anbieten. Zu ihren Branchen zählt der Kleinhandel, der Unterhaltungssektor, und das Handwerk. Aber auch die Zigeuner, die hier arbeiten, sind nicht alle Glücksökonomen. Was Glücksökonomen von allen anderen unterscheidet, ist der routinierte Umgang mit unsicheren, schwankenden Situationen, aus denen sie Profit erzielen. Wie beispielsweise Zirkusartisten, mobile Autowäscher, Los-Verkäufer und Straßenmusiker.

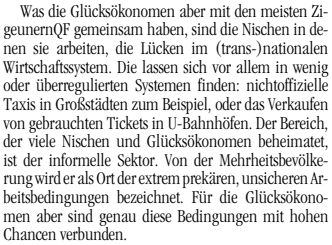


Foto: Harika Dauth

Eine Glücksökonomin in Madžari/Mazedonien auf der Suche nach einer guten Gelegenheit in Form von Plastik

Was die Glücksökonomen aber mit den meisten ZigeunernQF gemeinsam haben, sind die Nischen in denen sie arbeiten, die Lücken im (trans-)nationalen Wirtschaftssystem. Die lassen sich vor allem in wenig oder überregulierten Systemen finden: nichtoffizielle Taxis in Großstädten zum Beispiel, oder das Verkaufen von gebrauchten Tickets in U-Bahnhöfen. Der Bereich, der viele Nischen und Glücksökonomen beheimatet, ist der informelle Sektor. Von der Mehrheitsbevölkerung wird er als Ort der extrem prekären, unsicheren Arbeitsbedingungen bezeichnet. Für die Glücksökonomen aber sind genau diese Bedingungen mit hohen Chancen verbunden.

Kairos-Ökonomie

Olaf Günther, seines Zeichens Tsiganologe in Leipzig, nennt Glücksökonomen deshalb auch Kairos-Ökonomen. Kairos ist in der griechischen Mythologie der Gott der günstigen Gelegenheit, der oft als nackter, immerzu laufender Jüngling mit geflügelten Schuhen und einem Zopf dargestellt wird. Diesen Zopf ist der Mensch angehalten zu greifen – sofern es ihm nach einer günstigen Gelegenheit verlangt.

Mitglieder der Kairos-Ökonomie entdeckt Günther daran, dass sie a) am richtigen Ort und b) zur richtigen Zeit sind. Das unausweichliche Dilemma: a) und b) sind geprägt durch unvorhersehbare Dynamiken. Angestellte und andere konventionell arbeitende Menschen, müssen sich, um erfolgreich zu sein, lediglich auf Ort und Zeit ihres stabilen Arbeitsplatzes verlassen können. Glücksökonomen hingegen müssen sich aufgrund ihrer nicht regulierten Arbeit ständig neu gegenüber Ort und Zeit ausrichten. Ein Umstand, der das Risiko ihrer Arbeit erhöht. Sicherheiten, die Arbeitnehmer in der Regel haben, kommen hier nicht zum Tragen. Oder haben Sie schon einmal etwas von einer Schrottmetall-Berufsorganisation oder einer Schausteller-Gewerkschaft gehört?

Sicherlich, bei uns gibt es die Künstlersozialkasse. Voraussetzung für eine Mitgliedschaft ist aber, dass die künstlerische Tätigkeit nicht nur vorübergehend und vorwiegend im Inland ausgeübt wird. Dieselbe Sicherheit, die der Mehrheitsgesellschaft Freiheit verspricht, würde Glücks- und Kairosökonomen wie Roma-/Zigeunergruppen das Rückgrat brechen, indem sie ihnen die Freiheit nähme. Eines kann als sicher gelten: Ein Glücksökonom hat einen routinierten Umgang mit Unsicherheit, wandelnden Umgebungen und sich permanent ändernden Umständen. Ein englischer Traveler, in dessen Community ein Job nicht nach Stunden sondern nach Tagen bemessen wird, sagte einmal gegenüber der Anthropologin Judith Okely: »Wenn wir Traveler regelmäßige Jobs annähmen, würde es uns verderben«. Auch Gypsies in Kalifornien sind der Meinung, dass regelmäßige Beschäftigungen, wie sie bei uns klassische Bürojobs darstellen, für sie »schädlich« wären. Lohnarbeit kommt für Zigeuner höchstens als Übergangslösung in Frage. Und wenn sie ausnahmsweise doch einen regulären Lohn verdienen, so Thomas Acton, Wissenschaftler, der gerne betont selbst Rom zu sein, transformieren sie diesen in eine Form des Handels, bei dem der Verdienst eher einem »aufgesammelten Glückshonorar« entspräche.

Foto: Harika Dauth

Der informelle Sektor: Arbeit findet sich vor allem auf der Straße. Hier in Shutka, einer der größten Roma-Siedlungen Europas in Skopje/Mazedonien

Für gewöhnlich aber arbeiten Roma/Zigeuner freiberuflich. Ihre Stärke ist es, im Gegensatz zur Priorität der Mehrheitsgesellschaft, nicht auf einen Bereich spezialisiert zu sein. Deshalb sitzen sie niemals an einem Ort fest und widmen sich auch nicht ausschließlich einer Profession. Ihr Konzept ist altbewährt: Learning by doing. Je mehr Berufe ausgeübt und Märkte erschlossen werden können, desto größer sind die Vorteile, Anerkennungen und die Chancen zu Überleben.

In Belgien beispielsweise handelt ein *Manouche* (Angehöriger der Sinti in Frankreich) im Winter mit Antiquitäten. Im Frühjahr, zur Zeit des Karnevals und der Volksfeste, ist er Musiker, am 1. Mai verkauft er Maiglöckchen und andere Blumen. Im Sommer repariert er Stühle mit Flechtsitzen an der Küste und macht parallel dazu Musik. Grundsätzlich können jederzeit neue Aktivitäten hinzukommen, andere in den Hintergrund treten oder reaktiviert werden. Diese Autonomie bringt ihnen ein Maximum an Freiheit ein, gleichzeitig aber auch ein Höchstmaß an Unsicherheit.

Im Gegensatz zur Mehrheitsbevölkerung, die dem Glück nicht traut, arbeiten Kairos-Ökonomen nicht mit Verträgen, langfristigen Strategien und Kalkulationen, die das Risiko eindämmen sollen, sondern setzen auf den Moment. Was sie gerade investieren, kann morgen schon wieder verloren sein. Anders gesagt: Kalkuliert wird in der Glücksökonomie nicht der Kosten-Nutzen Faktor, sondern das Risiko.

Benzinschmuggler beispielsweise, die das kostbare Öl von der irakischen über die türkische Grenze schmuggeln, um es Zwischenhändlern zu verkaufen, werden, selbst wenn sie den Treibstoff seit Jahren regelmäßig transportieren, zunächst nicht die Kosten-Nutzen-Rechnung machen, sondern zeitliche, räumliche und strukturelle Risiken erwägen. Schließlich ist ein erfolgreicher Schmuggel abhängig von der Jahreszeit, der Frequenz der Grenzkontrollen, den Transportmöglichkeiten (Pferd oder kein Pferd) und den möglichen Routen. Wenn die Glücksökonomen von Grenzbeamten erwischt werden und ihre teure Ware konfisziert wird, ist das für sie noch lange kein Grund, das Geschäft aufzugeben. Zumindest nicht solange sie eine Familie zu ernähren haben und kein lukrativeres Angebot bekommen.

Grenzgänger

Glücksökonomen handeln oft translokal. Das heißt sie überwinden nicht nur unsichtbare Grenzen wie die von Kulturen und Klassen, sondern auch physische. Grenzen, sagte einmal der französische Anthropologe Marc Augé, sind Transiträume, die er »Nicht-Orte« nannte. Orte, die bei der Mehrheitsgesellschaft das Bedürfnis auslösen, sich möglichst kurz an oder bei ihnen aufzuhalten. Das können Busstationen sein, offizielle und inoffizielle Grenzübergänge, Bus-Terminals, Brücken, Schnellstraßen und Straßenränder, Bahnwaggons, Autobahn-Raststätten, Passagen, Unterführungen, Shopping-Zentren, Parkplätze und so weiter und so fort. Augé's Theorie der »Nicht-Orte« besagt, dass es sich bei jenen Räumen um keine Räume im anthropologischen Sinne handeln könne, da es ihnen an menschlicher Interaktion, Geschichte, Identität und Relation fehle. »Nicht-Orte«, so der Anthropologe, seien Orte der kommunikativen Verwahrlosung.

Glücksökonomen sind für Auge's Hypothese der lebende Gegenbeweis. Denn Bahnwaggons beispielsweise werden von ihnen nicht nur als Transportmittel wahrgenommen, die zwei Punkte miteinander verbinden, sondern als Orte per se, die durch den richtigen Umgang und Kommunikation mit Zugpersonal, Polizei und Passagieren erfolgreich genutzt werden können. Während wir diese Durchgangsstationen vornehmlich nutzen, um sie zu überqueren, transformieren Glücksökonomen sie zu Märkten und nutzen sie, um ihre Netzwerke zu etablieren. An der griechisch-albanischen Grenze beispielsweise verkaufen Roma und andere Glücksökonomen den Durchreisenden gebrannte Musik-CDs für jeweils einen Euro: von griechischer Folklore über Gypsy Compilations bis hin zu albanischer Popmusik wird hier jedes Ohr bedient.

In der Berliner S-Bahn verdienen Roma/Zigeuner und ihre Kinder Geld, indem sie Akkordeon spielen und, wie viele andere Musiker in der deutschen Hauptstadt, bei jeder Haltestelle den Waggon oder Zug wechseln. Augé und die Glücksökonomen scheinen letztlich also an den Transiträumen das gleiche Interesse zu haben: nicht den Ort an sich, sondern sein Geschehen im anthropologischen Sinn: die Menschen.

Vitamin B

Eine unentbehrliche Zutat für das Erfolgsrezept Glücksökonomie ist das Vitamin B(eziehung). Denn ein Großteil der Arbeit von Roma-/Zigeunergruppen besteht darin, Menschen auf gut Glück anzusprechen, zu diskutieren, eine Ware oder Dienstleistung anzubieten, jemanden zum Kaufen und/oder Verkaufen zu animieren und zu Feilschen. Das bringt mit sich, dass sie ständig auf der Suche nach Kundschaft sind, aber auch nach neuen Möglichkeiten ihre beruflichen Tätigkeiten auszubauen.

Glücksökonomen sind Netzwerker. Unter traditionellen Roma-/Zigeunerfamilien ist die zentrale ökonomische Einheit immer noch die *Kumpania*, ein loser und unabhängiger Zusammenschluss mehrerer Familien zu einer Wirtschaftsgemeinschaft, der je nach Situation erweitert oder verkleinert werden kann. Dort werden Berufskenntnisse untereinander vermittelt und neue Nischen erschlossen.

Im Grunde genommen ist Arbeit für Glücksökonomen wie Roma-/Zigeunergruppen ein Kompromiss zwischen der Notwendigkeit, ein Einkommen zu erzielen und dem Wunsch, in einem wechselnden sozioökonomischen und kulturellen Umfeld, einen bestimmten Lebensstil aufrecht zu erhalten. Damit deckt sich der Arbeitsstil von Roma-/Zigeunergruppen mit einer Tendenz, die in den westlichen Ländern zunimmt: hohe Wertschätzung von Lebensqualität und der Wunsch nach Teilzeitarbeit, einer selbstständigen oder künstlerischen Tätigkeit. Doch, während diese Vorstellungen in unserem Bewusstsein stark an die Bildung gekoppelt sind, gilt das für Roma/Zigeuner nicht immer. Entgegen unserer Vermutungen, beschreibt Okely beispielsweise, dass der Reichtum der Traveller nicht abhängig von ihrer Alphabetisierung sei. Im Gegenteil: Unter reichen Travellern fiel die Alphabetisierungsrate geringer aus, als unter Ärmeren. Der Grund ist das, was Okely »schooling« (dt.: schulische Ausbildung) und »education« (Ausbildung durch die Familie) nennt. Für die Kairos-Adepten hat die gängige Ausbildungsart der Mehrheitsbevölkerung wenig Wert. Die Ausbildung hingegen, die sie von der Glücksökonomie erprobten Familie oder *Kumpania* bekommen, verspricht in der Ökonomie Kairos der mehr von Erfolg gekrönte Weg zu sein.

Arbeit erfinden

Glücksökonomen werden oft dort aktiv, wo die Mehrheitsbevölkerung passiv bleibt. Als würde Kairos, der Gott des günstigen Zeitpunkts, ihnen zuflüstern: Hört zu! Die besten Gelegenheiten sind die Jobs, die die anderen nicht wollen! Arbeit in diesem Sinne ist eine Chance, die man ergreifen kann wie Kairos Zopf. Gleichzeitig erscheint sie als Notwendigkeit und nicht als Lebenszweck. Kurz gesagt: Arbeiten um zu leben, nicht leben um zu arbeiten. Womit sich auch erklären ließe, weshalb die Gypsies gegenüber dem englischen Tsiganolo-gen Michael Stewart während der 15 Monate, die er bei ihnen forschte, kein Wort über das Thema Arbeit verloren. Denn, wenn sie zu Hause waren, redeten sie schlicht nicht über Arbeit.

Verlassen Glücksökonomen aber das Haus, wird Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes gefunden. Das bedeutet auch, wenn es keine gibt, wird eine er-funden. Frei nach dem Motto: jeder ist seines Glückes Schmied.

Judith Okely zitierte einen Englischen Traveller, der sagte: »Du könntest mich irgendwo in der Welt absetzen, ich würde überall meine Brötchen verdienen, sogar in der Wüste.« Tatsächlich kooperieren Zigeuner in der Wüste Afghanistans und Irans mit dort verkehrenden Nomaden, denen sie Waren und Dienste liefern. Dabei sind es nicht nur die unmöglichsten Orte, in denen sie Märkte erschließen, sondern vor allem ihr ständiger Kontakt zu Menschen und potentiellen Kunden.

Ausgerechnet die Menschen, die fast überall auf der Welt von der Mehrheitsgesellschaft als rückständig und traditionell betrachtet werden, haben die Glücks-Werte der postmodernen Gesellschaft schon seit Jahrhunderten in ihre durchaus profitorientierte Wirtschaftsweise integriert: Mobilität, Flexibilität und Selbstständigkeit. Es sieht so aus als könnten wir noch eine Menge von Glücksrittern und Roma-/Zigeunerkulturen lernen. Zum Beispiel, dass Geld manchmal, entgegen Easterlins Theorie, doch glücklich machen kann. Und wie wir Kairos besser am Schopfe packen können, oder zumindest eine Glückssträhne erwischen.●

Roma, Sinti oder Zigeuner?

In Deutschland und Europa ist die adäquate Bezeichnung der Roma/ Zigeuner umstritten – dies hat nicht zuletzt die Debatte um das Berliner Mahnmal gezeigt. Viele Roma/Zigeuner empfinden den Begriff »Zigeuner« – über dessen etymologische Herkunft nur spekuliert werden kann – als beleidigend und propagieren stattdessen »Roma« als nichtdiskriminierende Bezeichnung. Rom bedeutet auf Romani, der Sprache der Roma, die sich aus dem Sanskrit ableitet, »Mensch«. Auf der anderen Seite plädieren jedoch andere Roma/ Zigeuner für die Beibehaltung der Fremdbezeichnung, da sie den Begriff »Roma« als diskriminierend empfinden. Sie argumentieren, dass das Ethnonym einer großen Untergruppe, nämlich der Roma, die vor allem im 19. Jahrhundert aus Südosteuropa nach Westeuropa und Amerika migriert sind, als Allgemeinbezeichnung generalisiert wird und damit andere Untergruppen wie die Sinti, Kalé, Lalleri, Ashkali etc. zurücksetzt.

Mit der offiziellen Nutzung des Begriffspaars »Roma/Zigeuner« im Text, verweist die Autorin darauf sich wissenschaftlich differenziert mit der Frage der adäquaten Bezeichnung der heterogenen und transethnischen Minderheit auseinanderzusetzen, im politischen Streit aber keine Stellung zu beziehen. Im konkreten Fall erscheint es der Autorin am sinnvollsten, das genaue Ethnonym der jeweiligen Untergruppe wie beispielsweise Kalderasch, Xoraxané, Manusch, Jat, Rom, aber auch schlicht Zigeuner, zu gebrauchen.

Lob der Pause

Wer sich ernsthaft mit dem Thema Zeit beschäftigen will, begegnet einer Fülle von diesbezüglichen Büchern und Abhandlungen. Viele davon gehören zur Kategorie *Chronoergüsse* – wenige liefern wirklich Erhellendes. Letztere sind meist von gereiften Naturwissenschaftlern geschrieben, die es auf wenigen Seiten schaffen, dem komplexen Begriff *Zeit* das Wesentliche abzuringen. Das »Lob der Pause« wurde von einem Wirtschaftspädagogen verfasst, der mehr als 30 Jahre an der Bundeswehr-Universität in München lehrte. Das weckt unverzüglich Vor-Urteile. Denn »Krieg ist schnell, Frieden ist langsam«, wie der Professor seinem ehemaligen Arbeitgeber ins Stammbuch schreibt. Trotz seiner militär-akademischen Provenienz ist dem Zeitforscher auf wenigen Seiten, und im Jackentaschenformat, ein großer Wurf gelungen. Seine bissigen Bemerkungen »Würden Affen Zeit sparen, wären sie Menschen« und galligen Tiraden gegen den »Hochgeschwindigkeitsblindflug der globalisierten Finanzmärkte« bestärken den zeitkritischen Leser in dem Gefühl, dass »unser gegenwärtiger Umgang mit Zeit nicht im Entferntesten normal ist«. Zu Recht fragt er, »ob wir eigentlich noch richtig ticken«?

Geißler liest dem »Kolonialisierungshunger der ungebremsten Beschleunigungsdynamik« die Leviten und beklagt pointiert, dass *Chronos* zum Angestellten des *Mammons* degradiert wurde. Mutig und *zeitweise* plädiert er für nutzlose Pausen und lobt die langsamen Rumtrödler, die erkannt haben, dass die »Grundgeschwindigkeit der Menschen nur für verkehrsberuhigte Zonen« taugt. Sitzenbleiber und Langweiler werden zu Agenten »der mächtigsten Rückversicherungsgesellschaft der Welt« – der Wiederholung, die uns »von dem Terror befreit, ständig über Zeit und deren Organisation entscheiden zu müssen«.

So überzeugend wie notwendig mahnt der Autor eine »Kunst des Wartens« an. Ein wohl allen LeserInnen unbequemes Thema, da nur sehr wenige Menschen der Pein der durch Unpünktlichkeit hervorgerufenen Warterei, dem »Zeitdiebstahl«, entkommen können. Geißlers Resümee klingt bitter, entbehrt aber nicht einer gewissen Wahrheit: »Nicht das Warten ist die Hölle, sondern ein Leben, das kein Warten mehr kennt«.

Abgerundet wird die Philippika (Kampfrede) mit zeitpolitischen Perspektiven. »Lust am Leben und Lust an der Zeit« sei keine reine Privatangelegenheit, sondern gehöre zu den Aufgaben einer *Zeitpolitik*. Zum Schutz gegen die »Zwangsbeglückung von oben« fordert Geißler die Entwicklung eines »zeitpolitischen Bewusstseins, das die Ökonomisierung von Zeit in ihre Grenzen verweist und die nicht-ökonomischen Formen von Zeit und Zeitleben wieder wertzuschätzen lernt«.

Wer den Zustand seiner inneren Uhr im Spiegel eines Textes betrachten will, dem sei die Lektüre dieses Büchleins empfohlen – Mann und Frau kann hören, wie es in einem tickt.●

Ulrich Berger

Karlheinz A. Geißler: Lob der Pause. Warum unproduktive Zeiten ein Gewinn sind, Oekom Verlag, München 2010, 8,95 EUR, 108 Seiten, ISBN-13: 978-3-86581-200-1

Neue Zeitschrift »Respektive«:

An die Arbeit

Die neue Zeitschrift Respektive aus Zürich widmet sich den Schnittstellen von Kunst, Kultur und Politik. Kunst und Politik sowie Ästhetik und Theorie werden in Respektive nicht als zwei getrennte Bereiche angesehen. Das »Zeitbuch« strukturiert sich deshalb nicht nach Ressorts, sondern entlang von Leitfragen thematisch.

Die soeben erschienene erste Ausgabe wirft einen genaueren Blick auf die Erscheinungsbilder und Wahrnehmung von Arbeit heute. Ausgehend von einem marxistischen Arbeitsbegriff, den Anton M. Fischer in einem Aufsatz erörtert, wird Arbeit in einen untrennbaren Zusammenhang mit den bestehenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und damit mit der Ausbeutung unter dem herrschenden Kapitalverhältnis gebracht. Fragen an den gehypten französischen Philosophen Alain Badiou, der mit seinem Traktat »L'hypothèse communiste« für Aufsehen gesorgt hat, bleiben unbeantwortet. Konkreter fassbar wird Arbeit in einem Interview mit einer migrantischen Verkäuferin in einem kleinen Lädchen in Zürich. Wie schwer es ist, sich gegen selbsttechnologische Kontrollformen zu wehren, zeigt eine »témoignage« über Arbeitsverhältnisse im kulturellen Sektor. Das Feld der Kreativitätsindustrie ist extrem egofixiert, und es ist – trotz branchenüblicher narzisstischer Selbstbespiegelung – schwer, etwas aus den KulturproduzentInnen rauszubekommen, was über deren Minimalhorizont hinausgeht.

Caroline Kikitsch dagegen zeigt in ihrem Artikel »Freundschaftswerbung. Im Pitch um Anerkennung« die Schwierigkeit, Formen von Individualität jenseits kapitalistisch-prekarisierter Subjektivitäten zu leben und versucht sich an einem alternativen Vorschlag der Organisierung, der anhand von Freundschaftslinien zu entwickeln sei. Wie ein roter Faden zieht sich die Frage nach der Organisierung und Solidarität durch alle Artikel in Respektive. Ein analysierender Rückblick auf die große Streikbewegung in Frankreich des Frühjahres 2009 behandelt diese Frage am Beispiel konkreter Kämpfe (an der Universität Avignon) und zeigt vor allem die Grenzen gewerkschaftlicher Organisierung auf. Ein Interview mit einem Basisaktivisten der Oberwalliser Jugendorganisation der Schweizer Gewerkschaft Unia erstaunt – mit von dieser Seite selten gehörten – erfreulich antikapitalistischen Tönen.

Lina Brion und Kenneth Hujer berichten von nicht stattfindenden Arbeitskämpfen in der Musikbranche und stellen das Pariser Künstlerkollektiv »Claire Fontaine« vor, das eben die eigenen Produktionsprozesse und -bedingungen klar offenlegt. Die Behandlung des Themas Arbeit im sauber layouteten Zeitbuch wird ergänzt durch Rezensionen der 52. Biennale in Venedig und einer Ausstellung des Dresdner Hygiene-Museums zur Arbeit sowie einer Bildserie mit Werken der Hamburger Fotografin Antje Müller, die nach Spuren der Arbeit in zerfallenden Gebäuden ehemals staatseigener Betriebe im Osten Deutschlands gesucht hat.

Sympathischerweise vertraut das Respektive-Kollektiv nach wie vor auf die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie, weigert sich aber nicht auch weniger explizit marxistische Artikel abzudrucken. Ein wenig wundert man sich aber schon, warum John Holloway und operaistische Themen in einer Zeitschrift zum Thema »Absenz. Arbeit in Bild, Begriff und Kritik« nicht auftauchen. Die Lektüre lohnt aber schon alleine deswegen, weil hier KulturproduzentInnen Orte aufsuchen, an denen sich nicht nur ein Begriff von verschiedenen Funktionsweisen der Gesellschaft abzeichnet, der zu solidarischem Handeln untereinander aber auch gegenüber anderen Proletarisierten anregt.●

Pascal Jurt

144 Seiten, 13 EUR, www.respektive.net

Nachdruck aus MALMOE; www.malmoe.org

Einführung Kritische Theorie

In den letzten Jahren gab es nicht nur in neomarxistischen Gruppen und mitverursacht durch die intensiven Debatten um Antisemitismus eine Wiederentdeckung der »Kritischen Theorie«. Der in der Publikationsreihe »theorie.org« erschienene Band will eine »knappe Einführung« liefern, ist aber dafür zu detailliert, setzt zuviel Vorwissen voraus und ist deswegen zu anspruchsvoll. Er erklärt zwar zentrale Begriffe wie etwa instrumentelle Vernunft, autoritärer Charakter, Dialektik der Aufklärung oder das materialistische Verständnis von Psychoanalyse – reduziert die Kritische Theorie aber auf Horkheimer und Adorno und Adornos Differenzen mit Marcuse. Das Denken dieser drei wird ausführlich vorgestellt, andere wichtige Akteure, wie etwa Erich Fromm oder auch Franz Neumann, immerhin der Verfasser des »Behemoth«, kommen kaum vor.

Schwandt zeichnet die Entstehung der Frankfurter Schule infolge der Versteinerung des Marxismus nach und bietet dadurch in gewissem Sinne auch eine »Organisationsgeschichte« mit den Etappen Gründung, Emigration, Rückkehr, Höhepunkt und – Habermas! – Verflachung und Ende. Diese ist aber orientiert an denjenigen, die dann in der Nachkriegszeit am Frankfurter *Institut für Sozialforschung* wirkten. Das umfangreichste Kapitel untersucht das Verhältnis »der« kritischen Theoretiker zur globalen Protestbewegung der 1960er Jahre und verdeutlicht an diesem Beispiel die verschiedenen Vorstellungen von »Praxis«.

Wer sich über die *Kritische Theorie* informieren will, sollte zumindest noch »Die Frankfurter Schule« von Rolf Wiggershaus und »Dialektische Phantasie« von Martin Jay, die beiden Immer-Noch-Standardwerke lesen, die dann in der unter www.theorie.org erhältlichen kommentierten Literaturliste zum Buch an erster Stelle genannt werden.●

Bernd Hüttner

Michael Schwandt: Kritische Theorie. Eine Einführung; Schmetterling Verlag 2009, 240 Seiten, 10 EUR

Peak Soil: Hol den Boden bei den Armen

Auch wenn es gerne vergessen geht: KleinbäuerInnen machen die halbe Menschheit aus. Die meisten von ihnen arbeiten heute noch ohne Maschinen. Mit der zunehmenden Liberalisierung des Agrarhandels müssen sie direkt mit der industrialisierten Riesentraktoren-Landwirtschaft konkurrieren – und haben keine Chance. Optimistische ZeitgenossInnen denken, das sei kein Problem: Die ehemaligen BäuerInnen könnten ja in der Industrie und im Dienstleistungssektor Arbeit finden. In Europa hat das schließlich auch funktioniert.

Doch dass diese Entwicklung global möglich wäre, ist eine Illusion. Der ägyptische Ökonom Samir Amin hat es ausgerechnet: Selbst bei einem anhaltenden Turbowirtschaftswachstum von jährlich sieben Prozent gäbe es nur für ein Drittel der heutigen armen KleinbäuerInnen Jobs in anderen Sektoren. Das Reden über Armutsbekämpfung sei ein Wohltätigkeitsdiskurs im Stil des 19. Jahrhunderts, der nicht einmal versuche, die ökonomischen und sozialen Mechanismen zu verstehen, die Armut schafften, schrieb Amin 2003.

Leider stimmt das immer noch. Und ein Teil der »Wohltäter« versucht auf immer dreistere Art, Geschäftsinteressen als Armutsbekämpfung zu verkaufen: etwa das britische Unternehmen *Cru Investment Management*, das in Malawi Gemüse anbauen lässt, sich als Entwicklungshelfer aufspielt und gleichzeitig InvestorInnen dreißig bis vierzig Prozent Rendite verspricht. Oder der philanthropische US-amerikanische Investmentbanker George Soros, der im großen Stil in den südamerikanischen Agrotreibstoffmulti Adecoagro investiert.

Investitionen in Boden und Landwirtschaft boomen. Der deutsche Journalist Thomas Fritz dokumentiert, wie sich in den letzten Jahren die »globale Jagd nach Land« intensiviert hat. Dass Konzerne aus dem Norden in Ländern des Südens Geschäfte machen, ist nichts Neues. Doch während sie früher meist mit lokalen Landbesitzern zusammenarbeiteten, wird der Zugriff heute direkter: Das wohl bekannteste Beispiel ist die südkoreanische *Daewoo Logistics*, die in Madagaskar 1,3 Millionen Hektar Land pachten wollte. Nur eine Revolte der Bevölkerung und der Sturz des madagassischen Präsidenten Marc Ravalomanana konnten die Pläne (vorerst?) stoppen.

Die meisten Landnahmen erregen nicht so viel Aufsehen. Neben Firmen kaufen oder pachten immer mehr Staaten ausländisches Ackerland – einerseits Schwellenländer, die ihre wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren können, anderseits die reichen Golfstaaten. Diese haben bisher mit staatlichen Geldern und Unmengen von Wasser versucht, die Wüste fruchtbar zu machen. Da das immer schwieriger wird und ausserdem den Freihandelsregeln der WTO widerspricht, machen sie sich nun auf die Suche nach Möglichkeiten in anderen, oft ebenfalls islamischen Ländern wie Pakistan oder dem Sudan – wo das Land bereits heute knapp und ungerecht verteilt ist.

Thomas Fritz stützt sich bei seinen Recherchen auf internationale Medienberichte und das Internet. Eigene Interviews mit Betroffenen fehlen leider; sie hätten wohl das Budget des Berliner Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (FDCL) gesprengt. Eine gute Einführung ins Thema ist das Buch aber auch so.

Der Autor ist überzeugt, dass Armutsbekämpfung ohne radikale Landreformen illusorisch ist. Doch auch den meisten Entwicklungshilfeorganisationen gilt heute eine »funktionierende Marktwirtschaft« mit garantierten Eigentumsrechten als oberstes Ziel. Sie versuchten, so Fritz, »das die Bodenkonzentration schützende Privateigentum von einer Quelle des Konflikts zu einem Instrument der Befriedung umzudeuten«. Sein Fazit: »Wollte man Äcker und Weiden ernsthaft schützen und zugleich gerecht nutzen, müsste man sie in Gemeingüter verwandeln. Das wiederum würde eine gesellschaftliche Aneignung des Bodens und eine demokratisch kontrollierte Bodenordnung erfordern.«●

Bettina Dyttrich

Aus: WOZ vom 15.04.2010

Thomas Fritz: Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. FDCL-Verlag, Berlin 2009,164 Seiten. 12 EUR
Das Buch ist erhältlich auf www.fdcl.org

Gärten – Die Geschichte des Kultivierens der Erde

Orte der Verteidigung gegen die wilde Natur – als solche haben Menschen von alters her Gärten und Städte angelegt. Sie verbanden dabei ökonomischen Nutzen auch mit ästhetischen Absichten. Heute ist die Erde weitgehend kultiviert und die Gebiete, die es nicht sind, sind bekannt und vermessen. Der Mensch hat sich die äußere Natur angeeignet und damit haben sich auch die menschliche Natur und das gesellschaftliche Leben verwandelt. In dem Buch *Gärten und Politik. Vom Kultivieren der Erde*, schreiben ExpertInnen verschiedener Fachrichtungen darüber, wie der Mensch im Verlauf seiner Geschichte die Natur (um)gestaltet hat. Das komplett vierfarbige Buch beschäftigt sich mit bisher kaum beachteten Dimensionen von Gärten; es zeigt, wie der Mensch durch die Kultivierung von Gärten sein Wunschbild der Welt entworfen hat.

Vom Bodenkundler bis zum Philosophen, vom Pflanzenzüchter bis zur Landschaftsarchitektin und zur Kunsthistorikerin – Praktiker und Wissenschaftlerinnen zeichnen ein vielfältiges Bild vom Garten: Ihre Blicke richten sich auf traditionelle Parks und städtebauliche Anlagen, vom Fürstengarten über den Revolutionsberg bis zum Volkspark, von der Gartenstadt bis zur Stadtlandschaft. Klassische Kleingärten wie Haus-, Pacht- und Mietergärten werden ebenso beleuchtet wie alternative Gartenkulturen, die den Gemeinschaftsgarten als innerstädtischen Raum nutzen, etwa die in New York entstandenen Community Gardens oder Integrationsprojekte wie die interkulturellen Gärten. Wie ein roter Faden zieht sich die politische Dimension von Gärten durch das Buch.

Ein Beitrag zu Gefängnisgärten zeigt, wie das Gärtnern Nelson Mandela und Rosa Luxemburg während ihrer Haftzeit wieder hoffen lehrte. Das Buch greift die aktuelle Diskussion um die zeitgenössische Nutzung und Gestaltung von Gärten auf, die weit mehr betrachtet als Parks, öffentliche Plätze oder die von GärtnerInnen bewirtschaftete und von KünstlerInnen gestaltete Landschaft. Für eine zukunftsfähige Stadtplanung stellt sich heute dringlich die Frage, wie mit den Brachflächen umzugehen ist, die in schrumpfenden ostdeutschen Städten durch den Abriss von Häusern oder die Aufgabe von Industriegelände entstehen.●

Oliver Winkel

Brita Reimers (Hrsg.): Gärten und Politik. Vom Kultivieren der Erde; 320 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, München 2010, oekom verlag, 29,90 EUR

Zahltag, Zwang und Widerstand

Das A5-Büchlein von Peter Nowak gibt einen Überblick über den politischen Widerstand von Erwerbslosen und ihren Initiativen gegen die Schikanen der Jobcenter und ARGEn, gegen Arbeitszwang und Billiglöhne.

Peter Nowak zeichnet die Hauptaktionen und -kampagnen der Erwerbslosenbewegung gegen Hartz IV nach. Seit dem Sommer 2004 begannen in 223 Städten der Bundesrepublik Deutschland Montagsdemonstrationen mit politisch heterogenen Implikationen. Die »Aktion Agenturschluss« folgte am 3. Januar 2005 in 30 Städten mit ca. 6.000 Teilnehmenden. Sie bildete den exemplarischen Auftakt des aktiven Widerstandes der Erwerbslosen gegen ein mies gestricktes Gesetz und die Verwaltungspraxis der Jobcenter. Sie eröffnete Aktivitäten wie »Ein-Euro-Job-Spaziergänge« und Besetzungen von SGB II-Trägern.

Im bundesweiten »Schwarzbuch Hartz IV« berichten ErwerbslosenaktivistInnen am 2. Januar 2006 über sämtliche Widerstandsaktionen und die inhaltliche Kritik des Gesetzes, seiner Durchführungshinweise und der Umsetzungspraxis von Hartz IV. Schon zu diesem Zeitpunkt ist eine massive Widerspruchs- und Klagekampagne gegen die Ämter zu beobachten, die von einem gewachsenen Gegenwehrbewusstsein der Erwerbslosen zeugt.

Ebenfalls im Jahr 2006 entstehen die bundesweite Kampagne gegen Zwangsumzüge nach Hartz IV und die bunten Aktivitäten in und vor den Arbeitsagenturen gegen die Werbung der Bundeswehr nach Soldaten bei den jugendlichen Erwerbslosen.

Im Zentrum des Büchleins stehen die aktuellen Aktionen »Zahltag«, »Keiner muss allein zum Amt« sowie das Verlangen von Erwerbslosen, Organisationen, Parteien und Verbänden zu einem gesetzlichen Sanktionsmoratorium zum SGB II. Zum Schluss klärt Holger Marcks auf über die Machenschaften der SGB II-Trägermafia, die die Erwerbslosen für Billigjobs zurichtet, sie knechtet und entrechtet. Das Büchlein ist würdigenswert, weil es für Einkommensarme Partei ergreift, ihren politischen Widerstand thematisiert.●

Anne Allex

Aus: quer, 1/2010

Peter Nowak (HG): Erwerbslose in Hartz IV. Reihe unrast transparent, soziale krise, Unrast Verlag Münster, 1. Auflage 2009, 80 S., 7,80 EUR

Neuer Selbstorganisations-Reader

»Selbstorganisierung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Fremdsteuerung«. So beginnt der neue Reader des SeitenHieb-Verlages. Und wie immer bei den Veröffentlichungen dieses nicht-kommerziellen Bewegungsverlages ist der Nutzwert für Menschen hoch, die sich engagieren oder unabhängiger leben wollen. Der Reader will praktische Tipps geben für ein Leben ohne oder mit wenig Geld – vom Trampen über Containern bis zur gemeinsamen Nutzung von Geräten reichen die Kapitel des A4-Heftes. Doch den AutorInnen kommt es nicht nur auf die praktische Seite an: Selbstorganisierung sei eine Einstellungssache und das wichtigste immer die aufmerksame Wahrnehmung des eigenen Lebens und des Geschehens rundherum. Denn nur wer mitbekommt, was passiert, wo eingegriffen werden kann oder wo Quellen zur materiellen Reproduktion liegen, kann auch aktiv handeln. Der Reader soll helfen beim Ausbruch aus dem Zwang, als toter Fisch im Strom mitzuschwimmen. Ziel ist eigenständiges Leben, aber auch mehr Unabhängigkeit, um politischen Widerstand schärfen zu können.●

dipo

Seitenhieb Verlag. Reihe von Unten. Selbstorganisierung in Alltag und Politik. Geheftet, farbiger Umschlag, 56 Seiten, A4-Reader, Preis: 6 EUR
www.seitenhieb.info

PROJEKTE

Selbstverwaltetes Wohnprojekt bei Bremen, sucht Menschen mit Interesse an kollektivem, ökologischem Leben auf dem Lande.
Kontakt: ☎ (0 42 04) 689 80 03
oder E-Mail: finkenburg@verden-info.de

Linke Landkommune zwischen Bremen und Bremerhaven: wir wagen einen Neustart und suchen dafür viele neue MitkommunardInnen bzw. Interessierte, die das zumindest mal ausprobieren wollen. Wir sind politisch stark stadtorientiert (Bremen) und lieben das alltägliche Landleben – ein alter Resthof ist vorhanden. Viele unserer Arbeitsbereiche liegen gerade auf Eis, sind noch nicht fertig usw. Wenn ihr interessiert seid, mehr zu erfahren: Infos gibt's unter
☎ (0 42 96) 74 82 25
kommune-p-u@gmx.de
www.kommune-uthlede.org
(ab demnächst)

BUNTE SEITEN

Nun auf CD-ROM
Alternatives Adressbuch mit den Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Archive, Infoläden, Kommunen, Kneipen und Kultur.

Zusätzlich der »Reader der Alternativ-Medien« mit ca. 500 Anschriften alternativer Medien aus der BRD und ca. 100 Anschriften aus der Schweiz (mit zahlreichen Zusatzinformationen).

Auf der CD-ROM gibt es außerdem noch die CONTRASTE-Jahrgänge 2005 bis 2008 und die historischen ersten drei »Wandelsblatt«-Ausgaben aus dem Jahr 1984.

Für CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder 25 EUR, für alle Anderen 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten.
Bestellungen:
Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/ koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricarda-buch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuemaostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Arianne Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin,** Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie fördert und entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die es ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen, ohne Abwehr und Feindseligkeiten;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

In der Kommune Niederkaufungen gibt es ein eigenes Kollektiv, das ganz verschiedene Veranstaltungen zur Gewaltfreien Kommunikation anbietet: Einführungs- und Vertiefungsseminare, Bildungsurlaube, Jahrestrainings, Tagungen, Beratung und Mediation.
Die meisten davon finden in unserem Tagungshaus statt, wir kommen aber auch mit unseren Angeboten zu Euch.
Die nächsten Termine hier bei uns sind:
9.-13.6.: GFK als kreativer Prozess
18.-20.6.: Einführungsseminar
Weitere Infos auf unserer Homepage:
www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

ANTI-AKW

Baltic Sea Anti-AKW-Tour
Vom **22. Juni bis 21. August 2010** werden Anti-Atom-AktivistInnen aus zehn Ländern rund um die Ostsee fahren und an 13 Stationen halt machen, um über die Gefahren der Atomkraft zu informieren. Dazu wird es neben Info-Veranstaltungen auch Aktionen an allen Orten geben. Ein weiterer Schwerpunkt der Tour wird die Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen vor Ort sein.
Die Ostsee ist offiziellen Informationen zufolge der am stärksten radioaktiv belastete Wasserkörper der Welt. Wichtigste Verschmutzer sind der Tschernobyl-Fallout, die Emissionen der WAA Sellafield und die AKWs in Schweden, Finnland und Russland. In Schweden, Finnland, Belarus und Russland sollen neue AKWs gebaut werden, Finnland und Schweden wollen in ihren Ländern Uran abbauen und unter der Ostsee Atommüll-Endlager errichten. Dadurch wird die radioaktive Kontamination und das Risiko von Unfällen weiter erhöht. Daneben bedeutet der Einsatz der Herrschaftstechnologie Atomkraft auch Etablierung und Ausbau einer Logik, die militärische Sicherung, polizeistaatliche Bekämpfung von Protesten und eine extreme Einschränkung der Selbstbestimmungsmöglichkeiten der betroffenen Menschen notwendig mit sich bringt.
Dagegen wir die Baltic Sea Tour Stellung beziehen. Einige Stationen der Reise werden sein: Helsinki 30. Juni, St. Petersburg 6. Juli, Riga 11. Juli, Greifswald 26. Juli, Kopenhagen 30. Juli und Stockholm 9. August.
Den vollständigen Tourfahrplan und weitere Informationen gibt es online unter: http://baltic-tour.nuclear-heritage.net
Anmeldung bis Anfang Juni:
baltic-tour@nuclear-heritage.net

FRAUEN

Sind Frauen das friedlichere Geschlecht?
»Der Mann soll zum Kriege erzogen werden und das Weib zur Erholung des Kriegers: alles andere ist Torheit« (Friedrich Nietzsche). Dahinter steht eine Vorstellung von Weiblichkeit und Männlichkeit, die Teil der Kriegslogik ist. Wir wollen den Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in Friedens- und Kriegszeiten, von der Zeit des Nationalsozialismus bis heute, nachgehen.
Wir arbeiten vormittags und wandern nachmittags, Filme bereichern das Programm.
Mit Gisela Notz und Monika Jarosch
Termin: 14. bis 21.8.2010
Ort: Stiftung Salecina (Majola Schweiz)
Information: info@salecina.ch

SOMMERCAMPS

Anarchafeministisches Sommercamp
Seit nunmehr 15 Jahren treffen sich Frauen zweimal im Jahr zu einer anarchafeministischen Diskussionsrunde. Um unseren Kreis wieder zu vergrößern und uns mit anderen zu vernetzen, bieten wir in diesem Jahr ein Frauencamp an.
Termin: 22. bis 25. Juli 2010 (Do-So) bei Alsfeld/Hessen
Anmeldung bis 1. Juli 2010 und Info über afems60@yahoo.de
sowie unter www.anarchismus.de

Wer lebt mit wem, warum und wie?
Herrschaftskritisches Sommercamp zu den Themen Solidarität und Verantwortung, Familie und (Anti)Kapitalismus, Elternschaft und Szene, Dekonstruktion der bürgerlichen heteronormativen Kleinfamilie, Aufstand, Abschaffung von Erziehung, sozialrevolutionäre / anarchistische Umwälzung.
Termin: 25.7.-1.8.2010
Ort: Burg Lutter
Info: www.wer-lebt-mit-wem.de
www.burg-lutter.de

Was ist Ecotopia?
Ecotopia war ein internationales Treffen Jugendlicher aus ganz Europa, die an Fragen zur Umwelt und sozialer Gerechtigkeit interessiert waren. Ecotopia gab es seit dem Sommer 1989 und jedes Jahr findet es in einem anderen Land statt. Bis jetzt wurde es von der EYFA organisiert (European Youth for Action) und von einer lokalen Basisorganisation , die für eine Umweltorganisation als Gastorganisator tätig war. Nach 20 Jahren Organisationsarbeit für Ecotopia hat die EYFA nun entschieden, dass es mal Zeit wird, etwas anderes auszuprobieren.
Eine Gruppe ehemaliger (lokale und/ oder internationale) Ecotopia-Organisatoren und Teilnehmer aus den letzten 20 Jahren, sowie Menschen, die durch die Geschichten (und Gerüchte) von ehemaligen Ecotopia-Teilnehmern in der Region Fläming (ca. 80 km südwestlich von Berlin) kamen, beschlossen im Januar 2008 diese Tradition, obwohl ein bisschen verändert, weiterzuführen und fingen an mit der Planung von Ecotopia? für das Jahr 2010 in ihrer Region. Ecotopia? ist fast das gleiche wie Ecotopia, nur das es nicht mehr nur auf Jugendliche abzielt, sondern auf alle Generationen.
Ecotopia? wird ein Platz für das Lernen; den Austausch von Erfahrungen und der Verbreitung von Informationen über ökologische, soziale, politische und andere Fragen werden. Ein großer Freiraum (open space) für workshops, Schulungen, Vorträge, Video, Theater, Musik, Meditationen und alles, was mit dem Thema »Ökologie« im weitesten Sinne verbunden ist... (z.B. Klimawandel, Verkehr und Mobilität, GMO's, Bio-Lebensmittel, Öko-Bau und -Wirtschaftssystem; Strategien für Maßnahmen; Austausch von Erfahrungen mit Kampagnen, alternativen Medien; Migration, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, kulturelle Aspekte und vieles mehr...)
Ecotopia? wird natürlich auch ein funktionsfähiges Modell einer sich selbst tragenden Gemeinschaft, die in der Praxis Grundsätze eines umweltfreundlichen Lebensstils umsetzt: Abfallrecycling, vegetarische Küche, Konsens-Entscheidungsfindung, die Nutzung alternativer Energie... (wie das Wort ECO(logische) (u)TOPIA bereits enthält). Das (?) symbolisiert die Tatsache, dass niemand die Antwort hat. Auch unsere Versuche sind sicher nicht die letzte »Lösung«.
Ecotopia? ist horizontal und Selbstorganisiert; jeder/jede ist eingeladen sich ab sofort zu allen Problemlösungen und Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Gleichzeitig ist jeder/jede für die Erstellung des Programms verantwortlich.
Termin: 1.-21.8.2010 in Wiesenburg/ Mark (Fläming)
Info: www.ecotopia2010.org

Antinationales Sommercamp hoch 3
Statt schon wieder dieses fürchterliche »Sommermärchen«:
Ferien von Deutschland machen.
Und das wird es geben:
Eine Woche lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad und Argumente. Täglich werden zweimal zu vernünftigen Zeiten drei bis vier parallele Workshops angeboten, die wie im echten Leben in Konkurrenz stehen zu Sauna, Schwimmen, Schlafen, Spaziergängen, Kickern, Karaoke und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).
Termin: 28.7.-4.8.2010
Info:
www.junge-linke.org/de/
antinationales-sommercamp-hoch-3

JUNGE LINKE

Sozialstaat
Tagesseminar
Man muss kein Linker sein, um dem Kapitalismus oder modern – der sozialen Marktwirtschaft – ein Armutszeugnis auszustellen: Die Rente ist nicht sicher, Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor gehören zum Kapitalismus nunmal dazu und in Fragen der Gesundheit wird alternativ zum Arztbesuch geraten, sich mit den medizinischen Mitteln der Urgroßmutter zu begnügen.
Vom politischen Mainstream sind solche Aussagen natürlich nicht als Gesellschaftskritik gemeint, sondern als Aufforderung, sich an die bleibende Armut zu gewöhnen. Irgendwie soll es Armut in der BRD dann aber wiederum gar nicht geben, weil es ja den Sozialstaat gibt.
Auf dem Seminar wollen wir rund um das Thema Armut folgende Fragen stellen: Warum braucht es einen Sozialstaat? Wobei hilft der Sozialstaat und wozu reicht diese Hilfe? Warum geraten seine Leistungen immer wieder in das Zentrum politischer Debatten (Hängematte, Faulenzer)? Wie wird der Sozialstaat zum Mittel für die Standortpolitik? Woran merkt die Politik, dass sie bei der Leistungskürzung übertrieben hat? Ist der Sozialstaat schon was Gutes, weil er einst erkämpft wurde? Ist das politische Sozialprogramm der Linkspartei wirklich so anders als das der Regierung?
Termine: 19.6.2010, Bremen,
10.7.2010, Berlin

Standort, Standort, Standort
Antinationalismus & Kapitalismuskritik
Der heutige Kapitalismus ist global. Dass Unternehmen immer mehr über nationale Grenzen hinweg agieren, lässt einige zu der These verleiten, dass die Nationalstaaten immer weniger eine Rolle im globalen Weltmarkt spielen und somit auch Nationalismus eine überholte Ideologie sei. Dabei wird übersehen, dass Nationalstaaten aber die Instanz sind, die die Ausgangsbedingungen für die kapitalistische Ordnung herstellen: Sie garantieren Privateigentum, legen Minimalbedingungen zum Überleben der ArbeiterInnen fest und kümmern sich um nicht profitable Infrastruktur. Auf die eine oder andere Weise ringen sie also untereinander um die günstigsten Standortbedingungen für das Kapital, um möglichst viel vom weltweiten Reichtum abzusahnen.
In Deutschland regt sich dagegen manchmal Widerstand: Mal rufen die Gewerkschaften zu einem kleinen Streik auf, mal demonstrieren Menschen jeden Montag gegen Hartz IV. Den meisten ProtestlerInnen in Deutschland ist dabei eines gemein: Sie haben nicht etwa Emanzipation, sondern das nationale Gemeinwohl im Sinn. Deutsche Gewerkschaften kämpfen für deutsche Standorte, HartzIV-ProtestlerInnen wünschen sich unter »Wir sind das Volk«-Rufen ganz romantisch den guten alten Sozialstaat zurück. Gleichzeitig stimmen alle gemeinsam mit der Regierung darin überein, dass »alle den Gürtel enger schnallen müssen«? – für Deutschland.
Wie sieht eine deutschlandspezifische Kritik an Nation aus, die insbesondere einer kapitalismuskritischen Perspektive Rechnung trägt?
Vortrag in Berlin
Termin: 22.6.2010, 19.30 Uhr

»Zionismus gleich Rassismus«
Antizionismus ist also gleich Antirassismus?
Gegen Juden richte sich ihre Kritik an Israel nicht, betonen Antizionisten. Es sei einfach ein Staat, der militant und mächtig gegen seine Gegner vorgehe, rassistisch mit allen Nicht-Juden verfahre und obendrein noch beste Beziehungen zum Imperialisten USA unterhalte. Und so richtig passe das kolonialistische und künstliche Gebilde auch nicht in die arabische Umgebung im Vorderorient.
Mit dieser Ansicht fühlen sich Antizionisten ganz schön im Recht. Diese Kritiken an Israel offenbaren eine beachtliche Ignoranz gegenüber den Fakten: Israel kommt in der Tat nicht ohne Rassismus aus, aber das unterscheidet diesen Staat nicht von seinen westlichen Partnern. Die Kriege, die es führt, waren auch nur »durchschnittlich martialisch« und es bemüht sich ebenso wie seine arabischen Nachbarn um eine ordentliche Stellung in der Staatenkonkurrenz. Wenn es eine Besonderheit gibt, dann die, dass seine jüdischen Bewohner wie überall auf der Welt einer besonderen rassistischen Verfolgung ausgesetzt sind: der des Antisemitismus. Wie dieser Antisemitismus wiederum bei Antizionisten auftaucht und warum für Linke überhaupt ein ganz bestimmtes Land am Mittelmeer so hoch auf der Agenda steht, dazu mehr auf diesem Seminar.
Tagesseminar in Hannover
Termin: 26.6.2010
Information & Anmeldung:
info@junge-linke.de
www.junge-linke.org

SOMMERUNIS

»kritik – macht – handlungsfähigkeit«
7. Ferienuni Kritische Psychologie
Ferienuniversität Kritische Psychologie bedeutet 5 Tage Ferien, um sich Zeit für die wichtigen Dinge im Leben zu nehmen: Nachdenken, Diskutieren, Lesen, Streiten für ein besseres Leben und Ausspannen.
Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten und -behinderungen von Menschen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verhältnissen analysieren und die Überwindbarkeit von Beschränkungen denkbar machen. Perspektive ist »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx).
Termin: 24.-28.8.2010, FU Berlin
Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung ab April 2010 unter www.ferienuni.de.

Offene Sommeruni
mit Friederike Habermann:
»Die Zeiten sind vorbei, in denen Sexismus und Rassismus in linken Büchern aus Deutschland keine Erwähnung fanden. Auch bei weißen männlichen Theoretikern finden sich heute in der Regel ein bis mehrere Absätze, sogar nicht selten ein ganzes Kapitel zu »gender« und ganz manchmal auch ein entsprechendes zu »race«. Trotz aller Abgrenzungen zum Hauptwiderspruch erstaunt dann jedoch, dass alles, was in diesen Abschnitten erwähnt und darin in seiner Wichtigkeit noch einmal herausgestellt wird, in der Analyse der die Gesellschaft vorantreibenden Kräfte plötzlich fehlt – so als sei alle wirkliche Geschichte nach wie vor nur jene von Klassenkämpfen. Was aber kann es heißen, Queerfeminismus, postkoloniale Ansätze und Marxismus zusammenzudenken?
Letztlich sind alle Herrschaftsverhältnisse miteinander verwoben – und es geht darum, sie alle umzuwerfen. Dies ist der Ausgangspunkt meiner subjektfundierten Hegemonietheorie, welche ich in der Offenen Sommeruni vorstellen und diskutieren möchte. Um diesen zu verstehen, sind eine Reihe von Theorien zentral. Darum bauen in dieser Woche im Grunde verschiedene Crashkurse aufeinander auf: zu Michel Foucaults Ansatz der Gouvernementalität, zur Hegemonietheorie Antonio Gramscis, zum Poststrukturalismus von Jacques Derrida und dem Postmarxismus von Ernesto Laclau & Chantal Mouffe sowie zum Postfeminismus von Judith Butler und dem Postkolonialismus von Gayatri C. Spivak. Mein Ansatz der subjektfundierten Hegemonietheorie ergibt sich daraus so gut wie von selbst. Grundgedanke ist, dass Identitäten im Streben nach Hegemonie und Emanzipation (re-)konstruiert werden.
Es soll aber auch Raum sein für das gemeinsame Andenken, was aus all dem sich für das eigene Denken, Forschen und Handeln ergibt. Und dafür, wie diese Welt besser werden kann.«
Termin: 1.-6.8.2010
Wernsdorf bei Berlin
Kontakt & Anmeldung:
friede@kesselberg.info

MEDIEN

Wirksame Presse- und Medienarbeit für Kulturveranstalter
Presse- und Medienarbeit gezielt für die eigenen Veranstaltungen einsetzen, darum geht es in diesem Zweitages-Seminar.
Termin: 24.-25.6.2010, Reutlingen
Info:
www.reifsteck-Literaturbuero.de

BERLIN

Die Hog Farm Kommune
Eine hierzulande fast vergessene Keimzelle der Hippie-Subkultur in den USA der 60er Jahre
Nachdem 2009 mit dem vierzigsten Jubiläum von Woodstock dem Ende der Hippie-Ära auch offiziell mit allergrößter Aufmerksamkeit gedacht wurde, wollen wir uns im Jahr 2010 mit einem ihrer Ursprünge beschäftigen.
Die Hog Farm (mit ihrem Spiritus Rector, dem Clown Wavy Gravy), die damals eine der bekanntesten Großkommunen in den USA war, gilt auch als eine der Keimzellen der Hippie-Bewegung. In ihrem Konvoi bunt bemalter, ausrangierter alter Linienbusse fuhren ihre Mitglieder kreuz und quer durchs Land. Dabei verstanden sie diese Touren nicht nur als »Werbekampagne« für ihren alternativen Lebensstil, sondern sahen gleichzeitig darin auch einen spirituell-psychedelischen Trip, bei dem man nicht nur Land und Leute kennenlernte, sondern sich auch selbst fand. Der Vortrag versucht, diese ausgeflippte Zeit der späten 60er Jahre, in denen der Traum eines von allen Zwängen befreiten Lebens geradezu greifbar nahe erschien, nochmals Revue passieren zu lassen.
Termin: 25.6.2010, 19 Uhr
Bibliothek der Freien
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Berlin fährt frei!
Kampagne für einen ÖPNV in Berlin zum Nulltarif
Berlin soll die erste Großstadt werden, in der alle Bürgerinnen und Bürger S-Bahn, U-Bahn, Busse und Tram ohne Fahrschein nutzen können. Damit verknüpfen wir das Engagement für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Lebensqualität in der Stadt: Mobilität ist ein soziales Recht, das allen einkommensunabhängig zustehen muss. Berlin kann seinen versprochenen Beitrag zum Klimaschutz nur leisten, wenn viele Autofahrer auf den ÖPNV umsteigen. Und »ÖPNV zum Nulltarif« heißt weniger Lärm, bessere Luft und Rückgewinnung der Straßen als Lebensraum. Das alles ist nicht utopisch, sondern der einzige Weg zu einer wirklich zukunftsweisenden sozialen und ökologischen Verkehrspolitik. Deshalb rufen wir auf zu einem breiten Bündnis von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, Behindertengruppen, Obdachloseninitiativen ... für einen ÖPNV in Berlin zum Nulltarif.
Infoveranstaltung am **16.6.2010, 19.30 Uhr**, Kinzigstr. 9 (Hinterhaus)

Hanfparade 2010
Am Samstag, den 7. **August 2010**, wird in Berlin die Hanfparade 2010 unter dem Motto »Cannabis ist (Welt) Kultur« stattfinden. Die traditionsreiche Demonstration will das Wissen um die Kulturpflanze Hanf und ihre Nutzung als Rohstoff, Genussmittel und Medizin wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion stellen.
Treffpunkt: 13 Uhr zwischen Fernsehturm und Bhf. Alexanderplatz
www.hanfparade.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg